



79. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses
Gremium: Hauptausschuss
Sitzungstermin: Mittwoch, 24.10.2012, 17:00 Uhr
Ort, Raum: R. 280 a, Stadthaus

Nachtragstagesordnung vom 18.10.2012

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10. Oktober 2012**

- 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
 - 3.1 **Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110 KV Leitung in Marquardt und Golm** Fraktion SPD
Vorlage: 12/SVV/0664

 - 3.2 **Verhandlungen zur Stromtrasse in Marquardt** Fraktion DIE LINKE
Vorlage: 12/SVV/0658

 - 3.3 **Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)** Oberbürgermeister,
Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
Äa Fraktion DIE LINKE
Vorlage: 12/SVV/0022

 - 3.4 **Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen** Oberbürgermeister,
Beteiligungsmanagement
Austauschblätter vom 25.01.2012
Vorlage: 12/SVV/0023

3.5	Verkehrslösung 2020 Vorlage: 12/SVV/0098	Fraktionen SPD, CDU/ANW
3.6	Tourismusbuskonzept Vorlage: 12/SVV/0132	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen neue Fassung vom 24.09.12
3.7	Gebäude Döberitzer Straße 3 für sozialen Wohnungsmarkt dauerhaft sichern Vorlage: 12/SVV/0461	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
3.8	Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder Vorlage: 12/SVV/0468	Fraktion DIE LINKE
3.9	Erhöhung des Stammkapitals der Luftschiffhafen Potsdam GmbH Vorlage: 12/SVV/0587	Oberbürgermeister
3.10	Verband Kommunalen Krankenhäuser Vorlage: 12/SVV/0594	Fraktion DIE LINKE
3.11	Partizipativer Prozess zur organisatorischen Weiterentwicklung städtisch geförderter Projekte der (Jugend-)Soziokultur Vorlage: 12/SVV/0607	Fraktion FDP
4	Mitteilungen der Verwaltung	
4.1	Ergebnis der Evaluierung der umweltabhängigen Verkehrssteuerung	aus HA 29.08. - Punkt Sonstiges
4.2	Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung Vorlage: 12/SVV/0423	Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
4.3	Statusbericht Regionaler Wachstumskern Potsdam 2012 Vorlage: 12/SVV/0471	Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
5	Sonstiges	

Nicht öffentlicher Teil

- 6 **Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 10. Oktober 2012**
- 7 **Verkauf eines Grundstücks in der Döberitzer Straße** Oberbürgermeister, SB Recht und Grundstücksmanagement
Vorlage: 12/SVV/0647
- 8 **Berichterstattung Pro Potsdam zum Umgang mit Bestandsmietern** aus HA 30.5. TOP 5.5
- 9 **Sonstiges**



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0664

öffentlich

Betreff:

Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110 KV Leitung in Marquardt und Golm

Einreicher: Fraktion SPD

Erstellungsdatum 05.10.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

10.10.2012 Hauptausschuss

Entscheidung

Beschlussvorschlag: Der Hauptausschuss möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der EonEdis kurzfristig Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen,
 - Möglichkeiten zu erörtern, im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages die Verlegung der 110 kV-Leitung aus den Ortslagen Marquardt und Golm heraus zu regeln;
 - etwaige Mehrkosten für eine alternative Trassierung der 110 kV-Leitung gegenüber einem Ersatzneubau im bisherigen Trassenkorridor zu konkretisieren und
 - eine Kostenbeteiligung der Landeshauptstadt Potsdam an etwaigen Mehrkosten zu verhandeln, soweit eine Kostenbeteiligung Voraussetzung und Folge des angestrebten städtebaulichen Vertrages sein sollte, und soweit eine anderweitige Umlage etwaiger Mehrkosten rechtlich und tatsächlich nicht möglich ist.
2. Vor einer endgültigen Entscheidung sollen Alternative Trassen, insbesondere im Hinblick auf deren kostenmäßigen Auswirkungen, sachverständig untersucht werden. Die Trassierungsalternativen sind mit den örtlichen Bürgerinitiativen im Vorfeld einer möglichen Befassung der Stadtverordnetenversammlung abzustimmen.
3. Der Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung im November ein Sachstandsbericht zu erstatten, sollte der Hauptausschuss diesen Auftrag an den Oberbürgermeister erteilen.

gez. M. Schubert
Fraktionsvorsitzender

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Ziel des Antrages ist eine zeitnahe Aufnahme von Gesprächen und eine kurzfristige Berichterstattung in der Stadtverordnetenversammlung im November. Im Sinne einer zügigen Evaluierung ob Mittels eines städtebaulichen Vertrages die Möglichkeit besteht dem Ansinnen der Bürgerinnen und Bürger in Golm und Marquardt Rechnung zu tragen, sollte der Hauptausschuss diesen Auftrag an den Oberbürgermeister erteilen.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0658

öffentlich

Betreff:

Verhandlungen zur Stromtrasse in Marquardt

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 01.10.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

24.10.2012 Hauptausschuss

zur Kenntnis

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Gespräche mit EON.edis zur Trassenführung der Hochspannungsleitung in Marquardt zu führen. Dabei sollen die Forderungen der Einwohner des Ortsteils Marquardt zur Verlegung der Trasse so weit wie möglich berücksichtigt werden. Dazu ist die Stadt bereit, sich an den entstehenden Mehrkosten angemessen zu beteiligen.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Mit der Sanierung der Stromfernleitung im Ortsteil Marquardt wird eine langfristige Investition getätigt. Dabei sollten die Interessen der Bewohner von Marquardt weitgehend berücksichtigt werden.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0022

Betreff:

öffentlich

Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)

neue Fassung vom

Einreicher: SB Finanzen und Berichtswesen

Erstellungsdatum **24.10.2012**

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
25.01.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		
08.02.2012	Hauptausschuss		
07.11.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Gesellschaftsvertrag der Stadtwerke Potsdam GmbH in der Fassung vom 14. Februar 2011 soll in § 9 Abs. 1 wie folgt geändert werden:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus **12** Mitgliedern besteht. Dem Aufsichtsrat gehören an:

- a) der/die Oberbürgermeister/in der Landeshauptstadt Potsdam oder ein/eine **von ihm/ihr zu betrauende/r Beschäftigte/r der Landeshauptstadt Potsdam**, welcher/welche den Vorsitz führt,
- b) die übrigen Mitglieder werden, soweit sie nicht als Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer nach den Vorschriften des Drittelbeteiligungsgesetzes zu wählen sind, **von der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam unter Berücksichtigung der kommunalrechtlichen Bestimmungen zur Berufung und Abberufung von Vertretern in Unternehmen entsandt.**

Die entsandten Mitglieder werden der Gesellschaft schriftlich mitgeteilt.

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

keine

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
0	0	0	0	0	0	keine

Begründung:

I. Sachverhalt

Die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) ist alleinige Gesellschafterin der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP).

Unter Beachtung der kommunalrechtlichen Regelungen zur wirtschaftlichen Betätigung (§§ 91 ff. BbgKVerf) und der Leitlinien guter Unternehmensführung - Public Corporate Governance Kodex der Landeshauptstadt Potsdam soll der Gesellschaftsvertrag der SWP hinsichtlich der Größe und der Zusammensetzung des Aufsichtsrates in § 9 Abs. 1 Gesellschaftsvertrag wie folgt geändert werden:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus **12 Mitgliedern** besteht. Dem Aufsichtsrat gehören an:

- a) der/die Oberbürgermeister/in der Landeshauptstadt Potsdam oder ein/eine **von ihm/ihr zu betrauende/r Beschäftigte/r der Landeshauptstadt Potsdam**, welcher/welche den Vorsitz führt,
- b) die übrigen Mitglieder werden, soweit sie nicht als Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer nach den Vorschriften des Drittelbeteiligungsgesetzes zu wählen sind, **von der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam unter Berücksichtigung der kommunalrechtlichen Bestimmungen zur Berufung und Abberufung von Vertretern in Unternehmen entsandt**.

Die entsandten Mitglieder werden der Gesellschaft schriftlich mitgeteilt.

Die geplante Änderung (s. anliegende Synopse) betrifft ausschließlich § 9 Abs. 1 Gesellschaftsvertrag der SWP in der Fassung der notariellen Beurkundung vom 14. Februar 2011 des Notars Jens Hunger.

Die zu Buchst. a) vorgeschlagene Fassung/ Ergänzung folgt der gesetzlichen Regelung in § 97 Abs. 1 S. 1 Abs. 2, 3 BbgKVerf. Sie entspricht im Wesentlichen denjenigen Regelungen, die in weiteren kommunalen Unternehmen der Landeshauptstadt Potsdam im jeweiligen Gesellschaftsvertrag formuliert sind (z.B. PRO POTSDAM GmbH, ViP, STEP, EWP) und wie sie nun auch für die SWP vorgeschlagen wird.

Die zu Buchst. b) vorgeschlagene Änderung entspricht den gesetzlichen Regelungen. Voraussetzung für die Anwendbarkeit der drittelparitätischen Mitbestimmung nach § 1 Drittelbeteiligungsgesetz (DrittelbG) ist, dass das Unternehmen regelmäßig mehr als 500 ArbeitnehmerInnen beschäftigt. Nach § 2 Abs. 2 DrittelbG werden ArbeitnehmerInnen von abhängigen Unternehmen der herrschenden Konzerngesellschaft - hier SWP – zugerechnet, wenn zwischen den Unternehmen entweder ein Beherrschungsvertrag besteht, oder das abhängige Unternehmen gem. den § 319 ff AktG eingegliedert ist. Nach hiesiger Einschätzung dürften die Voraussetzungen mit den zwischen der SWP und ihren Tochtergesellschaften ViP, BLP, SBP und KFP geschlossenen Beherrschungsverträgen erfüllt sein. Der von der SWP mitgeteilte Personalbestand 2011 beläuft sich für die SWP bei 84 Mitarbeitern incl. Auszubildende, für die ViP bei 405, für die BLP bei 55, für die SBP bei 23 lag, die KFP hatte keinen Arbeitnehmer, mithin damit insgesamt bei 567 Arbeitnehmern.

Damit ist zum Stichtag die Schwelle des § 1 Abs. 1 Nr. 3 DrittelbG von 500 zurechenbaren Arbeitnehmern erreicht.

Derzeitig würden **vier Mitglieder nach den Vorschriften des Drittelbeteiligungsgesetzes** zu wählen und **sieben Mitglieder von der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam zu entsenden** sein.

II. Rechtliche Grundlagen

Rechtliche Grundlagen für die Änderung des Gesellschaftsvertrages der SWP sind die Regelungen des GmbHG i.V.m. dem AktG, die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf), die Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam sowie der Gesellschaftsvertrag der SWP.

III. Finanzielle Auswirkungen

Der Landeshauptstadt Potsdam entstehen keine finanziellen Aufwendungen.

Anlage:

Synopse zur beabsichtigten Änderung des Gesellschaftsvertrages der SWP

Gesellschaftsvertrag der SWP in der Fassung vom 14. Februar 2011	Änderungsvorschlag Gesellschaftsvertrag der SWP
<p>§ 9 Abs. 1</p> <p>Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus neun Mitgliedern besteht.</p> <p>Die Mitglieder werden, soweit sie nicht als Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer nach den Vorschriften des Drittelbeteiligungsgesetzes zu wählen sind, von der Landeshauptstadt Potsdam entsandt.</p> <p>Aufsichtsratsvorsitzender ist der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam.</p> <p>Die übrigen Mitglieder des Gesellschafters werden unter Beachtung der geltenden Vorschriften der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg über die Bestellung von Vertretern in Unternehmen von der Gesellschafterversammlung gewählt.</p> <p>Die entsandten Mitglieder werden der Gesellschaft schriftlich mitgeteilt.</p>	<p>§ 9 Abs. 1</p> <p>Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 12 Mitgliedern besteht. Dem Aufsichtsrat gehören an:</p> <p>a) der/die Oberbürgermeister/in der Landeshauptstadt Potsdam oder ein/eine von ihm/ihr zu betrauende/r Beschäftigte/r der Landeshauptstadt Potsdam, welcher/welche den Vorsitz führt,</p> <p>b) die übrigen Mitglieder werden, soweit sie nicht als Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer nach den Vorschriften des Drittelbeteiligungsgesetzes zu wählen sind, von der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam unter Beachtung der kommunalrechtlichen Bestimmungen zur Berufung und Abberufung von Vertretern in Unternehmen entsandt.</p> <p>Die entsandten Mitglieder werden der Gesellschaft schriftlich mitgeteilt.</p>

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
0	0	0	0	0	0	keine



X Änderungsantrag zur Drucksache Nr.
 Ergänzungsantrag 12/SVV/0022
 Neue Fassung

öffentlich

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Betreff: Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)

Erstellungsdatum 18.04.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:	Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung		
25.04.2012		x
Gremium		
Hauptausschuss		

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Punkt c) in der vorliegenden Fassung wird gestrichen.
2. Der Punkt b) erhält folgende Fassung:

11 von der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam zu entsendende Mitglieder, für deren Berufung und Abberufung die kommunalrechtlichen Bestimmungen maßgeblich sind.

3. Der Punkt d) wird Punkt c).

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Begründung siehe Anlage



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0023

Betreff:

öffentlich

Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen

Einreicher: GB Zentrale Steuerung und Service

Erstellungsdatum 07.11.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
25.01.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		
08.02.2012	Hauptausschuss		
07.11.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die von der Landeshauptstadt Potsdam in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP) am 03.06.2009 entsandten städtischen Vertreter/innen werden abberufen.
- Die Landeshauptstadt Potsdam entsendet unter Bezugnahme auf die im Geschäftsgang befindliche Vorlage zur Änderung des Gesellschaftsvertrages der SWP gemäß § 9 Abs. 1 b) folgende **sieben** Mitglieder in den Aufsichtsrat der Gesellschaft:

- über die Fraktion DIE LINKE Herr Dr. Scharfenberg Frau Dr. Karin Schröter
(2 Sitze):
- über die Fraktion SPD Frau Heike Judacz Frau Birgit Morgenroth
(2 Sitze):
- über die Fraktion CDU/ANW Herr Klaus Rietz
(1 Sitz):
- über die Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen (1 Sitz): Frau Karen Sokoll
- über die Fraktion FDP (1 Sitz): Herr Prof. Dr. Christian Otto

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister
Geschäftsbereich 1
Geschäftsbereich 2
Geschäftsbereich 3
Geschäftsbereich 4

Fortsetzung Beschlusstext:

Als Nachrücker/innen werden entsandt:

- über die Fraktion DIE LINKE: Herr Hans-Dieter Plumbaum Frau Birgit Müller
- über die Fraktion SPD: Herr Claus Wartenberg Herr Pete Heuer
- über die Fraktion CDU/ANW: Herr Horst Heinzl
- über die Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen: Frau Katrin Vohland
- über die Fraktion FDP: Frau Franziska Schneider

Berechnungstabelle Demografieprüfung:

Begründung:

I. Sachverhalt

Die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) ist alleinige Gesellschafterin der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP).

Der Aufsichtsrat der SWP besteht gemäß § 9 Abs. 1 des derzeit geltenden Gesellschaftsvertrages aus neun Mitgliedern, welche, soweit sie nicht nach den Vorschriften des Drittelbeteiligungsgesetzes zu wählen sind, von der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) entsandt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss in ihrer Sitzung am 03.06.2009 u. a. fünf städtische Vertreter/innen in den Aufsichtsrat der SWP zu entsenden (Drucksache Nr. 09/SVV/0491).

Aktuell ist der Aufsichtsrat der SWP aufgrund der gegenwärtigen gesellschaftsvertraglichen Regelungen und des vorgenannten Stadtverordnetenbeschlusses wie folgt besetzt:

Aufsichtsratsvorsitzender:	Oberbürgermeister, Herr Jann Jakobs (Mandat niedergelegt)
über die SVV - Fraktion DIE LINKE:	Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
über die SVV - Fraktion DIE LINKE:	Frau Dr. Karin Schröter
über die SVV - Fraktion SPD:	Frau Heike Judacz
über die SVV - Fraktion CDU/ANW:	Herr Horst Heinzel
über die SVV- Fraktion FDP/ FP *:	Herr Marcel Yon

*gemäß Einigung nach § 41 Abs. 2 Satz 5 BbgKVerf zwischen SPD, Bündnis 90/ die Grünen und FDP/ FP

Der Oberbürgermeister hat mit Wirkung zum 31. Dezember 2011 sein Aufsichtsratsmandat bei der SWP niedergelegt.

Unter Beachtung der kommunalrechtlichen Regelungen zur wirtschaftlichen Betätigung (§§ 91 ff BbgKVerf) und der Leitlinien guter Unternehmensführung - Public Corporate Governance Kodex der Landeshauptstadt Potsdam soll der Gesellschaftsvertrag der SWP angepasst werden.

Vor diesem Hintergrund ist nunmehr auch beabsichtigt, den Gesellschaftsvertrag der SWP bezüglich der Größe des Aufsichtsrates und des Aufsichtsratsvorsitzes neu zu fassen. Im Geschäftsgang befindet sich deshalb eine Beschlussvorlage zur Änderung des Gesellschaftsvertrages der SWP. Danach soll der Gesellschaftsvertrag der SWP in der Fassung vom 14.02.2011 in § 9 Abs. 1 wie folgt geändert werden:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus **12** Mitgliedern besteht. Dem Aufsichtsrat gehören an:

- a) der/die Oberbürgermeister/in der Landeshauptstadt Potsdam oder ein/eine **von ihm/ihr zu betrauende/r Beschäftigte/r der Landeshauptstadt Potsdam**, welcher/welche den Vorsitz führt,
- b) die übrigen Mitglieder werden, soweit sie nicht als Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer nach den Vorschriften des Drittelbeteiligungsgesetzes zu wählen sind, **von der**

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam unter Berücksichtigung der kommunalrechtlichen Bestimmungen zur Berufung und Abberufung von Vertretern in Unternehmen entsandt.

Die entsandten Mitglieder werden der Gesellschaft schriftlich mitgeteilt.

Da derzeit **vier Mitglieder nach den Vorschriften des Drittelbeteiligungsgesetzes** zu wählen wären (Personalbestand über 500 ArbeitnehmerInnen) sind noch **sieben Mitglieder** von der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam zu entsenden.

Unter Zugrundelegung des § 41 Abs. 2 BbgKVerf ergibt sich für **sieben** nach den kommunalrechtlichen Bestimmungen in den Aufsichtsrat der SWP zu entsendenden Mitglieder folgende Sitzverteilung:

Sitze der Fraktionen = $\frac{\text{Zahl der Aufsichtsratssitze} \times \text{Mitgliederzahl der jeweiligen Fraktion}}{\text{Mitgliederzahl aller Fraktionen}}$

Fraktion DIE LINKE	= 7 x 16/54 = 2,074	2 Sitze
Fraktion SPD	= 7 x 15/54 = 1,944	2 Sitze
Fraktion CDU/ANW	= 7 x 6/54 = 0,778	1 Sitz
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	= 7 x 5/54 = 0,648	1 Sitz
Fraktion FDP	= 7 x 4/54 = 0,519	1 Sitz

II. Rechtsgrundlagen

Gemäß § 28 Absatz 2 Nr. 6 BbgKVerf i.V.m. § 97 Absatz 1 und 2 BbgKVerf obliegt der Stadtverordnetenversammlung die Bestellung ihrer Vertreter in wirtschaftlichen Unternehmen.

Hinweis

Die Beschlussfassung über Bestellungen von mehreren Gremienmitgliedern erfolgt gemäß § 41 Abs. 1 BbgKVerf mittels Wahl. Somit sind die sieben gemäß § 9 Abs. 1 GV in den Aufsichtsrat der SWP neu zu entsendenden Mitglieder gemäß § 41 Absatz 4 BbgKVerf durch offenen Wahlbeschluss von der Stadtverordnetenversammlung zu wählen.

Die bisher in den Aufsichtsrat der SWP von der Landeshauptstadt Potsdam entsandten (nach § 41 Abs. 1 BbgKVerf am 01.09.2010 durch die Stadtverordnetenversammlung gewählten) fünf Vertreter/innen können gemäß § 41 Abs. 7 BbgKVerf durch die Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung aus wichtigem Grund abgewählt werden.

Anlage:

Berechnungstabelle Demografie



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0098

öffentlich

Betreff:

Verkehrslösung 2020

Einreicher: Fraktionen SPD, CDU/ANW

Erstellungsdatum 08.02.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.03.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert der Stadtverordnetenversammlung auf der Grundlage des Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr einen Vorschlag für die Erarbeitung einer Bürgerbefragung vorzulegen, welche vor dem Hintergrund der bestehenden Restriktionen durch die Lage der Stadt an der Havel und dem Vorhandensein von zwei Havelübergängen eine Entscheidung zwischen zwei Entwicklungsszenarien ermöglicht:

1. Verkehrsvermeidungsstrategien im motorisierten Individualverkehr entsprechend dem Szenario „Nachhaltige Mobilität“ des StEK Verkehr
2. Notwendigkeit eines dritten Havelübergangs entsprechend dem Szenario „Fortschreibung“ des StEK Verkehr

gez. M. Schubert
Fraktionsvorsitzender

gez. M. Schröder
Fraktionsvorsitzender

Fortsetzung des Beschlusstextes auf S. 3

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Diskussion über die Notwendigkeit eines dritten Havelübergangs beschäftigt die Stadt seit zwanzig Jahren immer wieder. Das zu erwartende Wachstum der Stadt und ihrer Bevölkerung, sowie die bestehende Verkehrssituation machen langfristige Planungen notwendig die einer breiten Legitimation der Potsdamer Bevölkerung bedarf. Mit dem Antrag soll zum einen die Grundlage für eine objektive Begutachtung zur Schaffung einer Entscheidungsvoraussetzung, sowie die Grundlage für eine breite Bürgerbeteiligung bei der Entscheidung gelegt werden.

Damit soll eine größtmögliche Legitimierung des am Ende stehenden Beschlusses geschaffen werden. Dies wird vorgeschlagen, da nicht erst nach den Diskussionen um das Bahnprojekt Stuttgart 21 und um die Flugrouten des neuen Flughafens BER in Brandenburg und Berlin, Großprojekte in der Stadtentwicklung in ihrer Erarbeitung zumeist höchst umstritten sind.

Auch die Potsdamer Erfahrungen bei der Wiederannäherung an die historische Mitte und insbesondere bei der Wiedererrichtung des Potsdamer Stadtschlusses haben gezeigt, dass es bei Großprojekten dieser Dimension darauf ankommt, nicht nur auf die planerische Seite des Projektes, sondern auch auf die Vermittlung des Projektes Augenmerk zu legen. Ziel ist eine Entscheidung mit hoher Legitimierung in der Bevölkerung.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0132

öffentlich

Betreff:

Tourismusbuskonzept

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 15.02.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.03.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das in der Begründung geschilderte Tourismusbuskonzept prüfen zu lassen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im September 2012 Bericht zu erstatten.

gez Saskia Hüneke
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung

Das Tourismusbuskonzept soll dazu beitragen, dass die Emissionsbelastung der Stadt durch den Tourismusbusverkehr verringert und zugleich die breitere Erschließung des Stadtgebietes und der Sehenswürdigkeiten von Potsdam attraktiver wird.

In der gegenwärtigen Praxis durchqueren die Tourismusunternehmen mit ihren Reisebussen, meist aus Berlin kommend, ausschließlich die Stadt und fahren die verschiedenen Parkplätze der Schlösser bzw. Schlossanlagen an. Dabei erzeugen sie eine hohe Emissionsbelastung, ihr Besuch findet wirtschaftlich kaum Niederschlag in der Stadt, auch das Erlebnis der Stadt bleibt meist punktuell. Zur Lösung dieses Problems hat die Nachbarschaftsinitiative am Neuen Garten e. V., die besonders durch die Auswirkungen betroffen ist, folgende konzeptionelle Ansätze zur Diskussion gestellt:

Ausgangspunkt ist dabei, dass Stadt und Schlösserstiftung zur Zeit aufgrund des steigenden Bustourismus die Busparkplätze an den touristischen Brennpunkten

ausbauen. Diese sollen in Zukunft, umso bequemer durch Tourismusbusse angefahren und frequentiert werden können. Aber genau diese höhere Frequenz soll nach dem im Folgenden dargestellten Konzept verhindert bzw. eingeschränkt werden und zwar unter Nutzung der vorhandenen und jetzt ausgebauten Parkplätze.

Nach diesem Konzept fahren die schweren, lauten Touristenbusse keine Runden mehr durch die Stadt, sondern steuern den ersten, noch freien Parkplatz funkgesteuert an und bleiben dort ohne Gebühr stehen! Ein weiteres Ansteuern der übrigen Busparkplätze wäre zwar möglich, wäre aber mit spürbaren Gebühren verbunden: z.B. pro weiteren Parkplatz 50,00€, was bei weiteren zwei Parkplätzen 100,00€ und im Monat über tausend € zusätzliche Belastung für die Busunternehmen bedeuten kann. Um das zu vermeiden, steigen die Touristen bei dem ersten Halt ihres Busses aus, was wegen der Sehenswürdigkeit ohnehin geschehen würde und steigen nun in einen leichten, in Zukunft Elektro-Stadtbus um, der im permanenten Rundverkehr alle Potsdamer Sehenswürdigkeiten abfährt.

Die Touristen haben vorab, zusammen mit dem Ausflug nach Potsdam ein Touristenticket erworben, das es Ihnen ermöglicht als Gruppe, oder Individualisten an beliebigen Haltestellen aus, oder wieder einzusteigen. Zum Schluss wäre nach einer vorher verabredeten Zeit der Ausgangspunkt mit dem jeweiligen Touristenbus wieder erreicht, der dann auf kürzestem Weg Potsdam wieder verlässt.

Diese Rundfahrt durch das nördliche Potsdam kann durch eine "Acht" mit dem Kreuzungspunkt Potsdamer Hauptbahnhof ergänzt werden, wodurch dann die Attraktionen im Süden und Osten von Potsdam, bzw. dem Süd-Westen von Berlin erreichbar sind: Babelsberger Schloss, Filmstudios, Wannsee und Schloss Glienicke. Dieser Rundverkehr als Kreis bzw. Acht wäre auch für die S-Bahn-Touristen förderlich. Durch die Möglichkeit beliebig ein- und auszusteigen, sollen die Touristen animiert werden, sich in einem Café, oder zu einem kurzen Einkauf in der Stadt aufzuhalten. Die

Fahrer der Touristenbusse hätten in der Zwischenzeit die Möglichkeit einer Erholungspause. Die Rundfahrlinie wäre für die Potsdamer ebenfalls nutzbar.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

12/SVV/0132

 öffentlich**Einreicher:** Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Betreff:** Tourismusbuskonzept

Erstellungsdatum 24.09.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
25.09.2012	Ausschuss für Stadtentwicklung Bauen	X	
07.11.2012	Stadtverordnetenversammlung		X

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag Neue Fassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Arbeitsgruppe einzurichten mit dem Ziel alternative Konzepte zum bestehenden Touristenbussystem zu untersuchen und entsprechende Vorschläge der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Die Arbeitsgruppe soll sich aus Vertretern der Stadtverordneten, der Stadtverwaltung, aus Vertretern der Touristenbranche, der VIP, der Stiftung Schlösser und Gärten und Vertretern des vom Touristenbusverkehr besonders betroffenen Gebietes um den Cecilienhof (Nachbarschaftsinitiative Am Neuen Garten zu Potsdam e.V.) zusammensetzen

Ein erstes Ergebnis soll bis Dezember 2012 vorliegen.

Begründung:

Der überwiegende Teil der Tagestouristen in Potsdam kommt mit schweren Touristenbussen aus Berlin, der restlichen Bundesrepublik, aber auch aus dem europäischen Ausland.

Gerade diese schweren Busse führen an bestimmten Brennpunkten der Stadt zu erheblichen Belastungen für die Bürger, zu einer Überlastung von schmalen Anliegerstraßen, zu einer Verunreinigung der Luft durch Feinstaub und zu störenden Vibrationen und Lärm durch die schweren Dieselmotoren und die Kühlaggregate.

Um gebührenpflichtigen Parkplätzen aus dem Weg zu gehen, werden von den Busfahrern zum Teil unsinnige Leerfahrten durch Wohngebiete zum Beispiel in der nördliche Nauener Vorstadt gemacht, im absoluten Halteverbot mit laufendem Motor und Klimaaggregat gewartet und die Passagiere auf der Straße unter Behinderung anderer Verkehrsteilnehmer abgesetzt oder aufgenommen. Bisher sieht sich die Stadt überfordert, ein regelgerechtes und rücksichtsvolles Befahren der städtischen Straßen gegenüber Turistenbusunternehmungen durchzusetzen.

Die Busfahrten zum Cecilienhof stellen von April bis Oktober, insbesondere an den Sonn- und Feiertagen, für die Bewohner der nördlichen Nauener Vorstadt eine Zumutung dar.

Um dem abzuweichen, wurde von Bürgern der Nauener Vorstadt und der Nachbarschaftsinitiative Am Neuen Garten zu Potsdam e.V. ein alternatives Ringbussystem vorgeschlagen, das die gesamte Stadt in Zukunft vor schweren Touristenbussen bewahren könnte.

Unabhängig von den Bemühungen der Nachbarschaftsinitiative wurden vom Bereich Wirtschaftsförderung der Stadtverwaltung Potsdam bereits vor einiger Zeit Untersuchungen zum Touristenbussystem unter dem Aspekt Optimierung der Busparkplätze in Potsdam eingeleitet.

Die Vorgespräche (s. Anlage) haben ergeben, dass Konzeptentwicklung, Bestimmung von möglichen ersten Schritten und Entwicklung von Methoden zu ihrer Realisierung eine sehr komplexe Fragestellung darstellt, die zunächst von einer Arbeitsgruppe bearbeitet werden muss. Daraus resultiert der Beschlussvorschlag.

Anlage

Zum Vorschlag der Nachbarschaftsinitiative, entwickelt durch Dr. Tillmann Rehbock und Prof. Jan Fiebelkorn-Drasen, hat sich mit Unterstützung von Frau Hüneke und Herrn Frerichs eine Diskussionsgruppe getroffen, um den Vorschlag der Nachbarschaftsinitiative zu diskutieren.

Beteiligt an diesem Treffen war Stiftung Schlösser und Gärten (Herr Buri), ein privater Busunternehmer Potsdams (Fa. Anger), Herr Hütte für Potsdam Tourismus, Herr Frerichs als Vertreter der Stadtverwaltung, Prof. Fiebelkorn-Drasen für die nördliche Nauener Vorstadt und Frau Hüneke als Stadtverordnete für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Außerdem fand ein weiteres Treffen bei Herrn Frerichs mit Dr. Tillmann Rehbock -dem Autor des alternativen Buskonzeptes- und Prof. Fiebelkorn-Drasen statt. Dabei wurde auf Anregung von Herrn Frerichs beschlossen, das ursprüngliche, komplexe Konzept zu modifizieren.

Motto der beiden Treffen war: Prüfung eines alternativen, touristenfreundlichen, wirtschaftlichen und umweltfreundlichen Bussystems.

Dabei wurde auf Oberstdorf, Baden-Baden, Speyer und eine Anzahl weiterer Städte und Ortschaften verwiesen, die komplett für Touristenbusse gesperrt sind und eigene städtische Bussysteme erfolgreich entwickelt haben; z.T. auch unter Einsatz von leichten Elektrobussen z.B. in norditalienischen Städten.

Ergebnis der Diskussion war, dass eine umfassende Lösung für Potsdam d.h. ein völliger Ersatz des individuellen Reisebusverkehrs für Touristen zunächst mit zu vielen Hindernissen behaftet scheint. Als Begründung dafür wurde die besondere geographische Situation und der ausgeprägte Tagestourismus aus Berlin genannt.

Dennoch wurde die Möglichkeit gesehen, zunächst mit einer kleineren Lösung zu beginnen, da zunehmend deutlich wird, dass die Belastung durch die Touristenbusse z.B. in der Nauener Vorstadt begegnet werden muss.

Ein erste Idee war, mit einem Dreiecks-Bussystem mit den Eckpunkten Hauptbahnhof, Cecilienhof, Sanssouci bzw. umgekehrt zu beginnen. Diese System würde erstmal parallel zum bisherigen Touristenbussystem eingerichtet werden. Parallel sollten schnelle Maßnahmen zu einer sofortigen Durchsetzung eines dauerhaft ordnungsgemäßen Parkens der Reisebusse auf den bestehenden dafür geschaffenen Parkplätzen ergriffen werden.

Als werbewirksame Maßnahme kann man sich den Einsatz von Elektrobussen durchaus alternativ zu den klassischen Antrieben vorstellen (Frerichs). Als ergänzendes Element wären aber auch Touristen-Elektrobusse zur weiteren Entwicklung eines umweltfreundlichen städtischen Verkehrs von Interesse (Dr.T.Rehbock).

Der Tourist hätte die Möglichkeit mit diesem „Dreieck“ die wichtigsten Sehenswürdigkeiten Potsdams zu erreichen. Dabei könnte der Ausgangspunkt der Fahrt entweder der Hauptbahnhof sein -für die die Anreisenden per Bahn- oder Schloss Sanssouci für die Busreisenden mit einer Pendelfahrt zum Cecilienhof mit Zwischenhalt Alexandrowka und Marmorpalais und retour. Vorbedingung wäre allerdings, dass der Cecilienhof für die schweren Überlandbusse nicht mehr angefahren werden sollte.

Diese ersten Ideen sind mit einer Vielzahl von Fragestellungen verbunden: Finanzierung, Technik der Fahrzeuge, Betreiber, Kooperation mit den in der Stadt bestehenden Busangeboten, Integration in das Verkehrssystem der VIP, Frequenz der Busfolge, saisonale Differenzierung und spätere schrittweise Erweiterung des Systems. Es wurde vorgeschlagen die Einrichtung des alternativen Bussystems als Pilotprojekt unter kritischer Begleitung durch ein Forschungsprojekt eines der Potsdamer Hochschulen durchzuführen.

Zur Untersuchung aller dieser Fragen wäre die Einrichtung der oben vorgeschlagenen Arbeitsgruppe sinnvoll, bestehend aus Fachleuten, Vertretern der Stadtverwaltung, politischen Vertretern und Vertretern betroffener Bürger z.B. der Nauener Vorstadt. Die Vergabe von kostenträchtigen Gutachten wurde zunächst nicht für sinnvoll gehalten.

gez. Saskia Hüneke
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0461

öffentlich

Betreff:

Gebäude Döberitzer Straße 3 für sozialen Wohnungsmarkt dauerhaft sichern

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 29.06.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
22.08.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Objekt „Döberitzer Straße 3“ an die Pro Potsdam zum Verkehrswert auf der Basis einer Kaltmiete von 4,02 €/m² zu veräußern.

gez. Saskia Hüneke
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Das Gebäude ist in einem guten Zustand. Die Mieterinnen bewohnen die darin befindlichen Wohnungen zu vergleichbaren kostengünstigen Mieten. Mit einem Verbleib dieses Mehrfamilienhauses im sozialen Wohnungsmarkt der Stadt wird dem Ziel des Erhalts bezahlbarer Wohnungen gedient.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0468

öffentlich

Betreff:

Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 09.07.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
22.08.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den Bewohner/innen der WagenHausBurg in Verhandlungen zum Abschluss eines Erbbaurechts- bzw. Kaufvertrages für den jetzigen Standort Tornowstraße 38 auf Hermannswerder einzutreten.

Über die jeweiligen Ergebnisse der Gespräche ist der Hauptausschuss alle zwei Monate, beginnend im Oktober 2012, zu informieren.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

--

Klimatische Auswirkungen:

--

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Diskussionen um den Erhalt des „Lebens- und Lernortes Tornowstraße 38 - nachhaltig leben im urbanen Raum“ konnten trotz des großen Interesses der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung und der Bemühungen der WagenHausBurg-Bewohner/innen zu keinem konkreten Ergebnis geführt werden.

Die in dem geltenden Vertrag enthaltene Option auf Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages war für die Bewohner/innen der WagenHausBurg über die gesamten 12 Jahre der Existenz des Projektes Grundlage ihres konzeptionellen Denkens und Handelns.

Wie dem Konzept des Gemeinschaftsprojektes u. a. zu entnehmen ist, wurden bisher alle Angebote und Projekte selbst bzw. durch akquirierte Fördermittel finanziert.

Die notwendig gewordenen baulichen Maßnahmen jedoch sind nicht aus eigener Kraft finanzierbar, können nur über Fremdfinanzierung, also durch eine Kreditaufnahme, realisiert werden. Dafür müssen die eigentumsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Über den sozialen Wert des Projektes in seiner Innen- und Außenwirkung wurde bereits viel Positives erklärt. Das legt nahe, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass sich die WagenHausBurg ihren jetzigen Standort langfristig entwickeln kann.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

X Änderungsantrag

zur Drucksache Nr.

Ergänzungsantrag

12/SVV/0468

Neue Fassung

öffentlich

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Betreff: Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder

Erstellungsdatum 17.09.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
19.09.2012	Statdverordnetversammlung		X

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschluss der Drucksache 12/SVV/0570 am 12.09.2012 im Hauptausschuss wird aufgehoben.

Für das Gebiet an der Fährwiese Hermannswerder wird ein B-Plan aufgestellt.

gez. Saskia Hüneke
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Begründung siehe Anlage



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0587

Betreff:

öffentlich

Erhöhung des Stammkapitals der Luftschiffhafen Potsdam GmbH

Einreicher: Bereich Beteiligungsmanagement

Erstellungsdatum 30.08.2012

Eingang 902: 30.08.2012

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
19.09.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Erhöhung des Stammkapitals der Luftschiffhafen Potsdam GmbH von derzeit 25.000 Euro um 75.000 Euro auf 100.000 Euro durch Änderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH.

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Erhöhung des Stammkapitals von derzeit 25 T€ um 75 T€ auf 100 T€ durch Bareinlage der Gesellschafterin ProPotsdam GmbH.

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister
Geschäftsbereich 1
Geschäftsbereich 2
Geschäftsbereich 3
Geschäftsbereich 4

Berechnungstabelle Demografieprüfung:

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
					0	keine

Begründung:**I. Sachverhalt**

Die Luftschiffhafen Potsdam GmbH ist eine Tochtergesellschaft der ProPotsdam GmbH. Die ProPotsdam GmbH hält 100 % der Anteile an dieser Gesellschaft. Die Landeshauptstadt Potsdam wiederum ist alleinige Gesellschafterin der ProPotsdam GmbH.

Gegenstand der Luftschiffhafen Potsdam GmbH ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages die Erbringung genehmigungsfreier immobilienwirtschaftlicher Dienstleistungen aller Art für die Gesellschafterin (ProPotsdam GmbH), für deren Beteiligungsgesellschaften und für die Landeshauptstadt Potsdam, insbesondere die Bewirtschaftung und Entwicklung der sportlichen Infrastruktureinrichtung Luftschiffhafen Potsdam.

Im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages nimmt die Gesellschaft für die Landeshauptstadt sämtliche Tätigkeiten wahr, die die Aufrechterhaltung des Betriebes der Objekte und Einrichtungen des Areals Luftschiffhafen sicherstellen. Im Einzelnen erbringt die Gesellschaft gegenüber der Landeshauptstadt Potsdam folgende Leistungen: technisches Facilitymanagement, kaufmännisches Facilitymanagement, Rechnungswesen, Berichtswesen/Controlling und Standortmarketing/Öffentlichkeitsarbeit.

In 2011 hat die Gesellschaft weitere Aufgaben übernommen. Im Rahmen einer Vereinbarung zum Wohnheim Luftschiffhafen mit der ProPotsdam GmbH und der Landeshauptstadt Potsdam hat die Gesellschaft von der ProPotsdam GmbH das bestehende Wohnheimgebäude gepachtet und betreibt seit 01.08.2011 das Wohnheim der Sportschule.

Darüber hinaus verwaltet die Gesellschaft die im Eigentum der ProPotsdam GmbH stehenden Flächen und Gebäude auf dem Areal Luftschiffhafen.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft beträgt zum 31.12.2011 154,7 T€.

Das mittelfristig gebundene Anlagevermögen besteht im Wesentlichen aus der Betriebs- und Geschäftsausstattung und beläuft sich zum 31.12.2011 auf 20,2 T€, dies entspricht 13,1 % der Bilanzsumme.

Das kurzfristig gebundene Vermögen zum 31.12.2011 in Höhe von 134,5 T€ umfasst im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, davon 106,0 T€ gegenüber der ProPotsdam GmbH. Die Forderungen gegen die ProPotsdam GmbH betreffen in Höhe von 77,7 T€ Guthaben der Gesellschaft im Cash-Pool. Unter Berücksichtigung der Guthaben im Cash-Pool hatte die Gesellschaft zum 31.12.2011 liquide Mittel von 77,9 T€.

Das Stammkapital beträgt 25,0 T€ und ist voll eingezahlt. Ein Ergebnisabführungsvertrag besteht nicht. Das Geschäftsjahr 2011 wurde bei Umsatzerlösen in Höhe von 1.512,0 T€ mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 3,6 T€ beendet. Nach Verrechnung des Jahresfehlbetrages und des Verlustvortrages verbleibt ein Eigenkapital in Höhe von 20,5 T€. Die Eigenkapitalquote beträgt 13,3 % und ist damit als gering einzuschätzen.

Die Luftschiffhafen Potsdam GmbH plant für die Folgejahre steigende Umsatzerlöse (Umsatzerlöse lt. Plan 2012: 2.915 T€), insbesondere durch die Inbetriebnahme der Schulsporthalle (MBS-Arena) zu Beginn des Jahres 2012 und den ganzjährigen Betrieb des Wohnheims. Für das Geschäftsjahr 2012 wird ein geringer Jahresüberschuss von 8,0 T€ erwartet. Mit der Ausweitung der Geschäftstätigkeit und der Übernahme von weiterem Personal steigen jedoch die finanziellen Risiken einer nicht vollständigen Kostenweiterberechnung. Bereits bei geringen Planabweichungen kann es zu Jahresfehlbeträgen kommen, die dann das Eigenkapital mindern.

Das Stammkapital beträgt derzeit weniger als 1 % der für 2012 geplanten Umsatzerlöse, mit Erhöhung auf 100 T€ stiege das Stammkapital dann auf etwa 3,4 % der für 2012 geplanten Umsatzerlöse.

II. Handlungsbedarf

Die ProPotsdam GmbH als Gesellschafterin der Luftschiffhafen Potsdam GmbH beabsichtigt, die Eigenkapitalausstattung durch die Erhöhung des Stammkapitals von derzeit 25 T€ um 75 T€ auf 100 T€ zu stärken.

Die Erhöhung des Stammkapitals erfolgt durch Gesellschafterbeschluss. Die Funktion des Gesellschafters in der Luftschiffhafen GmbH wird durch die ProPotsdam GmbH wahrgenommen. Aufgrund der Regelung im Gesellschaftsvertrag der ProPotsdam GmbH sind Stimmabgaben der Geschäftsführung der ProPotsdam GmbH in ihrer Eigenschaft als Vertreter des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung der Luftschiffhafen Potsdam GmbH in Angelegenheiten, die nach dem Gesellschaftsvertrag der Luftschiffhafen Potsdam GmbH in die Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung fallen, durch die Gesellschafterversammlung der ProPotsdam GmbH zu beschließen. Beschlussvorlagen für die Gesellschafterversammlung der ProPotsdam GmbH sind satzungsgemäß vom Aufsichtsrat der ProPotsdam GmbH zu beraten. Der Aufsichtsrat der ProPotsdam GmbH hat in seiner Sitzung am 31.05.2012 eine Beschlussempfehlung zur Eigenkapitalstärkung der Luftschiffhafen Potsdam GmbH an die Gesellschafterin der ProPotsdam GmbH, die Landeshauptstadt Potsdam, gegeben.

Die Erhöhung des Stammkapitals ist nur durch Änderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH möglich.

Die Erhöhung des Stammkapitals bzw. Abänderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH bedarf der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung. Die Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung der ProPotsdam GmbH berücksichtigt die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung.

Die Maßnahme dient der Stärkung des Eigenkapitals der Luftschiffhafen Potsdam GmbH.

III. Rechtliche Grundlagen

Rechtliche Grundlagen für die Erhöhung des Stammkapitals bzw. Abänderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH sind das Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg und die Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam.

Gemäß § 13 Abs. 3 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam vom 04.03.2009 entscheidet die Stadtverordnetenversammlung über den wesentlichen Inhalt von Satzungen von Gesellschaften, an denen die Landeshauptstadt Potsdam unmittelbar oder mittelbar mehr als ein Viertel der Anteile hält sowie über die Entsendung von Stadtverordneten in Aufsichtsräte oder Beiräte dieser Gesellschaften. Es wird ein Katalog wesentlicher Inhalte von Gesellschaftssatzungen aufgezählt. Wesentlicher Inhalt ist demnach der Betrag des Stammkapitals.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0594

öffentlich

Betreff:

Verband Kommunaler Krankenhäuser

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 03.09.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
19.09.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich gemeinsam mit der Geschäftsführung des Klinikums „Ernst von Bergmann“ für eine engere Zusammenarbeit der kommunalen Krankenhäuser im Land Brandenburg einzusetzen. Die Bemühungen sollten in eine stabile Form, z. B. eines Verbandes Kommunaler Krankenhäuser, münden.

Über die Ergebnisse der Bemühungen ist die Stadtverordnetenversammlung im November 2012 zu informieren.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Landeshauptstadt hat sich nach anderen Überlegungen entschieden, das Klinikum „Ernst von Bergmann“ als kommunales Krankenhaus zu erhalten. Der „Transformationsprozess“ ist erfolgreich verlaufen. Jetzt kommt es darauf an, die Vorteile eines kommunalen Unternehmens voll zum Tragen zu bringen. Dazu sollte eine enge Zusammenarbeit mit anderen kommunalen Krankenhäusern gesucht werden.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0607

öffentlich

Betreff: Partizipativer Prozess zur organisatorischen Weiterentwicklung städtisch geförderter Projekte der (Jugend-)Soziokultur

Einreicher: FDP-Fraktion

Erstellungsdatum 04.09.2012

Eingang 902: 04.09.12

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
19.09.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Abstimmungsprozess zur organisatorischen Weiterentwicklung (jugend-)soziokultureller Projekte und Einrichtungen in Potsdam durchzuführen. Dieser soll unter Einbindung der beteiligten Akteure auf Augenhöhe stattfinden.

Ziel des Abstimmungsprozesses sollte es sein, eine Möglichkeit der räumlichen und inhaltlichen Zusammenarbeit der verschiedenen Projekte und Einrichtungen zu erarbeiten, welche direkt oder indirekt städtisch gefördert werden. Gefundene Schnittmengen und Synergieeffekte sollen dann mit dem Ziel der Ressourceneinsparung umgesetzt werden.

gez. Johannes von der Osten-Sacken
Fraktionsvorsitzender
Fraktion FDP

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

In einem Schreiben vom 23. August 2012 begrüßte der Stadtjugendring e.V. einen Vorschlag der FDP-Fraktion zur räumlichen Kooperation Jugendsoziokultureller Projekte und Einrichtungen in der Form, dass eine gemeinsame gleichberechtigte Debatte über die mögliche Zusammenarbeit durchgeführt wird. Diesem Vorschlag sollte jetzt in einer geeigneten Form nachgegangen werden.

Die im Abstimmungsprozess gefundenen Gemeinsamkeiten und möglichen Synergieeffekte in einer Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure könnten Ressourcen für die Projekte und die Stadt einsparen ohne Einbußen in Qualität und Quantität des Angebotes hinnehmen zu müssen. Voraussetzung für diesen Prozess ist die Einbindung der Akteure auf Augenhöhe sowie deren breite Zustimmung für eine räumliche Zusammenarbeit.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0423

Betreff:
Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: 03/SVV/0806

Erstellungsdatum 31.05.2012

Eingang 902: 31.05.2012

4/46

Einreicher: FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

22.08.2012 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Mit Beschluss vom 31.03.2004 zur Drucksache 03/SVV/0806 hat die Stadtverordnetenversammlung die Verwaltung beauftragt, zu Beginn eines jeden Jahres einen Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung vorzulegen, in dem Probleme und Aufgaben sowie Strategien und Prioritäten vorgestellt und begründet werden.

Dieser jährliche Bericht wird hiermit für das Jahr 2012 vorgelegt – siehe Anlage

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Anlage Bericht

Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung

2012



Landeshauptstadt Potsdam

**Geschäftsbereich
Stadtentwicklung und Bauen**

Mit Beschluss vom 31.03.2004 hat die Stadtverordnetenversammlung die Verwaltung beauftragt, jährlich einen Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung vorzulegen, in dem Probleme und Aufgaben sowie Strategien und Prioritäten vorgestellt und begründet werden.

Vorbemerkung

Dieser Bericht wird nunmehr im achten Jahr vorgelegt. Struktur und inhaltliche Ausrichtung sind dabei jeweils eng an den Berichten der Vorjahre ausgerichtet, um eine kontinuierliche Berichterstattung zu gewährleisten. Es soll damit also nach wie vor nicht ein breiter und in seinen Gewichten wenig differenzierter Gesamtüberblick gegeben werden; vielmehr bleibt es dabei, dass bewusst schwerpunktmäßig bedeutsame aktuelle Aufgaben dargestellt und Probleme angesprochen werden, die mit Priorität angegangen werden müssen.

Für die inhaltliche Gliederung ist ebenso unverändert die Strukturierung der „Produkte“ maßgeblich, die auch für die Haushaltsplanung und die Aufgabensteuerung verwandt wird. Von Bedeutung sind hier der durch Definition des Landes vorgegebene Produktbereich *Räumliche Planung und Entwicklung* mit den Untergliederungen *Stadtentwicklung*, *Bauleitplanung* sowie *Stadterneuerung*.

Maßgeblich verändert hat sich seit der letzten Berichterstattung die organisatorische Einordnung der angesprochenen Aufgabenfelder in der Bauverwaltung: Angesichts des schon in den Vorjahren angesprochenen Trends an erforderlicher breiter fachlich komplexer Steuerung ungeachtet des formellen Einsatzes des klassischen besonderen Städtebaurechts in abgegrenzten Sanierungs- und Entwicklungsbereichen und mit Blick auf die Nachvollziehbarkeit der planerischen Zusammenhänge innerhalb und außerhalb von Erneuerungsgebieten sind die in diesem Bericht angesprochenen Aufgabenfelder seit dem 1. Dezember 2011 Zuständigkeitsbereich eines einheitlichen und übergreifenden Fachbereichs für Stadtplanung und Stadterneuerung.

Die schon im letzten Bericht angekündigten vertiefenden organisatorischen Untersuchungen haben, von ersten vorläufigen Entscheidungen abgesehen, noch nicht erfolgen können, sondern müssen – neben der inhaltlich meist vorrangigen Bearbeitung der dringenden aktuellen Aufgaben – im laufenden Jahr weiterverfolgt werden.

Zu den o.g. inhaltlichen Aufgabenfeldern sollen nachfolgend jeweils die Schwerpunkte der aktuellen Aufgaben und Probleme dargestellt, die Strategien erläutert und in den Rahmen der Prioritäten eingeordnet werden.

Stadtentwicklung

Im Rahmen der Verfahren des Landes Brandenburg zur Neufestsetzung von Wasserschutzonen im Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam konnte erreicht werden, dass die vom Land vorgesehene Fassung, die die Planungshoheit der Stadt wesentlich einschränken würde, noch nicht verabschiedet wurde. An einer Auflösung des Konfliktes wird weiterhin gearbeitet.

Planungen
in der Region

Im Jahr 2012 wird der Regionalplan Havelland-Fläming durch die Regionale Planungsstelle als Entwurf ausgelegt werden. Die Stadt

Potsdam versucht, durch die Mitwirkung an dem Vorentwurf die eigenen Planungsziele in den Regionalplan einzubringen. Sie wird im Rahmen der Stellungnahme zum Entwurf ihre Auffassung zur Darstellung des „Potenziellen Siedlungsraumes“ bekräftigen.

Intensive fachliche Diskussionen erfordert das eingeleitete Planfeststellungsverfahren für die Erneuerung einer überregionalen 110 kV-Hochspannungsleitung, die die Ortsteile Marquardt und Golm empfindlich schneidet. Die Bemühungen konzentrieren sich darauf, Entlastungen in diesen Ortslagen durch veränderte Leitungsführungen zu erreichen.

Gesamtstädtische Pläne und Programme

Der Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Potsdam hat 2011 erneut ausgelegen und sollte danach abgeschlossen werden. Im Zusammenhang mit den Diskussionen um die Darstellung der Erweiterung der Gewerbeflächen im Kirchsteigfeld-Süd ist aber zur Sicherung der Entwicklung alternativer Lösungen ohne Vorfestlegung auf eine bestimmte Lösung, die Darstellung hier nochmals geändert worden, was eine neuerliche (vierte) Auslegung des FNP notwendig macht. Damit kann er voraussichtlich erst in der zweiten Jahreshälfte 2012 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden.

Mit den bisher erarbeiteten sektoralen gesamtstädtischen Konzepten und mit den weiteren in Arbeit befindlichen (z.B. zur langfristigen Planung der sozialen Infrastruktur, als einem Teil des Großprojektes „Integrierte Infrastrukturplanung“) verbindet sich auch ein erheblicher geschäftsbereichsübergreifender Koordinierungsaufwand zur Umsetzung dieser Konzepte. Diese koordinierende Tätigkeit wird ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des Bereiches in den nächsten Jahren sein. Aktuell besteht die Notwendigkeit, die Anforderungen aus dem Lärmaktionsplan, dem Luftreinhalteplan, dem Klimaschutzkonzept und dem Stadtentwicklungskonzept Verkehr zur koordinierten Umsetzung zu bündeln. Dafür bedarf es einer eigenen Stelle, da diese Leistung nicht nebenbei und sporadisch erbracht werden kann.

Insgesamt ist ein erheblicher Druck zu verzeichnen, der sich aus der ungebremsen Wachstumssituation ergibt – die Prognosen sind aktuell wiederum von der tatsächlichen Entwicklung überholt worden, so dass nunmehr für 2020 von 174.000 Einwohnern auszugehen ist. Dies löst erhebliche Anforderungen sowohl an die Schaffung von Neubaupotenzialen für Wohnungsbau wie auch für die zeitgleich zu schaffenden Arbeitsplätze aus.

Teilräumliche und sektorale Konzepte

Die Wirkungen alternativer Szenarien der Verkehrsentwicklung für Potsdam wurden mit dem Stadtentwicklungskonzept Verkehr vorgelegt. Die zukünftigen finanziellen Rahmenbedingungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, sowie die Einhaltung verbindlicher Vorgaben (Luftreinhaltung, Lärm) zum Gesundheitsschutz der Bevölkerung veranlassten die Verwaltung, ein Szenario der besonderen Förderung der nachhaltigen Mobilität zur Umsetzung zu empfehlen. Alle Fragen hierzu sollen noch in der ersten Hälfte des Jahres 2012 mit den Potsdamer Bürgerinnen und Bürgern ausführlich diskutiert werden. Danach soll die Stadtverordnetenversammlung eine Richtungsentscheidung treffen.

2012 wurde auch das LKW-Führungskonzept aktualisiert. Im Ergebnis der Zählung allen ein- und ausfließenden PKW- und LKW-Verkehrs

konnte festgestellt werden, dass sich der LKW-Verkehr auf dem Hauptstraßennetz bündelt und so die gesteckten Ziele des Konzeptes von 2005 weitgehend erreicht wurden. Darüber hinaus gibt es hiernach in Potsdam nur einen vergleichsweise sehr geringen LKW-Durchgangsverkehr.

Weitere Schwerpunkte des Jahres sind neben der kontinuierlichen Umsetzung der Radverkehrsstrategie die weitere Konkretisierung des Stadtentwicklungskonzeptes Wohnen, die Aktualisierung des Einzelhandelskonzeptes und der Abschluss des Uferwegekonzeptes für die Ortsteile mit einer entsprechenden Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung.

Nach wie vor sind Perspektiven für ein Ausstellungs- und Informationszentrum räumlich, finanziell und personell nicht geklärt. Das Ergebnis einer Prüfung verschiedener Möglichkeiten auf Realisierbarkeit wird aktuell verwaltungsseitig erörtert, um der Stadtverordnetenversammlung in der Jahresmitte 2012 einen Bericht hierzu zu geben. Daneben beschränkt sich die Arbeit weiterhin auf Sicherung und Aktualisieren des Dokumentationsbestandes.

Die 2011 begonnene Herstellung eines digitalen dreidimensionalen Stadtmodells wird in diesem Jahr fortgeführt und soll soweit abgeschlossen werden, dass ab der zweiten Jahreshälfte damit planerische Diskussionen und Informationen unterstützt werden können.

Bauleitplanung

Die Aufgabenbewältigung im Bereich Verbindliche Bauleitplanung über das bewährte Instrument der Prioritätenvereinbarung soll fortgeführt werden, auch unter Einbeziehung der 2011 um eine $\frac{3}{4}$ Stelle ausgeweiteten Personalkapazität. Mit der erfolgreich praktizierten Erstattung nicht-hoheitlicher Verwaltungskosten bei Planverfahren im wirtschaftlichen Interesse Dritter ist die finanzielle Basis für den befristeten Einsatz zusätzlichen externen Personals im Bereich Verbindliche Bauleitplanung erfolgreich etabliert. Diese Form der Kapazitätserweiterung soll kontinuierlich fortgeführt werden.

Die Schwerpunkte liegen dabei auf den Themenfeldern der Entwicklung größerer Planungsprojekte in innenstadtnaher Lage, der Stärkung zentraler Versorgungsbereiche nach dem Einzelhandelskonzept und der städtebaulichen Ergänzung von Flächen in gut integrierten Lagen, aber auch bei der fiskalischen Wirkung der Schaffung von Planungsrecht für den „Konzern Stadt“.

Mit hoher Priorität weitergeführt werden sollen daher das Verfahren zum Bebauungsplan „Speicherstadt/Leipziger Straße“, für den noch in diesem Jahr die Öffentlichkeitsbeteiligung vorgesehen ist, und – abhängig von den Entscheidungen zum Badstandort – das Bebauungsplanverfahren „Leipziger Straße/Brauhausberg“ mit einem Nutzungsmix aus Wohnen, nicht störendem Gewerbe und ergänzender Infrastruktur.

Für das Planänderungsverfahren zu den Bahnhofspassagen ist die Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung noch im Sommer 2012

**Dokumentation
Stadtentwicklung**

**Pläne und Satzungen
zur Investitions-
vorbereitung**

beabsichtigt, sodass die Auswertung und Aufbereitung für den Abwägungs- und Satzungsbeschluss bis zum Jahresende erfolgen kann. Ebenfalls zum Sommer des Jahres vorgesehen ist die fachgutachterliche Bewertung des für das Stern-Center zu entwickelnden Bebauungs- und Nutzungskonzeptes, auf dessen Grundlage dann im Weiteren ein Entwurf der Bebauungsplan-Änderung erstellt werden kann.

Zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Nahversorgungsbereich Golm“ wird nach dem Satzungsbeschluss der Abschluss des Genehmigungsverfahrens bis zur Jahresmitte angestrebt. Die weitere Entwicklung des Stadtteils, insbesondere die planerische Vorbereitung von ergänzenden Flächen für den Wissenschaftspark, begegnet aktuell deutlich formulierten Vorbehalten gegenüber einer Siedlungsausweitung, die zwangsläufig derzeitigen Randlagen ihre Offenheit zur Landschaft nimmt und die verkehrliche Belastung des Straßennetzes erhöht.

Für Groß Glienicke wird die Auswertung und Aufbereitung der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung zum Bebauungsplan „Potsdamer Chaussee“ weiter geführt und ein städtebaulicher Vertrag erarbeitet werden, ein zügiger Verfahrensabschluss wird angestrebt.

Entwicklungspotenziale in städtebaulich gut integrierten Lagen sollen u.a. auch durch die eingeleiteten Bebauungsplan-Änderungen „Am Horstweg“ und „Kirchsteigfeld“ ausgeschöpft werden.

**Pläne und Satzungen
zur städtebaulichen
Qualitätssicherung**

Im zurück liegenden Jahr besonders erfolgreich war die zielgerichtete Weiterführung des Bebauungsplans „Uferzone Griebnitzsee“ mit den zwei Phasen der Öffentlichkeitsbeteiligung sowie die Einbindung dieses und anderer Uferwegeplanungen in das Projekt „Uferwege“.

Im Jahr 2012 wird der rechtsverbindliche Abschluss dieses Bebauungsplanverfahrens vorbereitet. Damit soll die wichtigste Voraussetzung für die langjährig angestrebte dauerhafte rechtliche Sicherung eines durchgängigen öffentlichen Uferwegs geschaffen werden, auch wenn fraglos erneut mit rechtlichen Angriffen gegen den Bebauungsplan zu rechnen ist. Der Bebauungsplan wird dann Ausgangsbasis für die noch vorzunehmenden Umsetzungsmaßnahmen werden.

Auch für den Bebauungsplan „Trebbiner Straße/Am Silbergraben“, zu dessen Umsetzung bereits ein Bodenordnungsverfahren erfolgreich durchgeführt wurde, ist der Verfahrensabschluss vorgesehen.

Mit der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Bebauungsplan „Hegemeisterweg“ soll die angestrebte städtebaulich geordnete Nachverdichtung der Eigenheimsiedlung weiter voran getrieben werden, um gut erschlossene innenstadtnahe Entwicklungspotenziale zu nutzen.

Ergänzend zu den Investitionsvorbereitungen im Bereich der Speicherstadt sollen über die Einleitung eines Planverfahrens für den südlichen Bereich um die historischen Speicheranlagen die noch möglichen Bestandsergänzungen geordnet und die Führung des öffentlichen Weges klar definiert gesichert werden.

Nach Auswertung bislang gewonnener Praxiserfahrungen ist in diesem Jahr eine Änderung der Werbesatzung Innenstadt beabsichtigt, mit der verschiedene Korrekturen im Regelungsrahmen vorgesehen sind.

Ein weiterer Handlungsschwerpunkt wird daneben auch die Umsetzungsunterstützung zum Klimaschutzkonzept sein, für die eine Finanzierung externer Gutachterleistungen in der aktuellen Haushaltplanung nunmehr absehbar ist.

Stadterneuerung - Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen

Die Vorbereitung und Durchführung von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen sowie von integrierten Stadterneuerungsmaßnahmen in großen Wohnsiedlungen aus der DDR-Zeit stellt auch weiterhin ein zentrales Rechts-, Finanzierungs- und Steuerungsinstrument der Landeshauptstadt dar. Während die ersten Gesamtmaßnahmen (Soziale Stadt-Innenstadt, Waldstadt II) bereits abgeschlossen wurden, wird für die Gebiete „Holländisches Viertel“ und „Block 27“ erstmalig auch die Aufhebung der Sanierungs- bzw. Entwicklungssatzung vorbereitet. Da für diese Prozesse in der Landeshauptstadt und auch im Land Brandenburg kaum Erfahrungen vorliegen, sind erhebliche Anstrengungen für die Erarbeitung der formellen Schritte, des inhaltlichen und wirtschaftlichen Abschlussberichtes und der eigentlichen Abrechnung erforderlich.

Für die Gebiete „Kramnitz“ und „Glasmeisterstraße“ werden im 2. Halbjahr 2012 die Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchungen vorliegen. Die Vorstudie zur Entscheidung über die Durchführung vorbereitender Untersuchungen für das „Thoma-Karree“ wird der Stadtverordnetenversammlung im 1. Halbjahr als Mitteilungsvorlage zur Kenntnis gegeben werden.

Insbesondere in den Stadterneuerungsgebieten, die keine Fördermittel mehr erhalten, stellen die Erhebung der Ausgleichsbeträge durch freiwillige Vereinbarungen und die indirekte Förderung durch Steuerabschreibungen nach § 7h EStG die entscheidenden Finanzierungsquellen öffentlicher Maßnahmen bzw. Impulsgeber privater Investitionen dar. Im Jahr 2012 wurden 130 Ausgleichsbetragsvereinbarungen abgeschlossen bzw. in 33 Fällen die Ausgleichsbeträge mit dem Verkauf der Grundstücke erhoben sowie für 27 Eigentümer Bescheinigungen und mit 7 Bauherren Verträge nach § 7h EStG erstellt.

Die Sanierungsmaßnahme ist in die Phase abschließender öffentlicher Investitionen und planungsrechtlicher Verfahren eingetreten. Der Bebauungsplan SAN – P 15 „Teilbereich Block 18“ lag erneut öffentlich aus. Der Bebauungsplan soll 2012 als Satzung beschlossen werden. Für das Einzelhandelsvorhaben „Luisenforum“ besteht Planreife. Die Realisierung dieses Vorhabens kann der Einkaufsinnenstadt einen erheblichen Impuls geben.

Die Gehwege in der westlichen Charlottenstraße wurden 2011 erneuert. In 2012 sollen der nördliche Gehweg der Charlottenstraße zwischen Dortustraße und Friedrich-Ebert-Straße und der südliche Gehweg zwischen Wilhelm-Staab-Straße und Friedrich-Ebert-Straße erneuert werden. Zudem ist der behindertengerechte Umbau der Haltestelle Charlottenstraße / Dortustraße geplant.

**2. Barocke
Stadterweiterung**

Aufgrund des Entfalls der Finanzierung aus dem Hauptstadtvertrag hat sich die Notwendigkeit ergeben, in der übergreifenden Förderkulisse Stadterweiterung Süd / Potsdamer Mitte die Finanzierungsplanung der öffentlichen Maßnahmen grundlegend zu überprüfen. Mit der deshalb notwendigen Umverteilung von Fördermitteln zugunsten der kommunalen Aufgaben im Umfeld des Landtages mussten die Erneuerungen der Spornstraße und der Bäckerstraße zeitlich verschoben werden.

Im Zuge der weiter fortgeschrittenen Gebäudesanierung hat sich die Zahl der potentiell für den Einzelhandel in der Einkaufsinnenstadt verfügbaren Gewerbeeinheiten von 420 auf 442 erhöht. Die Leerstandquote dieser Objekte beträgt ca. 8 %, ist aber nicht als strukturelles Problem zu bewerten. Gleichzeitig hat sich die Tendenz, mit der Sanierung zunächst entstandene Büroräume zu Wohnungen umzunutzen, fortgesetzt.

Holländisches Viertel

War das Jahr 2011 von der Strukturierung des Verfahrens zur Aufhebung der Sanierungssatzung gekennzeichnet, so wird dieser Prozess im laufenden Jahr umgesetzt. Dies erfordert besondere Aufwendungen für die Analyse, Aufbereitung und Kommunikation der planerischen, sozialen, wirtschaftlichen und förderrechtlichen Ergebnisse des ca. 20-jährigen Sanierungsverfahrens. Ein solcher Prozess ist bisher im Land Brandenburg ohne Beispiel. Der Abschlussbericht für die Sanierungsmaßnahme soll im III. Quartal 2012 fertiggestellt werden.

Wesentliche Arbeitsschritte schließen sich nach Aufhebung der Sanierungssatzung an. Dazu gehören die Erhebung der noch ausstehenden Ausgleichsbeträge gemäß § 154 Abs. 4 BauGB per Bescheid, die Übertragung noch im Treuhandvermögen befindlicher Grundstücke an die Stadt wie auch die Gesamtabrechnung gegenüber dem Fördermittelgeber.

Die Privatisierung von Liegenschaften aus dem Treuhandvermögen, beispielhaft an 2 Objekten in der Benkertstraße ablesbar, dokumentiert die nutzerorientierte Ausrichtung behutsamer Sanierung trotz der hohen Attraktivität, die mit den Sanierungserfolgen erreicht werden konnte.

Beschlussgemäß wird das städtebauliche Konzept für die Mittelstraße und die Benkertstraße im Sanierungsgebiet „Holländisches Viertel“ nach dem Tulpenfest umgesetzt.

Der Bebauungsplan SAN – P 12 „Blöcke 17 Nord und 23 Süd“ lag Ende 2011 öffentlich aus und soll 2012 als Satzung beschlossen werden.

Für die Bebauung neben der Französischen Kirche sind die baulichen Rahmenbedingungen festgelegt. Der Verkauf des Grundstücks an die PWG 1956 eG ist für März/April vorgesehen.

Block 27

Auch die Entwicklungsmaßnahme „Block 27“ ist in ihre Abschlussphase eingetreten. Im Jahr 2011 haben die unbebauten Grundstücke im Blockinnenbereich den Eigentümer gewechselt. Damit scheint eine langjährige Entwicklungsblockade ihr Ende gefunden zu haben. Der neue Eigentümer will 20 Reihenhäuser und 21 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern errichten und hat sein Vorhaben dem Gestaltungsrat mit überwiegend positiver Resonanz vorgestellt.

Der Entwicklungsträger hat die unsanierten Gebäude aus dem Treuhandvermögen inzwischen privatisiert. Mehrere werden derzeit schon saniert.

Die formalen Schritte zur Aufhebung der Entwicklungssatzung sollen im Jahr 2012, dem Beispiel des Holländischen Viertels folgend, vorbereitet werden.

Die Aktivitäten im Sanierungsgebiet Potsdamer Mitte konzentrierten sich 2011 auf den Landtagsneubau, die Planung des Umfeldes des Landtagsneubaus sowie die Durchführung des Bieterwettbewerbs für die Grundstücke Havelufer / Alte Fahrt sowie an der Schwertfegerstraße.

Potsdamer Mitte

Das Vergabeverfahren für die Bebauung des Umfeldes des Landtagneubaus am Havelufer und an der Friedrich-Ebert-Straße begann im Herbst 2010. Im Januar 2011 folgte die zweite Phase des Verfahrens, im Mai/Juni 2011 lagen die endgültigen Angebote vor, der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zu den Kaufverträgen wurde im Dezember 2011 gefasst. Diese wurden überwiegend im 1. Quartal 2012 beurkundet.

Parallel zu dem Ausschreibungsverfahren für die Grundstücke wird der Bebauungsplan SAN-P 13 „Havelufer / Alte Fahrt“ aufgestellt, der im März/April 2011 öffentlich ausgelegen hat, um die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die zukünftige Bebauung am Havelufer herzustellen. Nach Vorliegen der Bebauungskonzepte erfolgte die Anpassung der Festsetzungen des Bebauungsplans, der von der Stadtverordnetenversammlung im Mai 2012 als Satzung beschlossen werden soll. Noch für 2012 ist die Durchführung eines landschaftsplanerischen Wettbewerbs zur Gestaltung der öffentlichen Promenade am Havelufer geplant.

Für den Landtagsneubau wurde im November 2011 das Richtfest unter großer Anteilnahme der Bevölkerung auf dem Alten Markt gefeiert. Eine weitere private Spende ermöglicht das Dach mit einer Kupfereindeckung herzustellen, wie sie das Stadtschloss historisch aufwies. Die Inbetriebnahme des Landtagsneubaus ist für den Herbst 2013 geplant.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten im Sanierungsgebiet Potsdamer Mitte konzentriert sich 2012 auf die Qualitätssicherung bei der Realisierung der geplanten Bauvorhaben sowie die Herstellung der erforderlichen Erschließung der neuen Baufelder mit dem Bau der Humboldtstraße, der Durchführung der archäologischen Grabungen am Havelufer, sowie der Sanierung der Spundwand am Havelufer. Die geplanten Baumaßnahmen werden im Zusammenspiel mit der Landtagsbaustelle eine logistische Herausforderung sein.

Ebenfalls noch zu lösen ist die erforderliche Verlagerung des Theaterschiffs, dessen Veranstaltungsbetrieb insbesondere in die Nachtstunden hinein mit der angrenzenden neuen Nutzung nicht verträglich gemacht werden kann.

Die Hüllensanierung des Alten Rathauses wurde 2011 abgeschlossen. Gegenwärtig wird das Ensemble für die Nutzung des Potsdam Museums – Forum für Kunst und Geschichte umgebaut. 2012 kehrt das Potsdam Museum zurück an seinen Gründungsstandort.

Der Umbau und die Sanierung der Stadt- und Landesbibliothek haben im August 2010 begonnen. Die Fertigstellung aller baulichen Leistungen ist für Mitte 2012 vorgesehen, mit Ausnahme von noch erforderlichen Anpassungen im Fassadenbereich, die einen teilweisen Rückbau des Verbindungsbauteils zur Fachhochschule voraussetzen. Verhandlungen zur Gewährleistung dieser logistisch sehr anspruchsvollen Maßnahme laufen, sind jedoch bislang noch nicht in der Weise erfolgreich, dass die Schlussfolgerungen für die Eröffnung des Bildungsforums exakt terminiert werden könnten.

Erhebliche Bedeutung für die Entwicklung der Potsdamer Mitte kann das aktuelle Angebot von Herrn Prof. Plattner entfalten, eine Kunsthalle für die Stadt zu stiften. Nach seinen jüngst dokumentierten Vorstellungen kann dieses Angebot in der Weise umgesetzt werden, dass einer der wichtigsten öffentlichen Räume der Stadt, der Lustgarten, mit einer herausragenden öffentlich-wirksamen Funktion ausgestattet wird, wo derzeit noch privatwirtschaftliche Flächennutzung das Bild bestimmt. Die Einordnung einer solchen neuen Funktion ist ohne Zweifel mit erheblichen städtebaulich-architektonischen Herausforderungen verbunden, die qualitativ am besten über ein wettbewerbliches Verfahren ausgefüllt werden könnten. Zunächst ist jedoch sicherzustellen, dass der nachvollziehbare Anspruch eines weitgehenden Konsenses in der Stadt zu diesem Angebot erfüllt werden kann.

2012 wird der Bebauungsplan Nr. 1 „Neuer Markt / Plantage“ für das Areal des Langen Stalls, für das Grundstück Brock'sches Haus sowie für den Blockinnenbereich fortgeführt mit dem Ziel, neben der Sanierung des Brock'schen Hauses Planreife für Bauvorhaben wie die Bebauung des Grundstücks des Langen Stalls zu erlangen. Zum Finden der bestmöglichen baulich und wirtschaftlich realisierbaren Lösung für die angemessene Neuinterpretation dieser Flanke zur Plantage soll unter Einbeziehung der privaten Eigentümer des nördlichen Teilgrundstücks ein Wettbewerb durchgeführt werden.

Der Verein zum Wiederaufbau der Garnisonkirche hat 2011 ein temporäres Ausstellungs- und Andachtsgebäude auf dem Grundstück der Garnisonkirche errichtet, in dem die neue Ausstellung „Die Potsdamer Garnisonkirche – Fragmente und Perspektiven“ zu sehen ist. An der Südostecke des Turmes wurde ein Teilstück der Balustrade aufgestellt.

Im Bereich Schloßstraße / Friedrich-Ebert-Straße erfolgte der Abriss des Gebäudes der Wasserwirtschaft, wo 2011 mit dem Neubau der Synagoge begonnen werden sollte. Dazu kam es trotz vorliegender Baugenehmigung und gesicherter Finanzierung nicht. Damit verzögert sich die Entwicklung in diesem Bereich; Schlussfolgerungen aus der derzeit offenen Frage des Synagogenbaus können und sollten nicht gezogen werden, solange der aktuell durch das Land Brandenburg initiierte Klärungsprozess noch läuft.

Gemäß dem Beschluss zur förmlichen Festsetzung des Sanierungsgebietes konzentrierten sich die Arbeiten auch im Jahr 2011 auf den Bereich zwischen Kellertorbrücke und Havel. Hier konnte nun der erste Abschnitt des Potsdamer Stadtkanals, der wieder dauerhaft mit Havelwasser gefüllt ist, im September der Öffentlichkeit übergeben werden. Auch die Außenanlagen sowie die Sicherung der historischen Brückenaufleger der Kellertorbrücke konnten realisiert werden.

2012 wird in diesem Sanierungsgebiet ein weiterer kleiner Teil der Stadtmauer nördlich des Kanals saniert. Für das wichtige öffentliche Wassergrundstück zwischen der Kellertorbrücke und Havel wird die Ufersanierung vorbereitet, und es soll im Frühjahr 2013 für Anwohner, Fahrrad- und Wassertouristen ganz neu zur Verfügung stehen.

Weitere Maßnahmen, wie der Neubau der Kellertorbrücke und die Herstellung weiterer Kanalabschnitte insbesondere als wesentliches Element bei der Wiederherstellung und Neugestaltung der Potsdamer Mitte, können aufgrund fehlender Finanzierung zunächst nur vorbereitend planerisch berücksichtigt werden.

So soll bei der Gestaltung des Raumes vor dem „Bildungsforum“ die räumliche Orientierung auf die künftige Wiederherstellung des Stadtkanals bereits berücksichtigt werden.

Im öffentlichen Raum wurde 2011 die Wollestraße nach historischem Vorbild erneuert.

2012 wird mit der Neugestaltung der Turnstraße und Müllerstraße begonnen werden.

Im Quartier an der Mühlenstraße / Neuen Straße wurde 2011 mit der Sanierung der Bestandsgebäude durch den Sanierungsträger Stadtkontor GmbH begonnen, die 2012 fertig gestellt werden. Auch mit der Sanierung bzw. Bebauung der durch Stadtkontor veräußerten Randgrundstücke (Neue Straße 8 und die Ecke Neue Straße / Mühlenstraße) wurde begonnen. Hier entstehen weitere Wohnungen z.T. mit preisgebundenen Mieten. Im Blockinnenbereich entstehen 6 Einfamilienhäuser, für die eine Bauherrengemeinschaft initiiert wurde. Damit dokumentiert sich der erfolgreiche Fortschritt der Sanierungsmaßnahme, vor allem mit ungebremster Nachfrage nach Wohnungsbaupotenzialen, auch in den Randbereichen des attraktiven Stadtteils.

2011 wurde die neue KITA mit 50 Plätzen in der Karl-Liebknecht-Straße 113 fertiggestellt. In der Spindelstraße 4 sind nach der Sanierung durch den Sanierungsträger Stadtkontor 5 mietpreisgebundene Wohnungen entstanden, die 2011 bezogen wurden.

2012 wird durch einen Investor in der Siemensstraße 20, 22 ein Neubauvorhaben mit 23 Wohnungen fertiggestellt werden und voraussichtlich mit einem weiteren Neubau in der Walter-Klausch-Straße begonnen werden, mit dem ca. 40 weitere Wohnungen entstehen werden.

Auch in der Großbeerenstraße wurde 2011 durch einen Investor mit dem Neubau von 11 Reihenhäusern begonnen, die 2012 bezogen werden.

Die Fortführung der Sanierungsmaßnahme „Schiffbauergasse“ erfolgt auch 2012 baulich vorrangig durch private Investitionen. Im Frühjahr soll mit dem Bau des Gewerbeobjektes (Boardinghouse) am Parkhaus begonnen werden. Mit der geplanten Sanierung der Villa Tummeley und Herstellung der historischen Gartenanlage soll ein weiterer historischer Bereich des Standortes wiederhergestellt werden.

**Babelsberg
Nord und Süd**

Schiffbauergasse

Im Zuge der Fortführung der Bauleitplanung werden Verdichtungspotentiale am Standort Schiffbauergasse eruiert, um die Grundlage für die Errichtung weiterer notwendiger Nutzungsbereiche, insbesondere für die Schaffung von Aufenthaltsqualität des Kulturzentrums zu schaffen.

Mit mehr als 1.000 Kulturveranstaltungen pro Jahr und ca. 300.000 Gästen sind Marketing- und Managementleistungen am Standort zu organisieren. Das Verfahren hierzu wird durch den Bereich Kultur derzeit neu ausgerichtet.

Stadterneuerung - Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen

Entwicklungsbereich
Bornstedter Feld

Bis zum Ende des Jahres 2011 konnten im Bornstedter Feld 3.700 Wohneinheiten für ca. 6.000 Menschen geschaffen werden. Parallel hierzu wurden wichtige Einrichtungen der sozialen Infrastruktur geschaffen, wie 301 Krippen- und Kindergartenplätze in 4 Einrichtungen und 153 Hortplätze in Zuordnung zur Karl-Förster-Grundschule.

Die dreizügige 2. Grundschule mit Hort an der Pappelallee für ca. 500 Schülerinnen und Schüler ist fertiggestellt und kann zum Schuljahreswechsel in Betrieb genommen werden. Zudem erfolgte die Standortentscheidung für eine weiterführende Schule, diese soll in der Roten Kaserne West gebaut werden. Aufgenommen wurden die Planungen für eine Kinder- und Jugendfreizeitstätte am Standort David-Gilly-Straße für 100 junge Menschen. Hierzu soll im Jahr 2012 ein Wettbewerbsverfahren unter Beteiligung der zukünftigen Nutzer durchgeführt werden.

Der Immobilienvertrieb sowie die Errichtung von Geschosswohnungsbauten wurden im Wirtschaftsjahr 2009 und Anfang 2010 von den Auswirkungen der Finanzkrise negativ beeinflusst. Mit dem Rückzug einiger Banken aus dem Bauträgergeschäft hatten einige Investoren Schwierigkeiten, ihre Projektfinanzierung sicherzustellen. Aufgrund der zeitweisen Stagnation der Entwicklung haben sich die geplante Errichtung der Wohnungs- und Gewerbeimmobilien sowie die Herstellung der technischen und sozialen Infrastruktureinrichtungen zeitlich um ca. 4 Jahre verschoben. Die nun konzentriert anfallende Nachfrage kann dabei nicht bis zum bisher geplanten Abschluss der Entwicklungsmaßnahme im Jahre 2015 realisiert werden, sodass der Abschluss der Entwicklungsmaßnahme nun bis zum Jahr 2020 erfolgen soll. Aus den zeitlichen Verschiebungen der städtebaulichen Entwicklung haben sich zwangsläufig auch zeitliche Verschiebungen zur Umsetzung der begleitenden erforderlichen Maßnahmen der verkehrlichen, technischen und sozialen Infrastruktur ergeben.

Schwerpunktmäßig gilt dies für die Quartiere Kaserne Kirschallee, Gartenstadt Nord, Kaserne Pappelallee, Am Schragen und Rote Kaserne West sowie mit Einschränkungen für die Nedlitzer Kasernen, in deren Zusammenhang auch noch übergeordnete verkehrliche Maßnahmen wie beispielsweise der 2. BA Straßenbahn Nordost umzusetzen wären.

Die kürzlich vorgestellte Evaluierung der Entwicklungsmaßnahme zeigt durchgängig den großen Erfolg der durchgeführten Entwicklung und bestätigt eindrucksvoll, dass es richtig war, frühzeitig dieses rechtliche

Instrument einzusetzen. Im Ergebnis der Aktualisierung der Rahmenplanung Bornstedter Feld hat die Entwicklungsmaßnahme berechnete Aussichten, den heute prognostizierten Abschluss in 2020 sowohl bezüglich der Realisierung der Entwicklungsziele als auch der Refinanzierung der Entwicklungskosten zu erreichen.

Der positive Nachfragetrend nach Gewerbegrundstücken hat sich im Entwicklungsgebiet Babelsberg fortgesetzt; so konnten im Jahr 2011 vier Grundstücke für gewerbliche Ansiedlungen verkauft werden. Neben der Aktivierung der Gewerbeflächen wurde auch die Arrondierung und Erweiterung der Wohnbauflächen vorangetrieben. Die Initiierung der Baugemeinschaft in der Prager Straße ist mit dem Verkauf von fünf Grundstücken (von insgesamt 12) erfolgreich gestartet. Am Horstweg wurde mit Veräußerung eines Grundstücks für studentisches Wohnen mit ca. 80 WE die Entwicklung eines neuen Wohnstandortes eingeleitet. Die Erschließungssituation wurde durch den Straßenausbau Am Kleewall und den Straßenneubau in der Prager Straße verbessert.

Entwicklungsbereich
Babelsberg

Im Hinblick auf die starke Wohnungsnachfrage wird in den kommenden Jahren der Maßnahmenswerpunkt in der Entwicklung der planerisch gesicherten Wohnbauflächen liegen. Die gewerbliche Entwicklung konzentriert sich zunehmend auf die Gewerbeflächen zwischen Großbeerenstraße und Gartenstraße sowie auf das Maximum-Areal (ehemaliges Karl-Marx-Werk).

Folgende Maßnahmen sind für das Jahr 2012/2013 geplant:

- Weiterentwicklung des Medienstandortes auf dem Maximum-Areal durch Erweiterung und Intensivierung der Mediennutzung und durch eine Verbesserung der Erschließungssituation,
- Initiierung von Baugemeinschaften auf der Wohnbaufläche am Horstweg,
- Parzellierung und Vermarktung der Wohnbauflächen am Horstweg und von Mischgebietsflächen in der Heinrich-von-Kleist-Straße,
- Neuordnung der gewerblichen Baufläche im Bereich der Grünstraße,
- Erwerb weiterer Grundstücke, bei denen die Eigentümer nicht zu einer Entwicklung in der Lage oder bereit sind.

Stadterneuerung - Integrierte städtebauliche Maßnahmen in weiteren Stadtgebieten

Die Situation in den Potsdamer Erneuerungsgebieten in Plattenbauweise kann aufgrund der umfangreichen kommunalen Aufwertungsmaßnahmen i.V.m. den Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen der Wohnungswirtschaft als stabil bezeichnet werden; die Nachfrage am Wohnungsmarkt schlägt sich in allenfalls marginalen Leerständen nieder, die positive Entwicklung der Arbeitsplätze in der Stadt trägt ebenso positiv zur sozialen Situation bei. Wesentliche Grundlage dafür ist das Programm „Soziale Stadt“ mit seinem ausgeprägt integrativen Ansatz, der u.a. eine breite Einbindung der Bürgerinnen und Bürger wie im Fall der Gartenstadt voraussetzt und ermöglicht.

Wegen seiner hervorgehobenen Bedeutung wird das Projekt Gartenstadt Drewitz nunmehr als eigenständiger Abschnitt dieses Berichtes geführt. Dagegen entfällt die abgeschlossene Gesamtmaßnahme Waldstadt II (siehe Mitteilungsvorlage 11/SVV/0900).

Die bundesweite Kürzung der Städtebauförderung betrifft auch das Förderprogramm Soziale Stadt. Glücklicherweise war davon Potsdam wenig betroffen, da die Gesamtmaßnahme Stern/Drewitz auch von Landesseite prioritär betrachtet wird. Dank Umbewilligungen zugunsten von Stern/Drewitz gab es keine Einschnitte im Fördervolumen. Die Gesamtmaßnahme Schlaatz wird förderungstechnisch planmäßig auslaufen. Dadurch hatten die Kürzungen für Potsdam kaum Relevanz.

Neubaubereich Schlaatz

Seit dem Jahr 1997 erhielt der Schlaatz Zuwendungen aus den unterschiedlichsten Förderprogrammen. Die durch die Kommune realisierten Vorhaben im öffentlichen Raum wurden frühzeitig mit den ansässigen Wohnungsunternehmen abgestimmt, gekoppelt mit den durchgeführten Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen der Wohnungswirtschaft trugen diese zur sichtbaren Aufwertung und damit Stabilisierung des Stadtteils bei. Die „Schlaatz-Allianz“ der sozialen Träger und Einrichtungen hat sich weiter etabliert. Sie unterstützt und praktiziert nach wie vor die erforderliche Partizipationsarbeit vor Ort und ist ein überaus wichtiger Partner in der sozialen Stadtteilarbeit.

Der Schlaatz-Allianz kann künftig als Garant zur gewünschten Nachhaltigkeit und Partner für die Stadt eine wichtige Aufgabe im notwendigen Verstetigungsprozess in der Siedlung zukommen. Hierauf wird in einer gesonderten Mitteilungsvorlage zum Entwicklungskonzept vertieft eingegangen.

Zur Aufwertung des brach gefallenen Stadtteilzentrums wird erwartet, dass die Eigentümer der Immobilie des ehemaligen REWE – Marktes ihre baulichen Pläne standort- und umfeldgerecht sowie nutzerfreundlich umsetzen. Die Erwartung an eine zeitnahe bauliche Aufwertung, versehen mit Nutzungsergänzungen, richtet sich auch an die Eigentümer der weiteren Bestandsgebäude.

Gartenstadt Drewitz

Mit der Wahl einer 15-köpfigen Bürgervertretung wurde im vergangenen Jahr der wichtigste Schritt zur aktiven Bürgerbeteiligung im Drewitzer Stadtteil gemacht. Die Bürgervertreter haben nunmehr in allen Gremien, die die Planungen zur Gartenstadt begleiten, Stimmrecht. Um die Gartenstadtpläne vorzustellen, sie zu diskutieren und gemeinsam nach Lösungen zu suchen, führte die Stadt vier öffentliche Werkstätten durch, die im Ergebnis einen breiten Konsens zu den in diesem Diskussionsprozess intensiv diskutierten Maßnahmen herstellen konnten. Als Resultat daraus entstand ein am 25. Januar 2012 durch die SVV bestätigter Masterplan. Ein Beteiligungskonzept regelt im mehrjährigen Prozess zum Umbau zur Gartenstadt die Zusammenarbeit aller Akteure.

Die Umsetzung der Planungen zum künftigen Konrad-Wolf-Park soll im Sommer dieses Jahres mit einem feierlichen 1. Spatenstich erfolgen. Mit der schon im März erfolgten symbolischen Grundsteinlegung für die Stadtteilschule Drewitz gehen die beiden kommunalen Vorhaben in diesem Jahr in die Umsetzungsphase, beide werden mit der Bereitstellung von entsprechenden Fördermitteln realisiert. Für den zukünftigen

Stadtteilpark kommen EU – Mittel zum Einsatz, bei der Stadtteilschule werden die städtischen Mittel durch Gelder aus dem Programm „Soziale Stadt“ ergänzt. Beide Maßnahmen müssen im Jahr 2013 fertiggestellt und an die Nutzer übergeben worden sein.

Zeitgleich dazu wird die Klärung der Stellplatzsituation im nördlichen Stadtteil über ein notwendiges Bewirtschaftungskonzept erfolgen. Das städtische Wohnungsunternehmen, die PRO POTSDAM, beginnt im Mai des Jahres mit seinem Pilotprojekt, dem Umbau von 120 Wohnungen an der Konrad-Wolf-Allee / Guido-Seeber-Weg, hier kommen ebenfalls Fördermittel zum Einsatz. Besonderen Wert wird auf die Sozialverträglichkeit der Maßnahmen gelegt; hierzu ist ein Kooperationsvertrag mit der PRO POTSDAM abgeschlossen und eine eigentümerunabhängige Mieterberatung installiert worden. Die erforderliche Zusammenarbeit mit den anderen in Drewitz ansässigen Wohnungsunternehmen wird weiter ausgebaut, ggf. werden entsprechende Vereinbarungen zur weiteren Zusammenarbeit im langfristigen Umgestaltungsprozesses des Stadtteils getroffen.

Das Förderprogramm „Soziale Stadt, Stern - Drewitz“ bedient in der entsprechenden Kulisse zwei Stadtteile, neben Drewitz gehört auch der Stadtteil „Am Stern“ dazu. Eines der wichtigsten Vorhaben – der Campus am Stern – wurde Ende des vergangenen Jahres nach langjähriger Umgestaltung feierlich übergeben. Gymnasium, Grund- und Musikschule wurden umfangreich umgebaut, erhielten neue Frei- und Sportflächen, die auch von der Wohnbevölkerung genutzt werden. Die Gesamtmaßnahme bedeutet eine grundsätzliche Qualifizierung und Aufwertung nicht nur des Stadtteils, sondern des gesamten südöstlichen Sozialraums. Neue Projekte der Gesamtkulisse „Stern/Drewitz“ werden sich 2012 / 2013 weitgehend auf die Gartenstadt „Drewitz“ konzentrieren.

**übrige Förderkulisse
Stern - Drewitz**



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0471

Betreff:
Statusbericht Regionaler Wachstumskern Potsdam 2012

öffentlich

**bezüglich
DS Nr.:**

Erstellungsdatum 10.07.2012

Eingang 902: 11.07.2012

4/46

Einreicher: FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

22.08.2012 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung: Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Die Landeshauptstadt Potsdam ist als Regionaler Wachstumskern aufgefordert, den jährlichen Statusbericht an die Staatskanzlei zu geben, Abgabetermin war der 18. Juli 2012. Der Bericht besteht aus zwei Teilen: Dem Textteil (der die Entwicklung des RWK im Jahr 2011 beschreibt) und den Maßnahmebögen.

Die Maßnahme „Innovative Landeskultur“ wird nicht als prioritäre Maßnahme weitergeführt, die eher kleinteiligen Einzelprojekte können auch ohne RWK-Maßnahme umgesetzt werden.

Es werden keine neuen Maßnahmen angemeldet, da noch drei Maßnahmen mit Konkretisierungs- und Prüfungsbedarf bestehen: Radverkehr/Radtourismus, Verlängerung der Wetzlarer Straße, Verlegung L78/79.

Aus vier Potsdamer „Zukunftsthemen“ sollten zukünftig konkrete neue Maßnahmen abgeleitet werden: Klimawandel und Energie / Nachhaltige Mobilität / Gesundheit und Wohnen / Bürgerbeteiligung.

Das Standortentwicklungskonzept (SEK) soll ab dem vierten Quartal 2012 fortgeschrieben werden, es kann vollständig aus der technischen Hilfe des EFRE finanziert werden.

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt

zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Siehe Anlage



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Regionaler Wachstumskern
Landeshauptstadt Potsdam

Standortentwicklungskonzept

Umsetzung der Schlüsselmaßnahmen

Bericht an die Interministerielle
Arbeitsgruppe Integrierte
Standortentwicklung (IMAG)

Juli 2012

**Regionaler Wachstumskern
Landeshauptstadt Potsdam**

Standortentwicklungskonzept

Umsetzung der Schlüsselmaßnahmen
Bericht an die Interministerielle Arbeitsgruppe Integrierte Standortentwicklung (IMAG)

Koordination und Ansprechpartner:

Büro des Oberbürgermeisters
Dieter Jetschmanegg

Bereich Stadtentwicklung – Verkehrsentwicklung
Bernd Kahle, Erik Wolfram
stadtentwicklung@rathaus.potsdam.de

Wirtschaftsförderung
Stefan Frerichs, Mario Klünder
Wirtschaftsfoerderung@rathaus.potsdam.de

Stand: 18.07.2012

Inhalt

1. Daten Landeshauptstadt Potsdam 2011	4
2. Einleitung	5
3. Entwicklung des RWK Potsdam	5
Risiken und Herausforderung	6
Wirtschaftswachstum	7
Gewerbliche Entwicklung und Unternehmensinvestitionen	9
Konjunkturelle Situation	10
Arbeitsmarkt	12
Ausbildungsstellenmarkt	14
4. Entwicklung in den Clustern	16
Gesundheitswirtschaft	16
IKT, Medien und Kreativwirtschaft	16
Tourismus	19
Clusterübergreifende Handlungsfelder und Maßnahmen	21
5. Planungen und Projekte im RWK	24
Gewerbeflächensicherungskonzept der Landeshauptstadt Potsdam	24
Fortschreibung des Standortentwicklungskonzeptes	25
6. Zukunftsthemen	26
Klimawandel und Energie	26
Nachhaltige Mobilität	26
Gesundheit und Wohnen	27
Bürgerbeteiligung	28
7. RWK-Maßnahmen	28
Einzelmaßnahmen im Bereich des Potsdamer Niederungsbogens	28
Anlage: Prioritäre Maßnahmen / Maßnahmebögen	30

Der Statusbericht im Original besteht aus diesem Textteil und 10 einzelnen Maßnahmebögen. In den Bögen sind die Änderungen zum Bericht 2011 **markiert**.

1. Daten Landeshauptstadt Potsdam 2011

	2009	2010	2011	Veränderung zum Vorjahr
Einwohner (mit Hauptwohnsitz)	153.117	155.354	157.361	+2.007
Einwohner (mit Nebenwohnsitz)	6.334	6.296	6.233	-63
Ausländeranteil (%)	4,3	4,3	4,4	+0,1%-Pkte
Durchschnittsalter (Jahre)	42,0	42,1	42,2	+0,1Jahre
Bevölkerungsdichte (Einwohner / km ²)	818	829	839	+1 %
Geburten	1.635	1.735	1.656	-6 %
Todesfälle	1.341	1.353	1.351	0 %
Natürlicher Saldo	294	400	305	-24 %
Zuzüge	10.101	10.232	10.115	-1 %
Fortzüge	8.962	8.269	8.369	+1 %
Wanderungssaldo	1.139	1.963	1.746	-11%
Einpendler	44.036	45.151	45.955	+2 %
Auspendler	27.320	27.697	28.482	+3 %
Pendlersaldo	16.716	17.454	17.473	0 %
Arbeitslosenquote (Jahresdurchschnitt)	8,4%	8,3%	7,9%	-0,4%-Pkte
Gewerbebestand (Betriebe)	12.103	12.531	12.652	+0,8 %
Beschäftigtenstruktur	2009	2010	09/2011	
Soz.versicherungspflichtig Beschäftigte	72.899	74.737	77.756	+3,4%
Erwerbstätige (am Arbeitsort) gesamt	110.100			
davon produzierendes Gewerbe	6,9%			
davon Dienstleistung	92,6%			
Jugend und Bildung	2009	2010	2011	
Studierende	23.454	24.737	25.095	+1 %
Auszubildende	8.313	7.385	6.930	-6 %
Schüler	17140	17.549	18.322	+4 %
Wohnen*	2009	2010	2011	
Baufertigstellungen (Wohnungen)	815	1.219	627	-592
Baugenehmigungen (Wohnungen)	1.446	957	509	-448
Bauüberhang insges.	720	2.152	2.513	+361
Wohnungsleerstand	2,4%	2,5%	1,8%	-0,7 %-Pkte

* Stat. Landesamt Berlin Brandenburg

2. Einleitung

Mit dem vorliegenden Bericht wird die Entwicklung des Regionalen Wachstumskernes (RWK) Potsdam im letzten Jahr skizziert. Der Bericht besteht aus dem Textteil und den einzelnen Maßnahmebögen in der Anlage.

Im Kapitel 3 wird die Entwicklung des Regionalen Wachstumskernes skizziert. Dieser Teil ist in diesem Jahr – auch zur Vorbereitung der Fortschreibung des Standortentwicklungskonzeptes – etwas umfangreicher als in den Vorjahren.

Kapitel 4 stellt die wichtigsten Entwicklungen innerhalb der neuen „Cluster“ dar, die Basis der gemeinsamen Förderpolitik der Länder Brandenburg und Berlin sind. Sie ersetzen die bisherigen „Branchenkompetenzfelder“. Die relevanten Cluster für Potsdam sind „Gesundheitswirtschaft“, „IKT, Medien und Kreativwirtschaft“ und „Tourismus“.

Im Kapitel 5 werden kurz die für die wirtschaftliche Entwicklung besonders relevanten Planungen und Konzepte des RWK vorgestellt.

Im Kapitel 6 werden vier Zukunftsthemen benannt, deren Bedeutung weit über die Stadtentwicklung Potsdams hinausgeht und in den nächsten Jahren zunehmen wird. Im Rahmen des RWK-Prozesses geht es darum, aus diesen Themen konkrete prioritäre Maßnahmen zu entwickeln. Dieses soll auch Thema der Fortschreibung des Standortentwicklungskonzeptes sein, es zeichnen sich bei den unterschiedlichen Akteuren bereits erste Projektideen ab. Diese Themen sind:

- Klimawandel und Energie
- Nachhaltige Mobilität
- Gesundheit und Wohnen
- Bürgerbeteiligung

Das Kapitel 7 widmet sich den konkreten prioritären Maßnahmen. Der RWK schlägt 2011 keine neuen prioritären Maßnahmen vor, da die bereits vorgeschlagenen Maßnahmen noch nicht vollständig umgesetzt sind. Die Maßnahme „Innovative Landeskultur“ wird in seinen Einzelbestandteilen konkretisiert und umgesetzt, aber bis auf Weiteres nicht mehr als prioritäre Maßnahme benannt. Im Anhang finden sich die einzelnen Maßnahmebögen.

3. Entwicklung des RWK Potsdam

Die positive Entwicklung der Landeshauptstadt Potsdam hat sich auch im Jahr 2011 fortgesetzt. Es war ein Zuwachs von über 2.000 Einwohnern zu verzeichnen, überwiegend bedingt durch Zuwanderung. Aktuell sind 157.737 Bewohner mit ihrer Hauptwohnung in der Landeshauptstadt gemeldet (31.03.2012).

Auch wenn sich der positive natürliche Saldo durch den demografischen Wandel abschwächt, ist auch in den nächsten Jahren noch mit einem Geburtenüberschuss zu rechnen. Menschen ziehen immer dort hin, wo sie bessere Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe, passende Arbeitsangebote oder einen Platz für unternehmerische Aktivitäten finden. Und hier hat Potsdam offensichtlich einiges zu bieten. Wanderungsbewegungen zwischen den Regionen sind ein Indikator für die aktuelle Attraktivität einer Region, die insbesondere hinsichtlich der Verfügbarkeit von Arbeits- und Ausbildungsplätzen wie Magnete wirken. Signifikante Zuwanderungen kennzeichnen starke

und attraktive Regionen. Sie entwickeln Eigenschaften, sich in Krisenphasen durch eine relativ höhere Stabilität auszuzeichnen. Das ist auch für Potsdam festzustellen.

Die Prognosen der Stadt sehen für 2020 rund 172.000 Einwohner und in 2030 rund 179.000 Einwohner, die in der Landeshauptstadt leben. Die aktuelle Bevölkerungsprognose des Landes ist noch deutlich positiver als die städtische Prognose: Sie geht von 176.000 Einwohnern in 2020 und 187.000 in 2030 aus.

Ein weiteres Wachstum der Bevölkerungszahl ist allerdings nur möglich, wenn auch der Wohnungsbau und die Entwicklung der Infrastruktur Schritt hält. Noch deutlich positiver als in der Vergangenheit ist die Zunahme von über 2.500 sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigten im Jahr 2011 (vorläufige Zahlen).

Interessant ist die Betrachtung der Wanderungssalden der letzten fünf Jahre (2007-2011): Die Wanderungsgewinne betragen im Saldo im Jahr durchschnittlich 1.800 Personen, verteilt über alle Altersgruppen. Die größte Zuwanderungsgruppe waren Schüler, Studierende und Berufsanfänger (16-26 Jahre), knapp 1.000.

Die Zuwanderinnen und Zuwanderer kamen in den Jahren 2007-2011 im Saldo zu folgenden Anteilen aus

...dem Umland:	7%
...dem restlichen Brandenburg:	33%
...den neuen Bundesländern:	27%
...den alten Bundesländern:	22%
...Berlin:	5%
...aus dem Ausland:	6%

Damit waren 60% der neuen Potsdamer sind auch neue Brandenburger.

Während sich die Zahl der jüngeren Kinder in den Jahren bis 2020 kaum noch verändern wird, gehen die Prognosen von starken Zuwächsen bei Kindern im Grundschulalter (+1.900) und zwischen 12 und 16 (+1.800) aus. Damit verlieren die wichtigen Themen Krippe und Kindergarten tendenziell an Bedeutung, dafür verstärkt sich die Nachfrage nach Grundschul- und Hortplätzen.

Im Jahr 2011 und 2012 wird die städtische **Infrastrukturplanung** – im ersten Schritt mit einem Fokus auf die soziale Infrastruktur - noch genauer auf die zukünftige Bevölkerungsentwicklung abgestimmt, u.a. mit kleinräumigeren Prognosen und einer Analyse der Wege zu Schulen und Kitas.

➔ Weitere Informationen zum [Stadtentwicklungskonzept Wohnen](#) im Internet.

Risiken und Herausforderung

Einschätzungen darüber, inwieweit die Talsohle der Eurokrise bereits durchschritten ist, sind sehr unterschiedlich. Fest steht jedoch: Die Entwicklungen der Staatsfinanzen und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen halten alle Beteiligten und Betroffenen, Regierungen, Zentralbanken und Finanzmarktakteure auch weiterhin gleichermaßen in Atem und die Sorgen um die Einheitswährung sind bei weitem nicht überwunden. Diese Entwicklungen haben sehr weitreichende Implikationen, bis in die kleinste Gemeinde.

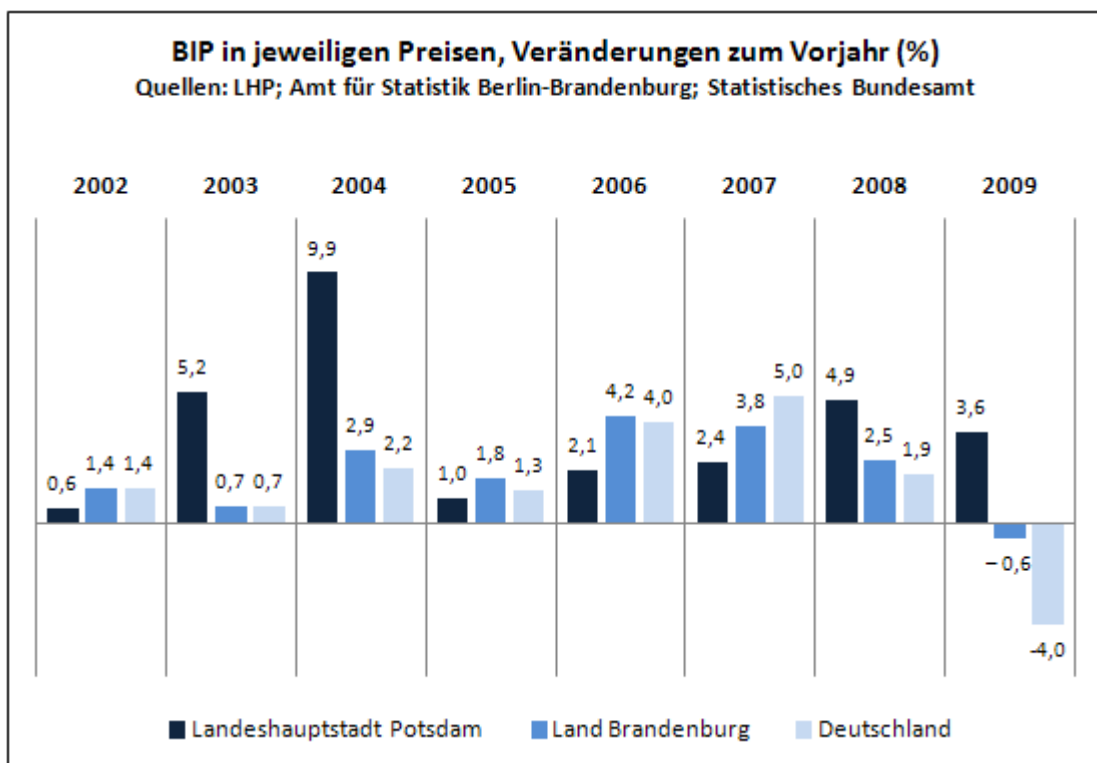
Neben diesen Risiken ist in den Gemeinden in Ostdeutschland das Jahr 2020 präsent. Es ist der Beginn einer neuen Ära - eine „Zeitenwende“. 2019 endet der Solidarpakt II. Zudem entwickelt sich der Mittelzufluss bis zu diesem Zeitpunkt stark degressiv und

wird die bereits angespannte Situation in vielen kommunalen Haushalten weiter verschärfen. Mit diesen gravierenden Veränderungen der „Architektur“ der öffentlichen Finanzen sind auch massive Einschnitte in den investiven Bereichen infolge rückläufiger Schlüsselzuweisungen verbunden, die eine neue „Statik“ der kommunalen Haushalte erfordern. Vor diesem Hintergrund hat die gezielte Förderung der Regionalen Wachstumskerne im Land Brandenburg eine enorme Bedeutung. Unter Beachtung der unterschiedlichen Ausgangssituationen und Entwicklungsziele in den Regionalen Wachstumskernen ist die Förderstrategie des Landes weiter zu gestalten und nach Möglichkeit orientiert an den Bedürfnissen des jeweiligen Standortes anzupassen, damit die betroffenen Städte und Gemeinden ihre Funktion als „Wachstumslokomotiven“ und Impulsgeber in ihren Regionen weiter erfüllen können und bis 2020 im nationalen Rahmen ihre Position verbessern können.

Potsdam muss dabei Schritt halten mit den Anforderungen an eine wachsende Stadt. Das ist weiterhin eine große Herausforderung. Auf diesem Weg sind fortgesetzt außerordentliche Anstrengungen vor allem beim Erhalt und Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur und beim Schließen von Engpässen im Zusammenhang mit der notwendigen Entwicklung und Bereitstellung von Gewerbeflächen und nicht zuletzt im Wohnungsbau erforderlich.

Wirtschaftswachstum

Im Zeitraum 2002 bis 2009 verzeichnete Potsdam durchgängig positive Wachstumsraten beim Bruttoinlandsprodukt. In dieser Periode betrug das durchschnittliche Wachstum 3,7 Prozent und lag damit recht deutlich über den Werten, die für Brandenburg (2,1%) und für Deutschland (1,6%) statistisch ermittelt wurden. (siehe Grafik 2)



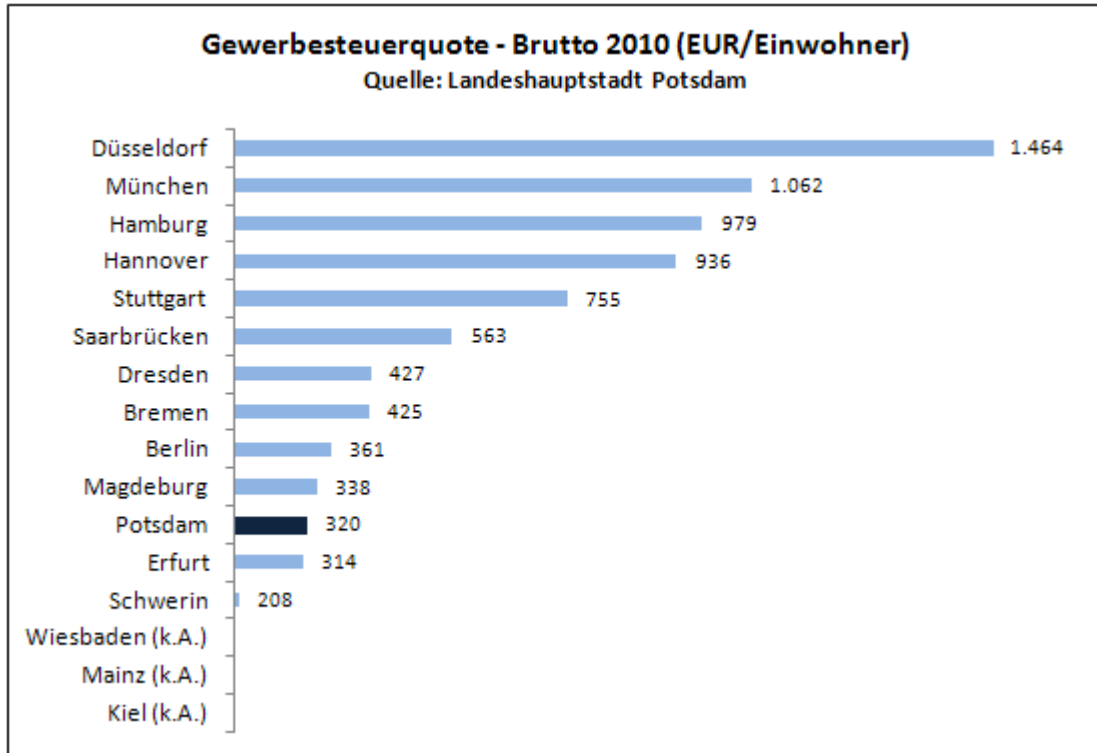
Grafik 1

Mit zuletzt rund 5 Mrd. EUR lag der Anteil der Landeshauptstadt am Bruttoinlandsprodukt des Landes Brandenburg bei 9,2 Prozent (2009). Die Statistiker haben festge-

stellt, dass sich die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise für das Land Brandenburg weniger deutlich in der wirtschaftlichen Entwicklung niedergeschlagen haben als in den meisten anderen Bundesländern. Dieser erfreuliche Tatbestand ist vor allem auf die Wirtschaftsleistung in den kreisfreien Städten Brandenburgs, also auch in Potsdam zurückzuführen.

Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 waren für Potsdam glücklicherweise nicht so gravierend wie für viele andere Standorte. Ursächlich ist das vor allem auf die sehr kleinteilige regional ausgerichtete Wirtschaftsstruktur zurückzuführen, die mit einem Industriesektor, der kein großes Gewicht hat, weitestgehend exportunabhängig ist. Das hat dann aber auch zur Folge, dass der Standort in Erholungs- und Aufschwungphasen vom Welthandel nicht in dem Maße profitiert wie Standorte mit einer hohen Exportkraft und anteilig vielen zyklischen Investitionsgüterherstellern. Der in Potsdam dominierende Dienstleistungssektor mit einer relativ geringen Produktivität kann das in diesen Phasen nicht kompensieren. Dennoch erwarten die Ökonomen für Potsdam mittelfristig ein Wachstum, das leicht über dem Bundesdurchschnitt liegt. Dabei wird auf die Chancen verwiesen, die mit der sogenannten Wissensgesellschaft und dem damit verbundenen Strukturwandel einhergehen.

Dennoch: Zieht man bundesweite Standortvergleiche heran, ist in vielen Bereichen unverändert ein großes Leistungs- und Wohlstandsgefälle zu konstatieren. So ist beispielsweise für 2010 festzustellen, dass Potsdam mit einer Gewerbesteuerquote von 320 EUR / Einwohner nur 36 Prozent der durchschnittlichen Gewerbesteuerquote der westdeutschen Landeshauptstädte (883 EUR/Einwohner, ohne Berlin) erreicht (siehe Grafik 2). Bei den Gemeindeanteilen an der Lohn- und Einkommenssteuer ist der Befund analog.



Grafik 2

Ausgehend von den bisherigen Ergebnissen sind die Aussichten wohl eher gering, dass die prognostizierten Wachstumsraten ausreichen, um strukturelle Schwächen überwinden zu können und Potsdam beispielsweise mit einer höheren Steuerkraft

dauerhaft von Transferleistungen unabhängiger zu machen und in die Nähe einer selbsttragenden Leistungsfähigkeit zu bringen. Auch hier wirkt sich die kleinteilige Wirtschaftsstruktur eher nachteilig aus, weil ihre Steuerkraft sehr limitiert ist.

Gewerbliche Entwicklung und Unternehmensinvestitionen

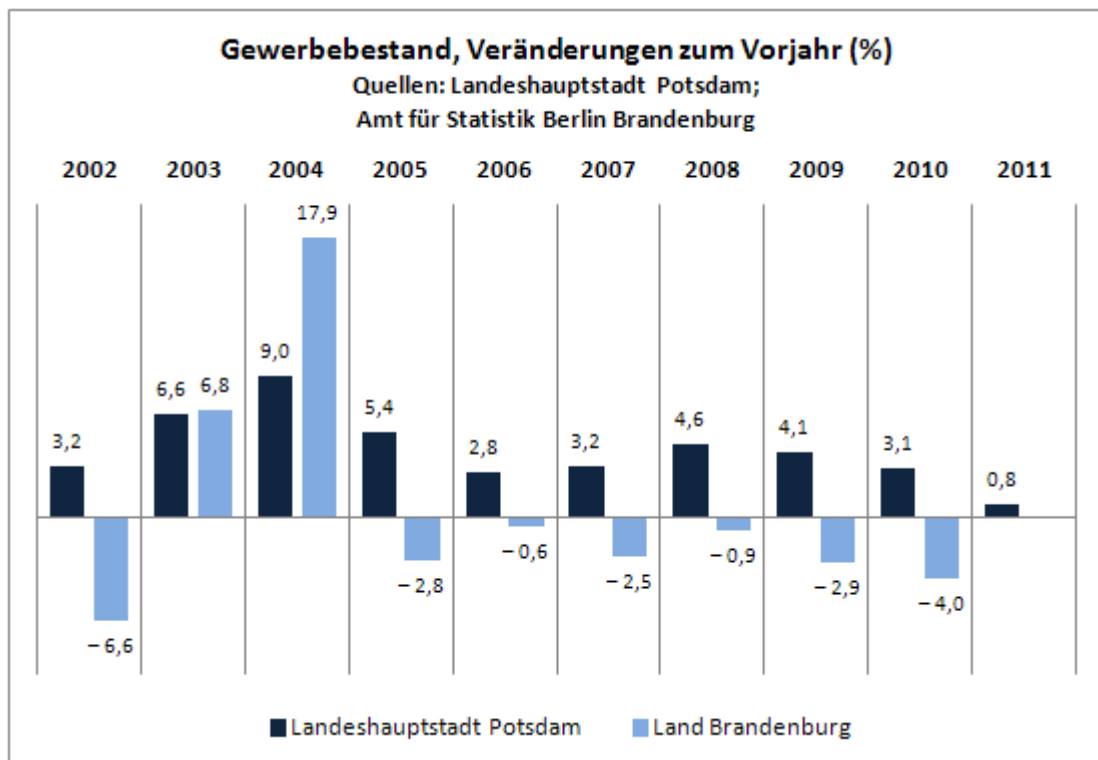
Für Investoren ist Potsdam unverändert ein sehr interessanter Standort. So haben 2011 beispielsweise allein 25 Unternehmen Investitionszuschüsse bei der Investitionsbank beantragt, um ihre Vorhaben mit einem Volumen von insgesamt rund 11,6 Mio. EUR in Potsdam realisieren zu können. Dadurch sollen rund 650 Arbeitsplätze gesichert werden und 250 neue Arbeitsplätze entstehen.

Aktuell werden Potsdamer Unternehmen zur Standortloyalität befragt. Die Untersuchungsergebnisse dieser repräsentativen Umfrage sollen im August 2012 vorliegen.

Seit 2001 betreuten und begleiteten die Zukunftsagentur und die Wirtschaftsförderung der Stadt 186 Firmenansiedlungen und Erweiterungsvorhaben in Potsdam.¹

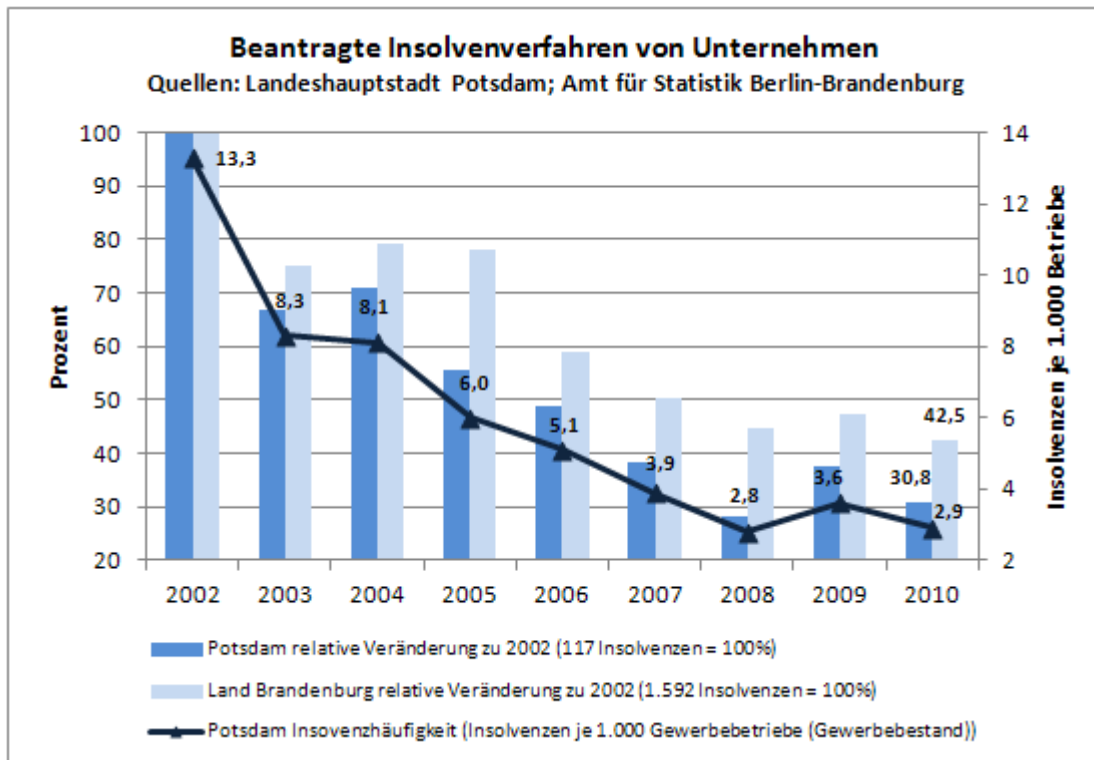
Der Gewerbegründungssaldo liegt in der Landeshauptstadt unverändert im Plus (siehe Grafik 3). Am Ende des 1. Quartals 2012 wurden in der Gewerbestatistik für Potsdam 12.719 Betriebe ausgewiesen.

Erfreulich ist auch, dass die Insolvenzanfälligkeit der Unternehmen zurückgegangen ist. Hier hat sich die Situation entspannt. Denn bei einem wachsenden Gewerbebestand ist ein signifikanter Rückgang der Insolvenzfälle zu beobachten (Siehe Grafik 4).



Grafik 3

¹ Märkische Allgemeine Zeitung, Wirtschaft und Soziales, S.7, 4. April 2012



Grafik 4

Konjunkturelle Situation

Handwerkskammer Potsdam - beste Stimmung seit zwölf Jahren unter den Handwerksbetrieben

Im ersten Quartal 2012 war die Stimmung unter den Potsdamer Handwerkern positiv wie nie zuvor. Mit 84 Prozent guter und befriedigender Geschäftslage wurde ein Spitzenwert der letzten zwölf Jahre in einer Frühjahrsumfrage erreicht. Fast die Hälfte aller Befragten (47 Prozent) beurteilt die aktuelle Geschäftslage als gut.

Knapp 20 Prozent aller befragten Handwerksbetriebe bezeichnen die Nachfrage nach ihren Produkten oder Dienstleistungen als überdurchschnittlich gut, 66 Prozent als durchaus normal. Die durchschnittliche Kapazitätsauslastung stieg gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 4 Prozent und liegt aktuell bei 76 Prozent. Wie im Vorjahr erreichte jeder fünfte Betrieb im zurückliegenden Quartal eine 100-prozentige Auslastung und damit die Grenze seiner Kapazitäten. Im Ausbaugewerbe spricht fast ein Drittel von voller Kapazitätsauslastung.

Das Konjunkturohoch spiegelt sich auch in einer stabilen Personalentwicklung wider. Drei Viertel aller Befragten konnten in den ersten drei Monaten des Jahres ihren Mitarbeiterstamm halten. Bereits zum zweiten Mal in Folge haben in einem ersten Quartal mehr Betriebe zusätzliches Personal eingestellt, als Betriebe Mitarbeiter entlassen mussten. Das ist einerseits Ausdruck der stabilen Konjunktur, andererseits versuchen Betriebe in Zeiten knapper werdender Fachkräfte gutes Personal zu halten.

Die Umsatzzahlen liegen ebenfalls im Aufwärtstrend. 20 Prozent der Befragten melden einen Umsatzplus, 29 Prozent mussten gesunkene Umsätze hinnehmen. Per Saldo ergibt sich ein Minus von 9 Prozentpunkten (Vorjahr: minus 19 Prozentpunkte). Die meisten Betriebe (69 Prozent) hoffen, die guten Ergebnisse des ersten Quartals halten zu können bzw. noch zu verbessern (24 Prozent).

Auch im zweiten Quartal 2012 sorgt das Handwerk für Zuversicht auf dem Arbeitsmarkt. 86 Prozent aller Befragten planen keinerlei Veränderungen ihres Personalbestandes. 11 Prozent beabsichtigen zusätzliche Mitarbeiter einzustellen. Um einem

langfristig drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken, bieten die Betriebe im Kammerbezirk auch in diesem Jahr Schulabgängern zahlreiche Ausbildungsplätze an, deren Besetzung jedoch zunehmend schwieriger wird. Zum 1. April befanden sich in der Internet-Lehrstellenbörse der Handwerkskammer Potsdam mehr als 800 freie Plätze in 71 verschiedenen Ausbildungsberufen.²

Industrie- und Handelskammer Potsdam - Unternehmen blicken recht zuversichtlich in die Zukunft

Die Unternehmen der Industrie- und Handelskammer trotzen den Euroturbulenzen und blicken recht zuversichtlich in die Zukunft. Nach einer leichten Steigerung gegenüber der Umfrage im Herbst 2011 erreichte der Geschäftsklimaindex lt. Frühjahrsumfrage den viertbesten Wert seit 2008.

Die Geschäftslage wird von mehr als der Hälfte (57,2 Prozent) der Potsdamer Unternehmen als gut bewertet. Generell geben die Dienstleistungsunternehmen die beste Lagebeurteilung ab. Sie sind weiter der Impulsgeber in der Region.

Insgesamt hat sich die Stimmung der Kammerunternehmen in allen Branchen aufgehellt. Eine Verbesserung ihrer Geschäftslage sehen 17,7 Prozent der Unternehmen in der Landeshauptstadt. 60,4 Prozent haben gleichbleibende Geschäftserwartungen. In den Energie- und Rohstoffpreisen wird unverändert ein Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen gesehen. Bauunternehmen und Handelsunternehmen sind wieder zuversichtlicher, nach eher pessimistischen Einschätzungen am Jahresanfang.

Erfreulich ist die Investitionsneigung der Potsdamer Unternehmen. Rund 74 Prozent der Unternehmen wollen weiter in gleichem Umfang wie bisher investieren. Fast ein Drittel der Unternehmen (32,5 Prozent) will die Investitionen sogar erhöhen. Weil Investitionsabsichten ein sehr aussagefähiger Frühindikator für die künftige Konjunktur-entwicklung sind, können wir eine stabile Geschäftsentwicklung für unsere Region erwarten.

Dies gilt auch für die Personalplanung. Hier liegen die Potsdamer Unternehmen über dem Kammerwert. 38,2 Prozent der Betriebe beabsichtigen mehr Personal einzustellen und 45,9 Prozent wollen ihre Belegschaft halten.³

Baubranche profitiert von konjunkturunterstützenden Maßnahmen der Stadt – Zukunftsinvestitionen in die Bildungsinfrastruktur

Ihr mittelfristiges Bauprogramm legte die Landeshauptstadt schwerpunktmäßig auf die Jahre 2010 und 2011 mit dem Ziel, die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise im Interesse der regionalen Baubranche dadurch möglichst zu kompensieren.

Konjunkturprogramm II 2010 bis 2011

Im Rahmen dieses Programmes investierten Bund, Land und Landeshauptstadt Potsdam 59 Mio. EUR, davon 48 Mio. EUR aus dem Konjunkturprogramm II (KP-II). dadurch konnten 17 Vorhaben realisiert werden. Rund 84 Prozent der Aufträge erhielten Unternehmen aus der Region. Größte Einzelvorhaben waren der Neubau der Mehrzwecksporthalle am Luftschiffhafen, die Sanierung des Klinikums „Ernst von Bergmann“ und des Karl-Liebnecht-Stadions (8 Mio. EUR KP-II) sowie Maßnahmen im Rahmen des Ganztagserschulungsprogramms. Der Kommunale Immobilienservice der Landeshauptstadt erhielt 11,5 Mio. EUR aus dem KP-II, die für die Sanierung in den Berei-

² Vgl. Konjunkturbericht, Frühjahr 2012, Handwerkskammer Potsdam

³ Vgl. Frühsommerumfrage der Industrie- und Handelskammer Potsdam, 1. Juni 2012

chen Schulinfrastruktur, Kita/Hort-Erweiterungen, Sporthallen-Renovierung und Sanierung von Kultureinrichtungen eingesetzt wurden.⁴

Bilanz 2011

Das Gesamtvolumen der Investitionen, die der Kommunalen Immobilienservice 2011 realisierte, lag bei 47,5 Mio. EUR. Investiert wurde in 20 Bestandsschulen (26,4 Mio. Euro), 13 Kindertagesstätten (6,8 Mio. EUR) und im Kulturbereich (13,6 Mio. EUR). Kern der Investitionen in den Schulen war die Modernisierung und energetische Sanierung. Ein besonderes Highlight war die Fertigstellung der Schulanlagen am Campus Stern mit dem Einzug der Musikschule Johann-Sebastian-Bach in den fertiggestellten Komplettumbau. Auch in den Kitas wurden umfangreiche Sanierungsarbeiten geleistet, insbesondere im Bereich der Brandschutz- und energetischen Sanierung. Bei den Kultureinrichtungen der Landeshauptstadt Potsdam waren 2011 der Umbau und die Sanierung des BildungsForums mit 7,4 Mio. Euro und der neue Museumsstandort Altes Rathaus mit 6,2 Mio. Euro die zentralen Projekte.

Jahresprogramm 2012

Kernpunkte im Jahresprogramms 2012 sind für den Kommunalen Immobilienservice die Fertigstellung des BildungsForums Ende des Jahres und des Potsdam Museums am Standort Altes Rathaus im August 2012. Insgesamt sieht die Investitionsplanung 2012 Gesamtinvestitionen von 60,8 Mio. EUR vor. Der primäre Fokus der Aktivitäten liegt wie schon in den letzten Jahren auf der nachhaltigen Sanierung der Schul- und Kitainfrastruktur. Die wichtigsten Projekte sind die Investitionen in den Campus Kurfürstenstraße (9,8 Mio. Euro), die Sanierung und Schulerweiterung des Gymnasiums Haeckelstraße (3,1 Mio. Euro) und der Umbau der Grundschule am Priesterweg zur Stadtteilschule (2,6 Mio. Euro) sowie der Planungsbeginn für die Gesamtschule im Bornstedter Feld.⁵

Planung 2012 - 2015

Mittelfristig will die Landeshauptstadt über ihren Kommunalen Immobilienservice von 2012 bis 2015 ein Investitionsvolumen von über 110 Mio. EUR realisieren. Schwerpunkt mit allein 92,5 Mio. EUR ist die Bildungsinfrastruktur. Dabei entfallen 78,6 Mio. EUR auf Schulen und 13,9 Mio. EUR auf Kindertagesstätten. 62,8 Mio. EUR werden über Kreditaufnahmen finanziert und über Mietzahlungen der Landeshauptstadt refinanziert.⁶

Damit fungiert die Landeshauptstadt mit ihrem Eigenbetrieb Kommunalen Immobilienservice auch weiterhin als Auftraggeber und wichtiger Wachstumsmotor für die regionale Wirtschaft.⁷

Arbeitsmarkt

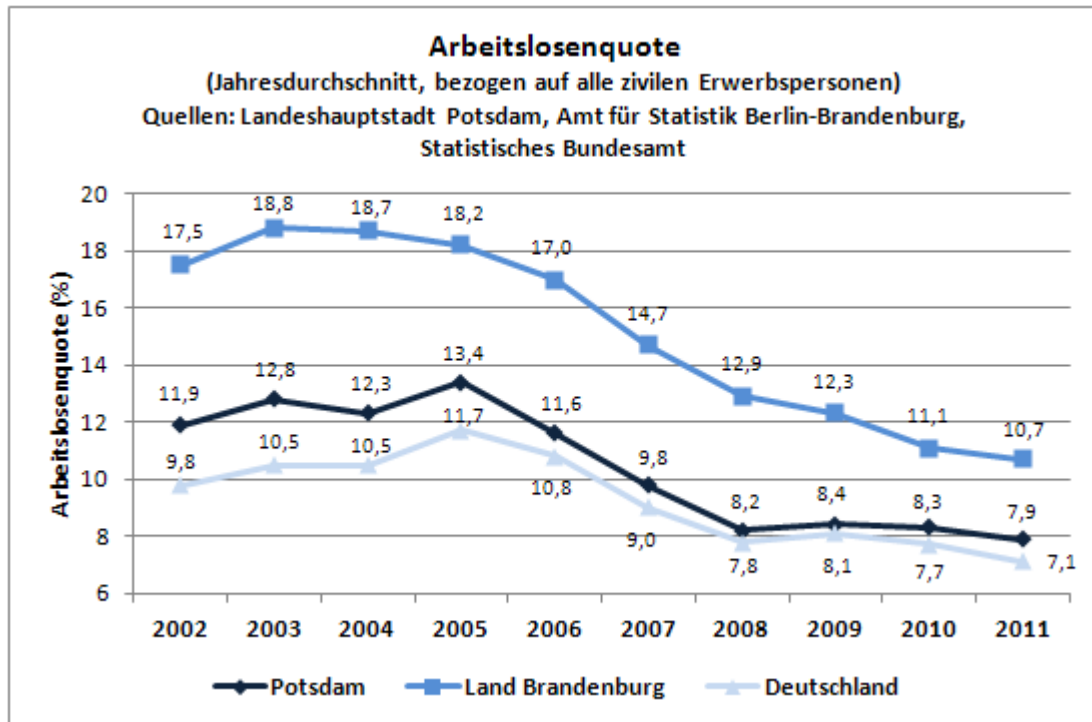
Diese positiven Entwicklungen finden auch in den Potsdamer Arbeitsmarktstatistiken ihren Niederschlag. Mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 7,9 Prozent im Jahr 2011 wurde für die Stadt ein historischer Tiefstand erreicht (siehe Grafik 5).

⁴ Vgl. Pressemitteilung der Landeshauptstadt Potsdam, Nr. 812, 20.12.2011

⁵ Vgl. Pressemitteilung der Landeshauptstadt Potsdam, Nr. 829, 28.12.2011

⁶ Vgl. Pressemitteilung der Landeshauptstadt Potsdam, Nr. 216, 05.04.2012

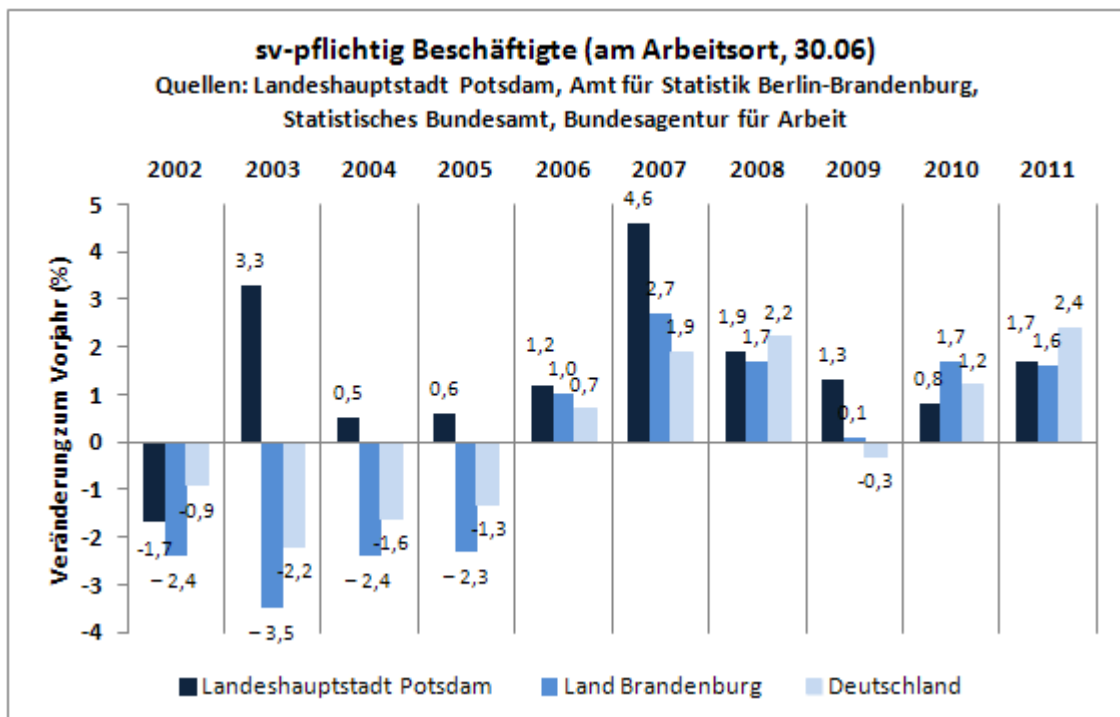
⁷ Lt. Vergabestatistik der Landeshauptstadt Potsdam (2009) wurden 89 Prozent der Aufträge (VOB) bzw. 83 Prozent des gesamten Auftragswertes (VOB) an Unternehmen in Berlin/Brandenburg einschließlich Potsdam vergeben. Alleine auf Potsdamer Unternehmen entfielen 25 Prozent der Aufträge (VOB) bzw. 30 Prozent des gesamten Auftragswertes (VOB)



Grafik 5

Für den Monat Mai 2012 meldete die Arbeitsagentur 6.333 Arbeitslose und eine Quote von 7,5 Prozent.

Seit Jahresbeginn ist die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes weiter gewachsen. Für Potsdam wurden der Agentur in den ersten fünf Monaten 1.643 sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen gemeldet. Im Mai waren 841 Arbeitsstellen im Bestand.



Grafik 6

Dennoch kann nicht für alle Bereiche ein optimistisches Bild gezeichnet werden. Kritisch zu sehen ist die hohe Zahl der Langzeitarbeitslosen, die von Januar bis April ge-

stiegen ist und im Mai 2012 mit 3,2 Prozent über dem Vorjahreswert liegt. Ein weiteres Problem ist der hohe Anteil der abhängig Erwerbstätigen, die Arbeitslosengeld-II beziehen (sog. „Aufstocker“), der bei rund 30 Prozent liegt, bezogen auf die Gesamtzahl der erwerbsfähig Leistungsberechtigten.⁸

Zuversichtlich stimmen dagegen die Entwicklungen im Bereich der „Unterbeschäftigung“. Hier ist die Zahl der Betroffenen in den zurückliegenden 12 Monaten in Potsdam um 640 Personen zurückgegangen.

Erfreulich entwickelte sich auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Neun Jahre in Folge ist die Beschäftigtenzahl gewachsen (Grafik 6).

77.756 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gab es im September 2011 in Potsdam. Das ist ein Zuwachs von 12.413 Beschäftigten seit 2002. Für 2020 werden rund 87.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte prognostiziert.

Ungeachtet der unmittelbaren Nachbarschaft zur Metropole Berlin hat die Landeshauptstadt Potsdam mit ihrem Arbeitsplatzangebot eine große Anziehungskraft, die in das Umland ausstrahlt. Der Einpendlerüberschuss, den die Stadt unverändert aufweist, ist zudem ein Indikator für ihre Wirtschaftskraft. 2010 lag die Einpendlerquote in Potsdam bei 163 (163 Einpendler je 100 Auspendler).

Ausbildungsstellenmarkt

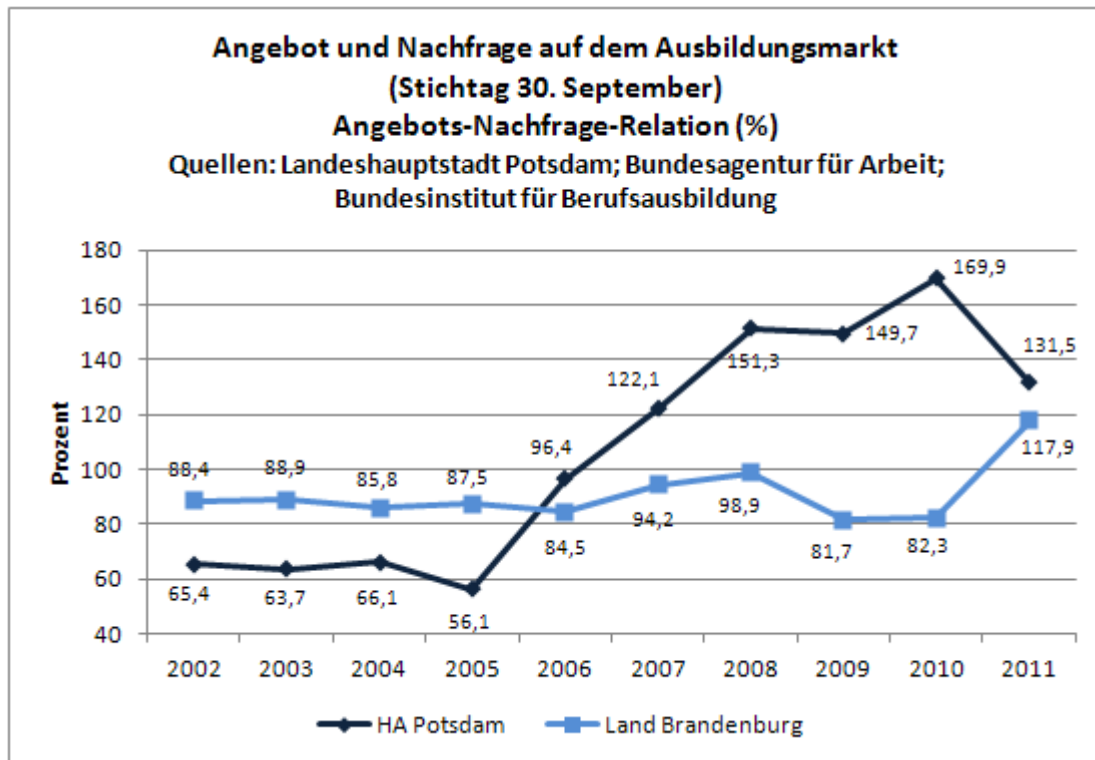
Bis 2007 hat in Potsdam das Angebot nicht ausgereicht, um die gemeldeten Bewerber hinreichend mit Berufsausbildungsplätzen versorgen zu können. In den Folgejahren drehte sich die Situation. Jetzt hatten die Ausbildungsbetriebe große Probleme, die gemeldeten Ausbildungsplätze besetzen zu können. Quantitativ ist der Abstand zwischen den gemeldeten Berufsausbildungsstellen und Bewerbern 2011 wieder leicht geschrumpft. In Potsdam kamen auf 132 gemeldete Ausbildungsplätze 100 Bewerber. Landesweit waren es 118 Ausbildungsplätze je 100 Bewerber⁹, siehe Grafik 7.

Eine leichte Entspannung könnte sich abzeichnen, wenn man die Entwicklung der Schulabgängerzahlen bis 2020 betrachtet. Nach Berechnungen¹⁰ ist bis 2011/12 ein sehr deutlicher Rückgang der Abgänger in allen Schulformen zu verzeichnen. Danach beginnen die Abgängerzahlen wieder zu steigen. Dabei kommt Potsdam am Ende des Betrachtungszeitraumes wieder in die Nähe des Ausgangsniveaus. Dadurch werden auch wieder mehr Schulabgänger auf den Berufsausbildungsstellenmarkt drängen, siehe Grafik 8.

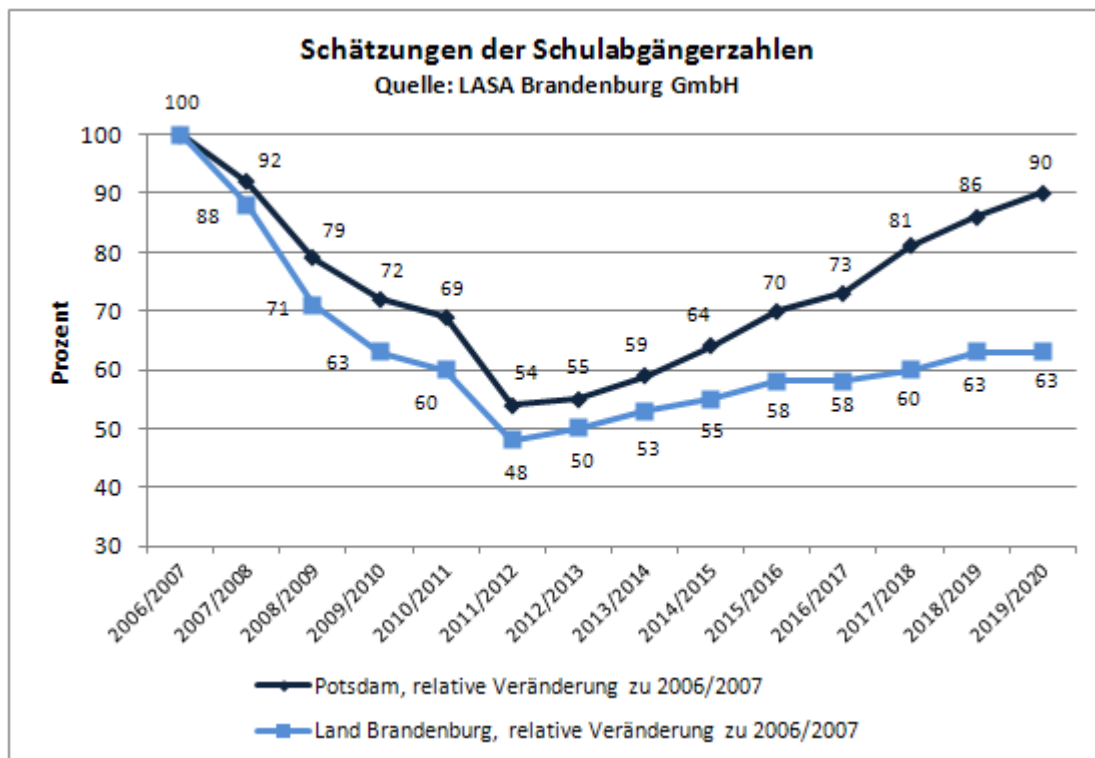
⁸ Letzte Berechnung im Oktober 2011: 3.342 abhängig erwerbstätige AlgII-Bezieher; 11.048 erwerbsfähige Leistungsberechtigte; Jahresdurchschnitt: 2010=29%; 2009=28%; 2008=26%, Quelle: Bundesagentur für Arbeit

⁹ Grundlage der Einschätzung sind die bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Ausbildungsplätze und Bewerber. D. h., es kann kein Rückschluss auf die Gesamtsituation des Ausbildungsstellenmarktes gezogen werden.

¹⁰ Berechnungen der Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH



Grafik 7



Grafik 8

4. Entwicklung in den Clustern

Gesundheitswirtschaft

Wissenschaftspark Potsdam - Golm

Im Wissenschaftspark Potsdam - Golm gab es auch im Berichtszeitraum eine Vielzahl an Entwicklungen, die in ihrer Summe die Dynamik des Standortes und der dort bearbeiteten Themen widerspiegeln.

Im Rahmen der infrastrukturellen Entwicklung wurde im Juni 2011 eine Kindertagesstätte mit 120 Plätzen und bilingualem Profil sowie im April 2012 ein Studentenwohnheim mit 200 Plätzen eröffnet. In Kürze ist zudem mit dem Baubeginn für ein Nahversorgungszentrum zu rechnen. Im März 2012 wurde dafür der Bebauungsplan Nr. 29 durch die Stadtverordnetenversammlung als Satzung beschlossen. Mit bauvorbereitenden Maßnahmen wurde bereits begonnen

Sowohl auf dem Universitäts-Campus als auch im Wissenschaftspark gab es räumliche Erweiterungen. So eröffnete im November 2011 das neue Informations-, Kommunikations- und Medienzentrum (IKMZ) der Universität am Standort Golm. Im Dezember 2011 erfolgte die Grundsteinlegung für ein Drittmittelzentrum der Universität, das im Jahr 2013 fertiggestellt sein soll. Im Wissenschaftspark wurde das Fraunhofer Institut für angewandte Polymerforschung durch einen Anbau erweitert. In dem Neubau soll ein Anwenderzentrum für Polymer-Nanotechnologien eingerichtet werden.

Um eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Wissenschaftsparks Golm zu ermöglichen, wurden mit dem Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 129 durch die Landeshauptstadt Potsdam erste planungsrechtliche Schritte für eine Erweiterung des Standortes unternommen. Durch diesen Bebauungsplan sollen mittel- bis langfristig ca. 10 ha zusätzliche Ansiedlungs- und Gewerbeflächen bereit gestellt werden.

Eine wichtige Voraussetzung für die kontinuierliche und erfolgreiche Entwicklung des Standortes ist die Arbeit des *Standortmanagements*. Durch das gemeinsam von Anrainern, Land und Stadt getragene Standortmanagement werden zentrale und übergeordnete Aufgaben wie z.B. die Standortkommunikation und –vermarktung oder die Initiierung und Begleitung von Entwicklungsvorhaben wahrgenommen. Nach dem Auslaufen der bisherigen Förderung zum 31.12.2011 ist es gelungen, für das Standortmanagement eine Folgefinanzierung zu finden. Mit deutlich erhöhten Finanzierungsbeiträgen der Anrainer und der Landeshauptstadt Potsdam ist die Arbeit des Standortmanagements nun bis zum Jahr 2014 gesichert.

Um die Ansiedlung von weiteren Unternehmen und Institutionen am Standort zu befördern, ist es beabsichtigt, im Zeitraum 2012/13 im Rahmen einer Vermarktungsoffensive bestehende und entstehende Flächen- und Ansiedlungspotentiale aktiv zu bewerben. Durch diese Kampagne - voraussichtlich mit Mitteln der Europäischen Union aus dem EFRE-TH 2011-2013 (Technische Hilfe) finanziert - sollen Eigennutzer und Investoren für den Standort gewonnen werden.

Zum Thema „Gesundheit und Wohnen“ als Zukunftsthema im Bereich Gesundheitswirtschaft s. Kapitel 7.

IKT, Medien und Kreativwirtschaft

Medienstadt II

Im Auftrag der Landeshauptstadt wurden 2010 verschiedene Varianten zur Entwicklung eines Ergänzungsstandortes für die Medienstadt Babelsberg (Medienstadt II) un-

tersucht¹¹ und anschließend weiter verfolgt. Ein Erwerb der Flächen durch die Stadt bzw. eine städtische Gesellschaft lässt sich mit Blick auf die Haushaltssituation der Landeshauptstadt und die fehlende finanzielle Beteiligung des Landes allerdings nicht realisieren.

Die IDI – Entwicklungsgesellschaft für Investitionen mbH - ist für eine Entwicklung des Maximum-Geländes tätig, die eine Nutzung des Standortes durch Medienunternehmen eröffnen soll. Dies geschieht in enger Abstimmung mit der Stadtverwaltung, dem Entwicklungsträger Stadtkontor, der Studio Babelsberg AG sowie verschiedensten Akteuren aus dem Bereich der Medienwirtschaft.

Durch die Stadtverwaltung wurden mit den betroffenen Partnern (Projektentwickler, Studio Babelsberg AG, ansässige Unternehmen) Abstimmungen zur Klärung der Straßenerschließung des Standortes geführt. Die einvernehmlich gefundene Lösung sichert die langfristige straßenseitige Erschließung des Entwicklungsgebietes und berücksichtigt gleichzeitig die Belange der Studio Babelsberg AG (Schutz während laufender Dreharbeiten). Die Verpflichtung zum Bau der Erschließungsstraßen liegt gemäß städtebaulichem Vertrag beim Eigentümer Maximum.

Die Studio Babelsberg AG hat sowohl gegenüber dem Projektentwickler als auch gegenüber der Stadt Interesse am Erwerb bzw. der Nutzung des gesamten Maximum-Geländes geäußert. Im Auftrag der Stadt wurde im Rahmen des o.g. Entwicklungskonzeptes Medienstadt II ein Verkehrswertgutachten beauftragt, das von den Beteiligten als Grundlage für weitere Verhandlungen akzeptiert wird.

Parallel dazu wurden auch die Rahmenbedingungen für eine Verlagerung der Außenkulisse „Berliner Straße“ auf das Gelände der künftigen Medienstadt II zwischen der Studio Babelsberg AG, der Stadtverwaltung und dem Vertreter des Eigentümers abgestimmt (z.B. planungsrechtliche Belange, Fragen der Baugenehmigung, Grundstück). Damit sind – für den Fall, dass eine Film-Großproduktion gesichert werden muss - wesentliche Voraussetzungen für eine kurzfristige Verlagerung der Kulisse auf Flächen südlich der von der Studio Babelsberg AG bereits genutzten Hallen geklärt.

Medienstadt Babelsberg

Neben der Entwicklung der Medienstadt II als Standort für flächenintensive und produktionsorientierte Mediennutzungen müssen im Kernbereich der Medienstadt, insbesondere im Bereich zwischen der Marlene-Dietrich-Allee und der Stahnsdorfer Straße, Flächen für die Ansiedlung von kleinen und mittleren Medienunternehmen gesichert werden. In diesem Bereich, der im Bebauungsplan als Mischgebiet ausgewiesen ist, soll sichergestellt werden, dass mindestens 50 Prozent der Flächen für eine gewerbliche Mediennutzung zur Verfügung stehen. Entsprechende Gespräche dazu wurden mit der Eigentümerin der Flächen, der Filmpark Babelsberg GmbH, bereits geführt. Erwartet wird ein entsprechendes Nutzungskonzept.

Projekt Medienstadt Babelsberg Digital (D-Werft)

Ein wesentliches strategisches Ziel, das sich aus dem 2009 erarbeiteten „Entwicklungskonzept Medien“¹² ableitet, ist die Erschließung neuer Wachstumsfelder im Zusammenhang mit den großen Möglichkeiten der Digitalisierungstechnologie. Ange-

¹¹ Konzept zur Sicherung und Entwicklung des Maximum-Areals südlich der Großbeerenstraße als Ergänzungsstandort für die Medienwirtschaft und die Medienstadt Babelsberg, PM & Partner Marketing Consulting GmbH, Frankfurt/M. und Stadtkontor GmbH, Potsdam, 16. September 2010, Auftraggeber Landeshauptstadt Potsdam

¹² RWK Potsdam Entwicklungskonzept zur Stärkung des Branchenkompetenzfeldes Medien mit dem räumlichen Schwerpunkt Medienstadt Babelsberg, 15. September 2009, gefördert mit Mittel der Europäischen Union aus dem EFRE-TH (Technische Hilfe)

knüpft werden soll an die vorhandenen Schwerpunkte und Wertschöpfungsketten in der Medienstadt mit dem Ziel, Alleinstellungsmerkmale des Standortes nachhaltig weiterzuentwickeln.

Mit der Digitalisierung findet derzeit der größte Transformationsprozess in der Film- und Fernsehgeschichte seit 1952 statt: Medienproduktion, Medienarchivierung und Mediennutzung verändern sich grundsätzlich und radikal. Dies hat direkte Auswirkungen auf den Medienstandort Babelsberg. Die Produktion wechselt von Band/Film auf Files und muss enorme Datenmengen verwalten, transportieren und speichern. Neue Technologien wie Greenscreen und Virtual Backlots revolutionieren die Produktionsprozesse. Bei der Archivierung von vorhandenem Content müssen hunderttausende Stunden Material digitalisiert und Mechanismen für intelligentes Suchen und Finden gefunden werden. In der Mediennutzung entstehen ständig neue Technologien, die mit den vorgenannten Prozessen abgeglichen werden müssen.

Der Medienstandort Babelsberg bietet mit den hier ansässigen Unternehmen, dem Hasso-Plattner-Institut für Softwaresystemtechnik GmbH und der Hochschule für Film und Fernsehen (HFF) „Konrad Wolf“ beste Voraussetzungen, diesen Transformationsprozess zu meistern. Erste wichtige Schritte dabei wurden schon getan. Genannt seien hier nur beispielhaft: Veranstaltungsformate wie „HD@work“ oder Projekte wie „mediaglobe“. Erfolgreich gestartet ist 2011 die Veranstaltungsreihe „Film meets IT“ in Kooperation von media.connect brandenburg und transfer media gGmbH. Sie ermöglichte den direkten thematischen Austausch zwischen Fachleuten aus den Bereichen Film- und Medienwirtschaft, Softwareentwicklern, Technikern und Anbietern von Infrastruktur.

Die transfer media gGmbH hat gemeinsam mit Partnern und Akteuren in der Medienstadt ein Konzept für ein Babelsberger Kompetenzzentrum Digitalisierung (D-Werft) entwickelt. Die „D-Werft“ besteht aus drei zentralen Säulen: Sie ist ein

- Zentrum für Forschungs- und Entwicklungsleistungen in den Bereichen Informationstechnologien und Medienproduktion und-rezeption
- Kompetenzzentrum für Beratung und Transfer
- Zentrum für neue innovative Technologien und Dienstleistungen mit unterschiedlichsten Geschäftsmodellen, u.a. in den Bereichen Digitalisierung, Datenspeicherung und Datenaustausch

Die Landeshauptstadt Potsdam beteiligt sich aktiv an diesem Prozess. Im Rahmen einer Projektförderung hat sie die Untersuchung infrastruktureller Anforderungen¹³ unterstützt. Dabei wurden im Rahmen von Unternehmensbefragungen am Standort sowohl der Status quo bei Datenleitung und Datenspeicherung, die besondere Rechtsituation im Bereich Datenleitung, die Bedarfe und Anforderungen der Unternehmen in diesen Bereichen sowie Lösungsansätze und Entwicklungen für Datenleitung und –speicherung herausgearbeitet.

Aktuell bereitet die transfer media gGmbH einen Förderantrag an das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung für ein Innovationskonzept und 6 Geschäftsmodelle mit 10-12 Partnern vor.

Es ist sehr deutlich geworden, dass für die erfolgreiche Entwicklung und Positionierung neuer Technologien, Produkte, Dienstleistungen und Services im Umfeld eines sich permanent verändernden Marktes eine kontinuierliche Marktbeobachtung von elementarer Bedeutung ist. Eine derartige Marktbeobachtung ist die Voraussetzung dafür,

¹³ Untersuchung infrastruktureller Anforderungen an den Medienstandort Babelsberg im Zeitalter der Digitalisierung, transfer media gGmbH, 22.02.2012

gezielt auf Kundenbedürfnisse reagieren zu können und aktuelle Entwicklungen in Geschäftsprozesse zu integrieren und so den Medienstandort Babelsberg weiter zu profilieren und dauerhaft erfolgreich zu etablieren. Dazu hat die Landeshauptstadt eine Projektskizze vorgelegt. Vorgesehen ist, die Marktstudie mit Mitteln der Europäischen Union aus dem EFRE-TH 2011-2013 (Technische Hilfe) erarbeiten zu lassen.

Standortmanagement Medienstadt

Anfang 2012 endete die Tätigkeit des Medienbeauftragten der Landeshauptstadt Potsdam. Die Landeshauptstadt beabsichtigt, diese unterstützende Maßnahme für die Medienbranche künftig gezielter und konzentrierter in Form einer „Standortbeauftragung für die Medienstadt Potsdam-Babelsberg“ durchzuführen. Vergleichbare Ansätze haben sich auch für den Wissenschaftspark in Potsdam-Golm bewährt. Gegenwärtig laufen Abstimmungsgespräche zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und dem Land Brandenburg (insbesondere ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH, Medienboard Berlin Brandenburg GmbH, media.net berlinbrandenburg e.V.), um gemeinsame bzw. sich ergänzende Möglichkeiten einer Kooperation zu prüfen.

Wissenschaftspark „Albert Einstein“ Telegrafenberg

Potsdams Wissenschaft ist weiterhin auf Wachstumskurs. Hochschulen und Institute melden zusätzlichen Flächenbedarf an, was die Landeshauptstadt vor große Herausforderungen stellt.

Insbesondere am Campus Telegrafenberg sind die Standortreserven aufgebraucht. Das GeoForschungsZentrum (GFZ) hat dort im Jahr 2011 mit zwei wichtigen Investitionen begonnen. Mit dem Ersatzneubau für die Gebäude A69/70 stehen weitere 460 m² Lager- und 700 m² dringend benötigte Bürofläche zur Verfügung. Im vergangenen Jahr konnte das GFZ den 1000. Mitarbeiter begrüßen. Am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung konnte der Grundstein für den stattlichen Forschungsneubau gelegt werden. Die Stadt reagierte auf diese Entwicklungen und wird im 4. Quartal 2012 eine "Standortkonferenz Telegrafenberg" unter Einbeziehung der Landesregierung einberufen, um in Frage kommende Erweiterungsflächen in der Nähe des Telegrafenberges zu identifizieren. Vermieden werden sollte eine räumliche Trennung moderner, interdisziplinär und vernetzt arbeitender Wissenschaft, die Forschungsarbeit behindert.

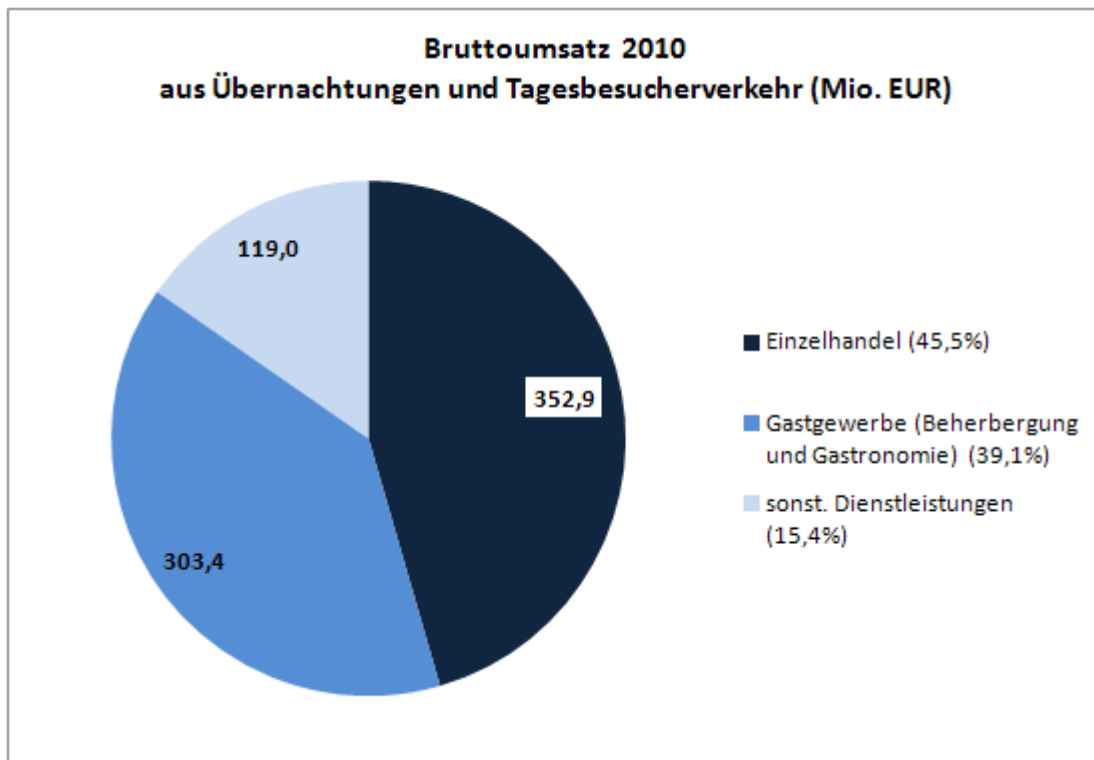
Tourismus

Der Tourismus in der LHP ist eine umsatzstarke und beschäftigungsintensive Wachstumsbranche und einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren in der Landeshauptstadt Potsdam. Der Städtetourismus – das touristische Kernsegment Potsdams – ist deutschlandweit weiter stark nachgefragt. Davon konnte Potsdam auch im Jahr 2011 wieder profitieren und erstmals Übernachtungszahlen über der 900.000er Marke erzielen und geschätzte 18,5 Mio. Tagesbesucher verzeichnen. Die Wachstumsraten der letzten Jahre lagen mit 6,2 Prozent in 2010 und 3,2 Prozent in 2011 über dem Bundesdurchschnitt vergleichbarer Städte.

Laut der beauftragten Studie zum „Wirtschaftsfaktor Tourismus in Potsdam 2010“¹⁴ betragen die Bruttoumsätze bei den gewerblichen Übernachtungen 157,4 Mio. EUR, bei privaten Übernachtungen und Camping 14,8 Mio. EUR und beim Tagesbesucherverkehr 603,1 Mio. EUR. Aus den 19,6 Mio. touristischen Aufenthaltstagen im Jahr

¹⁴ „Wirtschaftsfaktor Tourismus in Potsdam 2010“, Deutsches Wirtschaftswissenschaftliches Institut für Fremdenverkehr dwif-Consulting GmbH in Kooperation mit dwif e.V., München März 2011

2010 generierte sich demnach insgesamt ein Bruttoumsatz in Höhe von 775,3 Mio. EUR (2009: 753,0 Mio. EUR, s. Grafik 9)



Grafik 9

Die Fachkräftesicherung ist für die arbeitsintensive Branche Tourismus mit hoher Beschäftigungsquote von größter Bedeutung und Voraussetzung für eine nachhaltige positive Entwicklung. Ebenso von Bedeutung ist die Entwicklung und Realisierung von Projekten für den Ausbau der touristischen Infrastruktur. Nur durch zukunftsfähige Standards in konkurrenzfähiger Qualität wird der positive Trend auch perspektivisch fortgeführt werden können. Dazu bedarf es der Förderung von innovativen auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Konzepten und deren Umsetzung. Grundlage dafür soll u.a. die Erstellung eines sektoralen Entwicklungsplanes Tourismus der Landeshauptstadt und die sich daraus ergebende konkrete Produktentwicklung in den touristischen Kernsegmenten Potsdams sein.

Die in den letzten Jahren versuchte Stärkung des wassertouristischen Potenzials konnte nur in begrenztem Umfang befördert werden.

Der Ausbau der Marina „Kiewitt 33“ zu einem innerstädtischen Wasserwanderstützpunkt gemäß Wassersportentwicklungsplan des Landes Brandenburg erwies sich als nicht förderfähig und bislang alternativ nicht finanzierbar.

Die Teilprojekte zur Umsetzung der Uferkonzeption der Stadt befinden sich in der Umsetzung (siehe Datenblatt „Wassertourismus“).

Gemessen am Potenzial im Wassertourismus gibt es nach wie vor großen Nachholbedarf bei der öffentlichen touristischen Infrastruktur, bei der überregionalen Wegweisung und der Vermarktung. Sehr erfolgreich gestaltet sich die interkommunale Zusammenarbeit in der *WIR – Wassertourismusinitiative der Potsdamer und Brandenburgischen Havelseen*.

Allgemein wird es im Hinblick auf die immer enger werdenden Finanzierungsmöglichkeiten v.a. darauf ankommen, vorhandene Angebote weiter zu qualifizieren, Qualitätsinitiativen zu unterstützen, Standortsicherung zu betreiben und bestehende Kooperati-

onen auf verschiedenen Ebenen fortzuführen, zur Kräftebündelung neue Partnerschaften aufzubauen und sich in neue Clusterstrukturen einzubinden.

Clusterübergreifende Handlungsfelder und Maßnahmen

Wissenschaft und Technologietransfer

Die Veranstaltungsreihe „Potsdam innovativ“ ist im Jahr 2010 mit den Zielen gestartet, Potsdamer Unternehmen für Kooperationen mit der Forschung zu gewinnen, den Bekanntheitsgrad der Technologietransferstellen zu erhöhen und über Innovations- sowie Wirtschaftsförderung zu informieren. Dazu fanden 2011 vier Veranstaltungen statt (u.a. „Innovationen gezielt managen“, „Innovationen rechtlich absichern“, „Innovationen finanzieren“). Insgesamt konnten 200 Teilnehmer erreicht und einige Kooperationsprojekte zwischen regionalen Unternehmen und ansässigen Wissenschaftseinrichtungen angebahnt werden. 2012 wird die Reihe „Potsdam innovativ“ unter dem Label „vor Ort“ fortgesetzt. Einzelne Forschungseinrichtungen stellen dabei regionalen Unternehmen ihre wirtschaftsrelevanten Kompetenzen vor. Kooperationspartner sind die Landeshauptstadt Potsdam und die Universität Potsdam (Potsdam Transfer).

Das Projekt „Haus der Wissenschaft“ nimmt immer konkretere Formen an: Im vierten Obergeschoss des mit Mitteln der Europäischen Union aus dem EFRE, des Landes aus dem Hauptstadtvertrag und Eigenmitteln der Landeshauptstadt finanzierten Bildungsforums entsteht mit der „Wissenschaftsetage“ ein Begegnungs-, Ausstellungs- und Veranstaltungszentrum, wo der attraktive Wissenschaftsstandort Potsdam erlebbar wird. Die Wissenschaftsetage mit ihrer Dauer- und Wechsellausstellung sowie ihrem Informationsangebot ist vor allem an die Zielgruppen der interessierten breiten Öffentlichkeit, der Schülerinnen und Schüler, der Studierenden und der Unternehmen adressiert, die sich an diesem Ort in der Mitte der Landeshauptstadt mit der reichen Wissenschaftslandschaft Potsdams vertraut machen können. Dadurch sollen aus Sicht der Landeshauptstadt Potsdam konkrete Effekte im Hinblick auf die Stadtentwicklung erreicht werden, um zum Beispiel mehr Schüler zum Studium in Potsdam, mehr Studenten zu einer Tätigkeit als Fachkraft in der Region und mehr regionale Unternehmer zu einer Kooperation mit der Forschung anzuregen.

Im Rahmen der jährlich tagenden „Koordinationsgruppe Wissenschaftsstandort Potsdam“ tauschen sich seit 2011 unter Vorsitz des Oberbürgermeisters die Kanzlerinnen und Kanzler der Potsdamer Hochschulen sowie die Verwaltungsleiter der Forschungsinstitute über die aus ihrer Sicht drängendsten Probleme der Wissenschaft in der Stadt aus. Zu den Themen „Mobilität“ und „Studentisches und akademisches Wohnen“ wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, in denen Verwaltung und Wissenschaft Informationen austauschen und Ideen entwickeln, wie man den Wissenschaftsstandort Potsdam weiter profilieren kann.

Existenzgründungen

Potsdam ist eine Gründerstadt. Bestes Beispiel dafür ist die Metabolomics Discoveries GmbH. Das junge Biotech-Unternehmen mit Sitz im Wissenschaftspark Golm wurde als KfW-Gründerchampion Bundessieger in der Kategorie „Geschäftsidee und Innovation“. Seinen Sitz hat das junge Unternehmen im Golmer Gründer- und Innovationszentrum GO:IN, einem von insgesamt fünf branchenorientierten Innovationszentren in der Landeshauptstadt, die von der städtischen Technologie- und Gewerbezentren Potsdam GmbH betrieben werden. Alle Zentren sind gut ausgelastet und bieten in der Summe über 200 Unternehmen einen erstklassigen Standort.

Das breite Themenspektrum der Existenzgründungsförderung in der Landeshauptstadt Potsdam basiert auf zwei Säulen: Dem *Wirtschaftsservice in der Stadtverwaltung* und dem regionalen Netzwerk „*Gründerforum Potsdam*“.

Der *Wirtschaftsservice in der Stadtverwaltung* fungiert – seit August 2011 in neuen Räumen, im Eingangsbereich des Stadthauses - als die zentrale Anlaufstelle für Unternehmen und Existenzgründer. Hier erhält die Zielgruppe wirtschaftsrelevante Auskünfte und Informationen sowie Erstberatungen zu einer Vielzahl von Themen. Rund 2.600 Anfragen wurden 2011 bedient. Besonders nachgefragt waren Informationen und Beratungen zu den Themenbereichen Existenzgründung (760) und mit deutlichem Anstieg zu Fördermitteln (720) und Standortsuche (400).

Im „*Gründerforum Potsdam*“ sind insgesamt 28 öffentliche Institutionen und Projekte miteinander vernetzt. Die Netzwerkarbeit wird über den Bereich Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt Potsdam koordiniert. Regelmäßige Netzwerktreffen sichern den kontinuierlichen Informationsaustausch. Punktuelle Kooperationen in themenbezogenen Arbeitsgruppen – beispielsweise zur Planung und Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen - sind ein wichtiger Teil der Netzwerkarbeit.

So konnte bereits 2008 die Veranstaltungsreihe „*GründerTreff Potsdam*“ etabliert werden. Die quartalsweise stattfindenden Veranstaltungen bieten Existenzgründern gute Möglichkeiten, sich über gründungsrelevante Themen zu informieren, in einen Gedankenaustausch zu treten, Erfahrungen junger Unternehmen aufzunehmen und Geschäftskontakte in diesem Kreis aufzubauen.

Im Rahmen der „*Potsdamer GründerTage*“ - eingebettet in der jährlich stattfindenden „*Gründerwoche Deutschland*“ – bietet das Gründerforum Potsdam ein umfangreiches Vortrags-, Seminar- und Rahmenprogramm zum Thema Existenzgründung in Potsdam an. Über 360 Teilnehmer am „5. Potsdamer GründerTag“ am 15. November 2011 verdeutlichen das große Interesse am Thema.

Mit „*Cash & Coffee – dem Potsdamer Gründer- und Unternehmerfrühstück*“ startete 2011 eine neue Veranstaltungsreihe, die sich ausschließlich auf die Themen Finanzierung und Fördermöglichkeiten am Standort Potsdam konzentrierte. In Kurzvorträgen informieren Bank- und Fachberater über relevante Förder- und Unterstützungsprogramme sowie die verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten. Aufgrund des hohen Teilnehmerinteresses wird auch dieses Format mit vier Veranstaltungen 2012 fortgeführt.

2011 erschien der Wegweiser „*Gründen in Potsdam – Ratgeber zur Existenzgründung*“ in der vierten überarbeiteten Auflage, der Existenzgründern auf 145 Seiten einen fundierten Überblick über alle gründungsspezifischen Angebote der Netzwerkpartner liefert.

Auch die Internetplattform des Gründungsnetzwerks www.gruenden-in-potsdam.de ist mit insgesamt 900.000 Zugriffen seit 2008 stark nachgefragt und bietet vielfältige Informationen zu gründungsbezogenen Unterstützungsangeboten sowie den integrierten Veranstaltungskalender des Netzwerks mit aktuellen Übersichten über alle gründungsrelevanten Veranstaltungen in Potsdam.

Neben den eher zielgruppenorientierten Veranstaltungsangeboten werden gründungsrelevante Themen und Entwicklungen auch inhaltlich durch das Gründerforum Potsdam aufgegriffen. In diesem Zusammenhang lässt sich beispielhaft die netzwerkinterne Informationsveranstaltung zum Thema „*Mikrofinanzierung in Potsdam*“ nennen, in de-

ren Rahmen sich das Netzwerk über dieses Themenfeld informierte und sich die akkreditierten Mikrofinanzinstitute in Potsdam dem Netzwerk vorstellten.

KMU-Förderung (EFRE Nachhaltige Stadtentwicklung)

Die „KMU-Förderung im Rahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung“, bei der sich Stadt und Land mit 35 Prozent an den Investitionskosten beteiligen, ist ein sehr erfolgreiches Förderinstrument. Es unterstützt bzw. ermöglicht häufig erst investive Vorhaben zur Sicherung von Beschäftigung und Besetzung neuer Arbeitsplätze. Seit 2009 wurden der Wirtschaftsförderung 21 Anträge vorgelegt. In 18 Fällen konnte die Landeshauptstadt Potsdam den kommunalen Miteleistungsanteil bestätigen. Bisher wurden mit diesem Programm Investitionsprojekte von mehr als 760.000 EUR gefördert, wobei sich der städtische Miteleistungsanteil auf etwa 26.500 EUR beläuft.

Durch das Programm gelang es, Gründungsvorhaben und Bestandsunternehmen in den förderfähigen Branchen (Einzelhandel, Gastronomie und produzierendes Handwerk) und Fördergebieten (Einkaufsinnenstadt, Zentraler Versorgungsbereich im Stadtteilzentrum Babelsberg und Potsdamer Sanierungs- und Entwicklungsgebiete) gezielt zu unterstützen mit positiven Arbeitsmarkteffekten.

Unter Verweis auf die positiven Ergebnisse ist aus Sicht der Landeshauptstadt Potsdam eine Aufstockung der überzeichneten Fördermittel des Programms noch in dieser Förderperiode sinnvoll und wünschenswert. Mit Blick auf die kommende Förderperiode wäre eine Fortführung der Richtlinie von erheblichem Interesse und somit sehr zu begrüßen.

Geschäftsstraßenmanagement (nachhaltige Stadtentwicklung)

Unter Beschäftigungsaspekten und fiskalischen Gesichtspunkten zählt der Einzelhandel in der Stadt Potsdam zu den tragenden Wirtschaftszweigen. 2010 wurden in der Landeshauptstadt Potsdam Waren im Wert von 650 Mio. Euro umgesetzt.¹⁵

Die Rahmenbedingungen speziell für den innerstädtischen Handel können grundsätzlich als gut bezeichnet werden. Die Sanierungsmaßnahmen in der Potsdamer und Babelsberger Innenstadt sind weitestgehend abgeschlossen. Dennoch gilt es, Funktionsschwächen nachhaltig abzubauen, um die Attraktivität der zentralen Versorgungsbereiche von Potsdam und Babelsberg weiter zu erhöhen. Besonders hilfreich waren dabei die vom Land gewährten Mittel zur Unterstützung der Vorhaben „Geschäftsstraßenmanagement Potsdamer Innenstadt“ und „Geschäftsstraßenmanagement Stadtteilzentrum Potsdam-Babelsberg“ auf der Grundlage der Richtlinie zur nachhaltigen Stadtentwicklung und des EFRE-OP.

Dadurch war es möglich, eine Vielzahl von Maßnahmen und Aktivitäten zu initiieren und umzusetzen, wie z.B:

- Verkehrsversuch und Lichtkonzept im Holländischen Viertel
- Werbung/Werbeaufsteller, Warenauslagen, Fahrradständer
- Parken + Einkaufen
- Antikmeile
- Erweiterung der Weihnachtsbeleuchtung
- Eventmanagement
- Kommunikationsmanagement
- Mitwirkung in Vereinen, Gremien, Ausschüssen
- Analysen Vor- und Nachbereitung
- Öffentlichkeitsarbeit

¹⁵ Quelle: Erhebung des Büros STADT+HANDEL, 2011

Das Vorhaben „Geschäftsstraßenmanagement“ hat sich insgesamt bewährt und ist aus Sicht der Gewerbetreibenden ein Erfolg. Zur Sicherung der Nachhaltigkeit und Ver selbständigung - im Rahmen der Projektförderung vom Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft gefordert - hat die Stadtverwaltung eine Untersuchung in Auftrag gegeben, die dazu Wege aufzeigen soll. Das Ergebnis soll im Juni/Juli 2012 vorliegen.

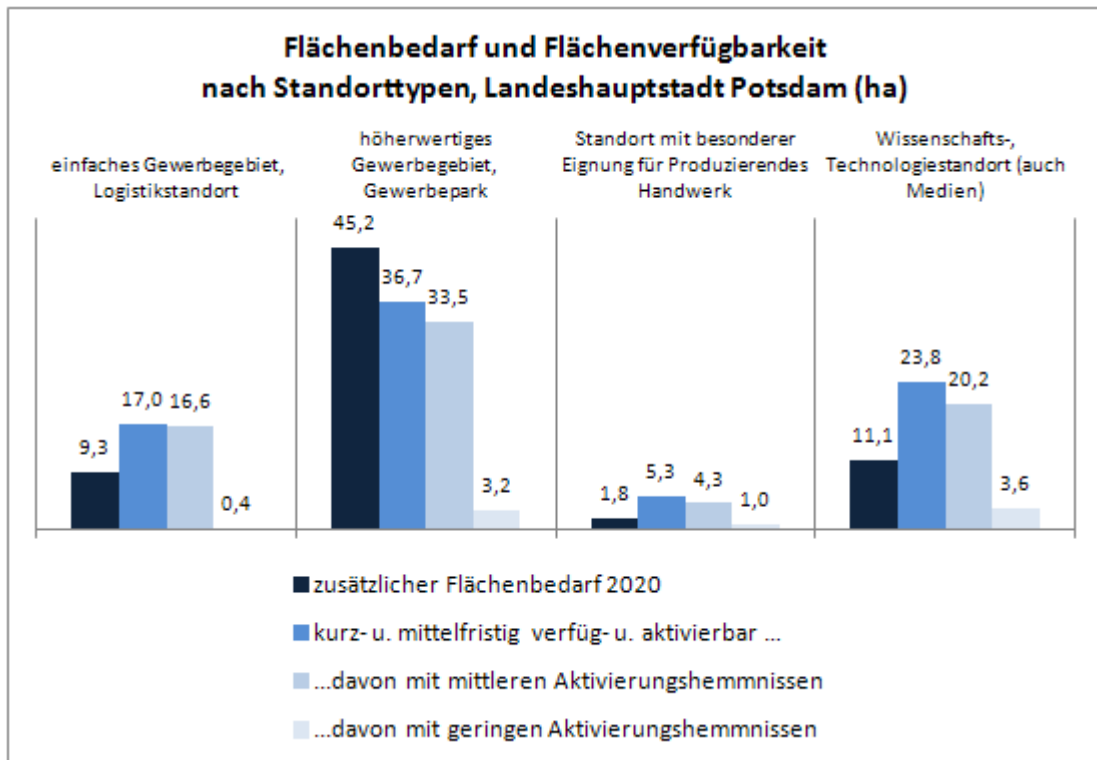
5. Planungen und Projekte im RWK

Gewerbeflächensicherungskonzept der Landeshauptstadt Potsdam

Bis 2020 wird die Zahl der Beschäftigten mit Arbeitsplätzen, die unmittelbar gewerbliche Bauflächen in Anspruch nehmen, in der Landeshauptstadt um rund 5.900 Personen wachsen. Dieser Beschäftigungszuwachs geht einher mit einem zusätzlichen Flächenbedarf von 67,4 ha. In zwei Zahlen zusammengefasst sind das die wesentlichen Ergebnisse umfangreicher Modellberechnungen, die 2009 im Rahmen der Erarbeitung des „Stadtentwicklungskonzeptes Gewerbe“ branchendifferenziert durchgeführt wurden.¹⁶ Um beurteilen zu können, wie groß der tatsächliche, effektive Flächenneubedarf ist, wurde zugleich in einer Vorschau geprüft, welche Gewerbeflächen für eine Nutzung zur Verfügung stehen oder perspektivisch wiedergenutzt werden können. Zu konstatieren ist, dass in Potsdam nahezu alle Flächen, die künftig für eine gewerbliche Nutzung in Frage kommen, mit Aktivierungshemmnissen behaftet sind. 80 Prozent der Flächen weisen mittlere bis hohe Aktivierungshemmnisse auf. Vor diesem Hintergrund wurden Gewerbeflächen erfasst, die sich am ehesten anbieten, den bis 2020 prognostizierten Gewerbeflächenbedarf sichern zu können.

Diese Flächen wurden 2011 eingehend geprüft und bewertet. Die Prüfungen ergaben, dass 40 Flächen mit einer Gesamtgröße von rund 83 ha besonders geeignet sind, in wichtigen Nutzungssegmenten den prognostizierten Gewerbeflächenbedarf in der Landeshauptstadt bedienen zu können, s. Grafik 10.

¹⁶ Vgl. Stadtentwicklungskonzept Gewerbe für die Landeshauptstadt Potsdam, Deutsches Institut für Urbanistik GmbH, Spath + Nagel (GbR), April 2010



Grafik 10

Deshalb sind diese gewerblichen Potenzialflächen für die weitere Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Potsdam essentiell und unverzichtbar. Am 12.04.2012 hat der Oberbürgermeister die „Richtlinie zur Sicherung der Gewerblichen Potenzialflächen der Landeshauptstadt Potsdam“ in Kraft gesetzt. Für die Mobilisierung dieser Gewerblichen Potenzialflächen wurden erste Handlungsempfehlungen gegeben, um das Flächenangebot schrittweise auf die Gewerbeflächennachfrage auszurichten.

Ein erster Schritt ist die Errichtung des „Handwerker- und Gewerbehofes Babelsberg“. Hier werden nachfragegerecht im Stadtgebiet verdichtete Flächenangebote für Gewerbebetriebe im Stadtgebiet entwickelt, um in diesem Segment gravierende Knappheiten infolge eines Marktversagens überwinden zu können (siehe Datenblatt Handwerker- und Gewerbehof Babelsberg).

Fortschreibung des Standortentwicklungskonzeptes

Die Landeshauptstadt Potsdam beabsichtigt ihr Standortentwicklungskonzept aus dem Jahr 2006 fortzuschreiben. Vorgesehen ist, die Konzepterarbeitung im Rahmen der Maßnahme „Erhöhung der Wirksamkeit von EFRE-Interventionen in den RWK 2011-2013“ mit Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE-TH) zu kofinanzieren. Die Leistungsbeschreibung liegt vor und befindet sich in der Abstimmung mit der beauftragten Regiestelle des Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg. Nach erfolgter Ausschreibung und Vergabeentscheidung soll die ca. sechsmonatige Erarbeitung des Konzeptes im dritten Quartal 2012 starten. Im Zuge der Fortschreibung sollen auch die folgenden „Zukunftsthemen“ in den Fokus genommen werden.

6. Zukunftsthemen

Klimawandel und Energie

Ein vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) geführtes Konsortium hat in der Zeit von Januar 2010 bis Ende September 2010 die Klimaschutzstrategie für Potsdam entwickelt. Das integrierte Klimaschutzkonzept wurde mit Hilfe von Fördermitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit finanziert. Die Landeshauptstadt Potsdam hat sich ambitionierte Ziele zum lokalen Klimaschutz gesetzt. Bis zum Jahr 2020 sollen die Kohlendioxidemissionen gegenüber denen des Jahres 2005 um 20 % gesenkt werden, bis 2050 sollen nur noch 2,5t/CO₂ pro Einwohner pro Jahr emittiert werden.

In Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes wurden seitdem zahlreiche Projekte realisiert, genannt seien hier nur das Solardachkataster, die Energiesparberatung und neu im Jahr 2012: Der Potsdamer Klimapreis.

Als wichtigen Schritt zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes legte im Mai 2012 die städtische Tocher Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP) den Entwurf für ein Energiekonzept "Strategie EWP 2020" vor. Die EWP plant drei zentrale Bausteine zum Schutz des Klimas und der dauerhaften und bezahlbaren Sicherung der Versorgung:

- Zukauf von Strom aus Wasserkraft in Kooperation mit österreichischen Partnern
- verstärkte Energieeigenerzeugung durch "Grüne Projekte" in Potsdam, z.B. Wärmespeicher, ein Holzhackschnitzel-Heizkraftwerk, weitere Photovoltaikanlagen, den Bau von Nahwärmesystemen u.a.
- Erweiterung und Verdichtung des Fernwärmenetzes mit Einbindung kleiner Gas- und Dampfkraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung

Zur Finanzierung der "grünen" Projekte in Potsdam will die EWP einen Kundenfonds auflegen, der Potsdamerinnen und Potsdamern die finanzielle Beteiligung an diesen Projekten ermöglicht.

Das Themenfeld „Klimawandel und Energie“ insgesamt bietet Chancen für zukünftige prioritäre Maßnahmen des RWK Potsdam.

- [Städtische Konzepte und Projekte zum Klimaschutz](#)
- [Energie und Wasser Potsdam GmbH](#)

Nachhaltige Mobilität

Der Regionale Wachstumskern Potsdam bietet in großem Maß Arbeitsplätze für die Region, es pendeln aber auch zahlreiche Arbeitnehmer aus Potsdam in das Brandenburger Umland und nach Berlin. Die Einpendlerzahl ist mit fast 46.000 Einpendlern in 2011 nochmals deutlich gestiegen, mehr als 28.000 Beschäftigte pendeln aus Potsdam aus.

Ein wichtiges Verkehrsmittel für die Verbindung mit dem Umland und Berlin ist der schienengebundene Verkehr, also Regionalverkehr und S-Bahn. Innerhalb Potsdams übernimmt der ÖPNV und zunehmend auch der Radverkehr eine wichtige Rolle.

Durch die besondere bauliche stadträumliche Situation Potsdams ist die Steigerung des Kfz-Verkehres kaum möglich, schon heute sind Lärm- und Luftschadstoffbelastung auf Teilabschnitten problematisch. Eine eingeschränkte Mobilität durch überlastete

Straßen behindert nicht nur den privaten Verkehr, auch der Berufsverkehr wird beeinträchtigt. Auf dieses Problem wurde bereits im Standortentwicklungskonzept hingewiesen.¹⁷

Grundsätzliches Ziel der Potsdamer Verkehrspolitik ist es daher, insbesondere für die privaten Verkehre den Anteil des ÖPNV, des Rad- und Fußverkehrs auszubauen und den vorhandenen Verkehr besser zu steuern, z.B. durch die 2012 eingeführte Umweltorientierte Verkehrssteuerung. Dieses dient nicht nur einer besseren Mobilität, es werden auch die Lebensbedingungen in der Stadt verbessert, der Klimaschutz unterstützt und der nötige Wirtschaftsverkehr entlastet.

Um diese Ansätze der nachhaltigen Mobilität auszubauen, hat die Landeshauptstadt Anfang 2012 die Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr vorgelegt. Das Konzept wird aktuell öffentlich diskutiert und soll nach dem Beschluss Handlungsrahmen für die Verkehrspolitik der Landeshauptstadt werden.

→ [Stadtentwicklungskonzept \(STEK\) Verkehr](#)

Projekte und Maßnahmen, welche die nachhaltige Mobilität fördern, könnten auch mit Hilfe der EU-Strukturfonds-Förderung unterstützt werden. Schwerpunkte der kommenden EFRE-Förderperiode 2014-2020 sollen im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung nach den vorliegenden Planungen der EU explizit Klimaschutz und Energie, der nachhaltige Stadtverkehr u.a. sein.

Mögliche Projekte könnten z.B. der Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur (etwa Rad-schnellverbindungen in das Umland, Fahrradparkhaus) die Förderung von Carsharing und Elektromobilität und der Ausbau des Mobilitätsmanagements sein.

Gesundheit und Wohnen

Der demografische Wandel, insbesondere die Zunahme hochbetagter Menschen ist auch in der durchschnittlich jungen Landeshauptstadt Potsdam ein wichtiges Thema. Die aktuellen Prognosen gehen davon aus, dass die Zahl der Menschen über 80 Jahre in Potsdam um etwa 5.000 zunehmen wird. Gleichzeitig wollen immer mehr Menschen möglichst lange in der eigenen Wohnung leben. Zur Unterstützung des selbstbestimmten Lebens im hohen Alter gab es in den letzten Jahren viele Fortschritte, auch zahlreiche Forschungsprojekte entwickeln neue Ansätze. Besonders hervorzuheben sind das Netzwerk „Älterwerden“ und der „Pflegestützpunkt Potsdam“ in dem die Pflegekassen und die Stadt Potsdam fallbezogen zusammenwirken und damit ein zuverlässiges Angebot für Hilfesuchende geben. Die Übersicht über die verschiedenen Hilfsangebote soll weiter verbessert werden.

Grade bei neuen technischen Hilfsmitteln - aber auch Serviceangeboten - muss allerdings die Finanzierbarkeit gesichert werden. Dieses gilt für die Senioren selber, die bestimmte Leistungen von ihren z.T. nur geringen Renten und Pensionen zahlen müssen, aber auch für die Gesundheits- und Sozialsysteme.

Es ist festzustellen, dass mit dem zunehmenden Anteil älterer Menschen auch die Zahl derjenigen zunimmt, die besondere Ansprüche an ihre Wohnungen haben. Diese Ansprüche sind allerdings bei bestimmten Fällen nicht oder nur sehr aufwändig in Bestandswohnungen zu realisieren. Hier sind beispielhaft z.B. günstige rollstuhlgerechte Wohnungen oder besondere Wohnformen wie Wohngemeinschaften für Demenzzranke anzuführen. Das Land Brandenburg ist hier aufgerufen, mit einer zielgenauen Neubauförderung den Bau dieser besonderen Wohnformen zu fördern.

¹⁷ Standortentwicklungskonzept 2006, S. 10 ff. und 33.

Im Juni und Juli 2012 wurden in einem dreitägigen Szenarioworkshop „**Wohnen und Gesundheit in Potsdam. Bürgerversorgung 2025**“ Strategien und Projekte für Potsdam entwickelt. Der Workshop wurde durch die städtischen Gesellschaften Pro Potsdam, das Ernst-von-Bergmann-Klinikum und die Stadtverwaltung finanziert, beteiligt waren u.a. Vertreter der Wohnungswirtschaft, der Krankenhäuser, des Landes, der Krankenkassen, der Pflegedienste, Sanitätshäuser, der Seniorenbeirat, Vertreter des Verkehrsbetriebes und der Stadtverwaltung.

In den nächsten Monaten sollen die Workshop-Ideen durch die unterschiedlichen Partner konkretisiert werden. Die Chancen sind gut, dass dabei eine oder mehrere prioritäre Maßnahmen für den RWK Potsdam entwickelt werden können.

Inesbesondere die Anwendung der Ansätze der Telemedizin bzw. Ambient Assisted Living (AAL) im Bereich der Wohnung sind dabei geeignet, auch innovative Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle aus Potsdam und Brandenburg zu fördern.

→ Laufendes Forschungsprojekt [Smart Senior](#) mit Beteiligung der Pro Potsdam

Bürgerbeteiligung

Die bessere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Potsdamer Politik ist einer der Schwerpunkte der nächsten Jahre. Am 4. Mai 2012 fand eine Veranstaltung zu Zwischenergebnissen und dem Ausblick der zukünftigen Bürgerbeteiligung statt. Etwa 80 interessierte Bürgerinnen und Bürger waren gekommen, um sich über den aktuellen Stand zu informieren und gemeinsam darüber zu diskutieren. Am Ende des Workshops wurden die Ergebnisse an Oberbürgermeister Jann Jakobs, den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Peter Schüler und alle anwesenden Vertreter der Potsdamer Fraktionen übergeben.

Erstes Ziel ist nun die Einrichtung eines "Büros für Bürgerbeteiligung". Unter Berücksichtigung der Vorschläge der Bürgerschaft berät nun noch zunächst die Stadtverordnetenversammlung die konkrete Organisationsform eines solchen Büros. Mit einer Entscheidung wird im Oktober 2012 gerechnet. Die Arbeit eines Bürgerbeteiligungsbüros soll voraussichtlich Anfang 2013 starten.

Es gibt Vorüberlegungen, unter Mitwirkung des Hasso-Plattner-Institutes eine neue Beteiligungsplattform zu entwickeln.

7. RWK-Maßnahmen

Einzelmaßnahmen im Bereich des Potsdamer Niederungsbogens

Das Projekt „Innovative Landeskultur im Potsdamer Niederungsbogen“ wurde 2010 als neue prioritäre Maßnahme angemeldet, der Hintergrund ausführlich dargestellt. Aufgrund der Kleinteiligkeit der Einzelmaßnahmen hat sich der RWK entschieden, diese sinnvollen Maßnahmen fortzuführen, aber auf die Zusammenfassung als prioritäre Maßnahme zunächst zu verzichten.

Zum Stand der Einzelmaßnahmen:

Als Maßnahme des Klimaschutzkonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam wird aktuell mit Fördermitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) eine Machbarkeitsstudie zum Thema „Aktivierung der Klimaschutzfunktion von Niedermoorflächen in der Landeshauptstadt Potsdam“ erarbeitet, der Abschluss ist für Herbst 2012 geplant. In einem integrativen Prozess werden Möglichkeiten aufgezeigt, die die wirtschaftliche Nutzung von klimarelevanten Niederungsflächen für den Bereich der Landeshauptstadt Potsdam abbilden.

Die Landeshauptstadt Potsdam als Mitglied des Vereins für Landschaftspflege Potsdamer Kulturlandschaft e.V. ist eingebunden in dessen, von Seiten des Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (MUGV) geförderten Projektes „Kulturlandplan Wublitzrinne/Golmer Luch“. Das Projekt startete mit Erhalt des Bewilligungsbescheides im Mai 2012 und wird zum Ende des Jahres abgeschlossen sein.

Der Kulturlandplan ist ein Instrument zur Integration von Natur- und Umweltschutzmaßnahmen in die landwirtschaftliche Nutzung. Umgesetzt wird dieses Vorhaben als Pilotprojekt für einen typischen biologisch wirtschaftenden Mittelstandsbetrieb, dessen Flächen sich kreisübergreifend rund um die Wublitz und im Golmer Luch befinden. Hervorgehoben sind dabei die Übertragbarkeit des Vorgehens u.a. bei integriert wirtschaftenden Betrieben.

Aufgrund der Verortung der bewirtschafteten Flächen mit einem hohen Anteil an Niedermoorböden steht das Projekt in direktem fachinhaltlichen Zusammenhang zur Landeskulturentwicklung im Potsdamer Niederungsbogen. Ziel ist eine praktische Instrumentetablierung für den Landnutzer zur betriebsabhängigen Umsetzung und flächenscharfen Qualifizierung von Maßnahmen der o.g. Machbarkeitsstudie. Dazu wird seitens der Landeshauptstadt Potsdam angestrebt, dieses Instrument nach der Pilotphase in die Breite zu tragen und als Weiterentwicklung für landwirtschaftliche Nutzer über den bio-zertifizierten Betrieb hinaus nutzbar zu machen.

Maßnahmenkonkret wird im Niederungsbogen die landschaftsgerechte Herstellung des Steinwerder Damms (Mitteldamm) angestrebt. Diese historische Wegeverbindung steht in direktem Kontext zu forstlichen Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen- „Ökologischer Waldumbau der Pappelforste im Golmer Luch auf Spülflächen der Deponie Golm“. Hier wurde zusammen mit der Forstbetriebsgemeinschaft „Fresdorfer Heide“ und der Unteren Denkmalschutzbehörde der Landeshauptstadt Potsdam zum einen die forstwirtschaftlich nachhaltige Bestockung des ehemaligen Golmer Spülfeldes gesichert. Zum anderen konnten in Zusammenhang mit der Neuanlage und einer kulturhistorischen Detailanalyse strukturelle Landschaftsbeziehungen rekonstruiert werden. Neben dem forstwirtschaftlichen Interesse liegt es nun im Ansinnen der Landeshauptstadt Potsdam diese Landschaft im direkten Erlebniszusammenhang zum Wissenschaftspark Golm über die Herstellung dieser Wegebeziehung erlebbar zu machen.

Nötig ist die fachübergreifende Unterstützung insbesondere bei der historisch-kulturlandschaftlichen Raumanalyse und Maßnahmenumsetzung (ministerienübergreifend MIL-MWFK) und Beförderung der Umsetzungsmöglichkeiten in ländlich geprägten Bereichen auch außerhalb von Förderkulissen der Richtlinien „Integrierte ländliche Entwicklung“ (ILE) und LEADER.

Beispielhaft werden o.g. Unterstützungsbedarfe und damit verbundene Fördermöglichkeiten für die Herrichtung des Steinwerder Damms, der außerhalb des ILE-Fördergebietes liegt und fachübergreifende Interessen abbildet (forstlicher, erholungswirksamer und kulturhistorischer Bezug) deutlich.

Anlage: Prioritäre Maßnahmen / Maßnahmebögen

In den Bögen sind die Änderungen zum Bericht 2011 **markiert**.
Die Seitenzahlen der Bögen ergeben sich aus den Vorlagen der Staatskanzlei.

Beschlossene Maßnahmen

2012	Oberer Bahnsteig Bahnhof Pirschheide (Einbindung in Schienenanbindung Potsdam – Flughafen Berlin Brandenburg)	
2010	Bildungsforum Stadt- und Landesbibliothek und Volkshochschule	
2009	Handwerker- und Gewerbehof Babelsberg	
2008	Schienenanbindung Potsdam – Flughafen Ber- lin Brandenburg mit Einbindung Bf. Griebnitzsee	
	Wassertourismus	
2007	Fachkräftesicherung	
	Projekt „kulturgewinn“	2011 abgeschlossen, kein Maßnahmebogen
2006	Ausbau der L40 zur Anbindung an den Flugha- fen Berlin Brandenburg (BER)	
	Lange Brücke (Straßenbahn-, Rad- und Fuß- gängerbrücke)	2010 abgeschlossen, kein Maßnahmebogen
2005	Umbau des Bahnhofs Golm (Verlegung Bahn- steige, Bau Unterführung)	2008 abgeschlossen, kein Maßnahmebogen

Maßnahmen mit Konkretisierungs- und Prüfungsbedarf

	Innovative Landeskultur (...)	Keine Weiterführung, kein Maßnahmebogen
	Radverkehr / Radtourismus	
	Verlegung L78/L79	
	Verlängerung Wetzlarer Straße	

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	Potsdam		
Titel der Maßnahme	Oberer Bahnsteig Bahnhof Pirschheide (Einbindung in Schienenanbindung Potsdam – Flughafen Berlin Brandenburg)		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
	X		
Beschreibung der Maßnahme	Die schnelle Schienenverbindung Potsdam – BER wurde durch die neue Streckenführung der RB 22 von Potsdam Hbf – Golm – BER in den Landesnahverkehrsplan aufgenommen und ist seit Fahrplanwechsel Dezember 2012 in Betrieb. Vom RWK wird die Einbindung des Bhf. Pirschheide in die neue Führung der RB22 vorgeschlagen.		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	Standortentwicklungskonzept 2006, Maßnahme 1, S.46f. Der Bhf. Pirschheide ist bisher durch die RB 22 an den Flughafen Schönefeld angebunden, wenn auch mit einer Fahrzeit von (mindestens) 44 Minuten. Mit der neuen Linienführung der RB 22 verschlechtert sich diese Anbindung erheblich, da die RB 22 nach bisheriger Planung in Pirschheide durchfährt. Mit der Sparkassenakademie, dem Seminaris-Hotel und dem Luftschiffhafen liegen im direkten Umfeld Einrichtungen, für die eine gute ÖPNV-Anbindung an den Hauptbahnhof, aber auch an den Flughafen BER von großer Bedeutung ist – und die umgekehrt auch von großer Bedeutung für den RWK Potsdam und die Region sind. Die Bedeutung auch für die Region wird mit dem Neubau der großen Sporthalle am Luftschiffhafen noch erheblich zunehmen. Um eine angemessene ÖPNV-Anbindung der Kongresseinrichtungen und der Sporthalle zu erreichen, ist ein Halt der RB 22 in Pirschheide von großer Bedeutung – auch wenn dies die Fahrzeit zwischen dem Hbf und dem Flughafen leicht erhöhen wird. Nötig ist dafür eine Wieder-Inbetriebnahme der oberen Bahnsteige bzw. ein Neubau.		
Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK	Mit einer Verknüpfung der RB 22 und 23 und verschiedener Buslinien am Bahnhof Pirschheide verbessert sich auch die Anbindung von Michendorf und Schwielowsee gegenüber dem Stand des Landesnahverkehrsplanes.		
Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen	Gesamtkosten	Förderbedarf	Eigenanteil
	2,2 Mio. Euro (Schätzung Spreepfan)		
Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)	Der verkehrliche Nutzen der Inbetriebnahme des oberen Bahnsteiges des Bf. Pirschheide – auch für das Umland - wurde durch die Untersuchung der SPV Spreepfan Verkehr GmbH im Auftrag des MIL und des VBB bestätigt, die Untersuchung wurde am 12.05.2011 präsentiert. Es wird eine Steigerung um 7.000 Personenkilometer und 1.200 Umsteigern durch diese Maßnahme angenommen. Die Kosten der Wieder-Inbetriebnahme wurden auf ca. 2,2 Mio. Euro geschätzt.		

Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung	Aufnahme in Landesnahverkehrsplan, möglichst kurzfristige Wieder-Inbetriebnahme Bahnhof Pirschheide (obere Bahnsteige), Einbindung Bahnhof in RB 22.
--	--

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	<i>Potsdam</i>		
Titel der Maßnahme	Bildungsforum Potsdam: Ausstattung Stadt- und Landesbibliothek, Ausstattung und Innenausbau Volkshochschule		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
	X		
Beschreibung der Maßnahme	Konzentration der SLB und der VHS in der Potsdamer Mitte, Sanierung und Umbau des vorhandenen Gebäudes, Ausstattung der SLB und VHS.		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	Standortentwicklungskonzept 2006, Maßnahme 4, S. 53f. Projekt Sanierung und Ausstattung Stadt- und Landesbibliothek sowie Ausstattung Volkshochschule modifiziert und konkretisiert im INSEK 2007, S. 98 ff sowie Antrag EFRE / Nachhaltige Stadtentwicklung.		
Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK	Das Bildungsforum vereint Standorte und Angebote der Stadt- und Landesbibliothek sowie der Volkshochschule „Albert Einstein“. Durch den neuen konzeptionellen Ansatz profiliert sich das Bildungsforum als ein innovativer Ort des lebenslangen Lernens mit regionaler Ausstrahlung. Schon heute liegt der Anteil der Bibliotheksnutzer, die aus dem Brandenburger Umland kommen, bei 22 %. Das sind jährlich rund 3.000 Bürgerinnen und Bürger. Die Neuausrichtung wird zu einer Erhöhung der Umlandnutzung führen. Die Maßnahme „Wissenspeicher“ hat seit Ende Juni 2011 einen neuen Namen. Mit Hilfe eines öffentlichen Wettbewerbes wurden Namensvorschläge für das Gebäude gesucht, in dem zukünftig die Stadt- und Landesbibliothek und die Volkshochschule kooperieren werden. Der neue Name ist „Bildungsforum“, der Name der Maßnahme wird entsprechend angepasst.		
Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen	Gesamtkosten	Förderbedarf	Eigenanteil
	für EFRE-Projekt VHS/SLB: 3,0 Mio. EUR	für EFRE-Projekt VHS: 1,8 Mio. EUR	für EFRE-Projekt VHS/SLB: 1,2 Mio. EUR
Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)	Der Umzug der Volkshochschule ist prioritäres Projekt im Rahmen der EFRE-Förderung / Richtlinie zur Nachhaltigen Stadtentwicklung. Der Förderantrag wurde im Mai 2010 gestellt. Der Zuwendungsbescheid liegt seit dem 20.12.2010 vor, das Projekt ist im Bau. Das Gebäude wird nach dem Einzug der Volkshochschule „Albert Einstein“ und der „Wissenschaftsetage“ im obersten Stockwerk des Gebäudes unter dem Namen „Bildungsforum“ zum innovativen Ort des lebenslangen Lernens. In der „Wissenschaftsetage“ präsentieren sich die Potsdamer und Brandenburger Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen künftig mit Ausstellungen und Veranstaltungen.		
Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung	Unterstützung im Rahmen der EFRE / NSE erfolgt.		

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	Potsdam		
Titel der Maßnahme	Handwerker- und Gewerbehof Babelsberg		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
	X		
Beschreibung der Maßnahme	Mit der Errichtung eines Handwerker- und Gewerbehofes sollen nachfragegerecht Gewerbeeinheiten angeboten werden, um vorhandene Angebotsengpässe und Knappheiten in der Stadt zu überwinden. Durch die Bereitstellung attraktiver, innenstadtnaher Gewerbeflächen und die Nutzung von Synergieeffekten, die im Umfeld der bereits ansässigen Gewerbebetriebe im Gewerbequartier Babelsberg zu erwarten sind, soll vor allem die lokale Wirtschaft gestärkt werden. Zielgruppe sind Verlagerungsfälle aus den Sanierungsgebieten, kleine Handwerks- und Gewerbebetriebe sowie Existenzgründer. Die Maßnahme soll die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen im handwerklichen und gewerblichen Bereich unterstützen.		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	Gewerbehof Babelsberg (Schlüsselmaßnahme 5, Standortentwicklungskonzept, S. 55f. und Anhang S. 73 ff., 14. September 2006)		
Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK	Kleinst- und Kleinunternehmen bilden das Rückgrat der Wirtschaft in Potsdam. Maßnahmen, die zur Sicherung, Stärkung und zum Ausbau dieser kleingewerblichen Strukturen beitragen, haben darüber hinaus einen nicht zu unterschätzenden positiven Einfluss auf Entwicklungen des regionalen Arbeitsmarktes.		
Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen	Gesamtkosten	Förderbedarf	Eigenanteil
	rd. 3,1 Mio. EUR (aktuelle Kalkulation Juni 2012)	1,5 Mio. EUR Nachhaltige Stadtentwicklung/ Stadtentwicklungsfonds 0,4 Mio. EUR Kreditaufnahme durch TGZP (Die ILB prüft auch eine Finanzierung von 1,9 Mio. EUR aus dem SEF. Damit würde die zusätzliche Fremdfinanzierung der TGZP über 0,4 Mio. EUR entfallen.)	1,2 Mio. EUR aus Entwicklungsmaßnahme Babelsberg* Grundstück aus Treuhandvermögen (8.732m ²)
Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)	* Mit Schreiben vom 17.09.2009 hat das Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) den Antrag der Landeshauptstadt zur Anerkennung der Maßnahme „Handwerker- und Gewerbehof Babelsberg“ als teilweise entwicklungsbedingte Maßnahme und damit der anteiligen Finanzierung aus dem Treuhandvermögen der Entwicklungsmaßnahme Babelsberg nach Zustimmung des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung (MIR) befürwortet. Die Zustimmung erfolgte dem Grunde nach und in Höhe der von der Landeshauptstadt beantragten Förderung bis zu einer Höhe von 50 Prozent der Gesamtkosten gemäß B.4.2.6 der Förderrichtlinie für Stadtentwicklung vom 07.04.2003. Zeitplan: <ul style="list-style-type: none"> Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam am 2. Juni 2010 (Vorlage 10/SVV/0357): „Errichtung und Betreibung eines Handwerker- und Gewerbehofes Babelsberg“ (13 Gewerbeeinheiten mit je 200 m² Gewerbehallen plus 200 m²) 		

	<p>Freifläche) durch die Technologie- und Gewerbezentren Potsdam GmbH (TGZP) . Das zu bebauende städtische Grundstück wird aus dem Treuhandvermögen der Entwicklungsmaßnahme Babelsberg als Sacheinlage an die TGZP übertragen und in die Kapitalrücklage der Gesellschaft eingestellt.</p> <ul style="list-style-type: none"> • 09/2010 Aufgabenstellung und Auswahlgespräche mit den Architekturbüros • 10/2010 Antragstellung beim LBV durch die TGZP zur Förderung aus dem Programm SEF • 11/2010 Aufsichtsratsbeschluss der TGZP GmbH • 12/2010 Beschluss der Gesellschafterversammlung der TGZP GmbH • 03/2011 Architektenauswahl nach Bewertung der Entwürfe einschließlich Kostenberechnung (DIN 276, KG. 100-700) und Berechnung der Grundfläche und Rauminhalte (DIN 277) • 05/2011 Beauftragung des Architekten • 06/2011 Bereitstellung der Unterlagen zwecks Entscheidung über die Mittelvergabe aus dem Stadtentwicklungsfonds durch die ILB • 07/2011 Aus dem Baugrundgutachten ergeben sich Probleme und damit erhöhte Anforderungen das Fundament und die Versorgung mit den entsprechenden Medien. Das führte zu Verzögerungen und Erhöhung der Baukosten • 08/2011 Versandt überarbeiteter Antrag SEF an die ILB durch die TGZP • 10/2011 Entwurf über einen dreiseitigen Vertrag über die: Errichtung und den Betrieb des HGBa zwischen Landeshauptstadt Potsdam, Stadtkontor GmbH und TGZP GmbH, sowie einen Fördervertrag zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und der TGZP GmbH gemäß Nr. B.4.2.6. der Förderrichtlinie zur Stadtentwicklung vom 7.4.2003 in Verbindung mit der Städtebauförderrichtlinie des MIR vom 9.7.2009 • 12/2011 Ergebnis der baufachlichen Antragsprüfung vom BLB • ab 12/2011 Einholung von Finanzierungsangeboten der Fremdmittel von Finanzinstituten • 06/2012 Entscheidung zur Finanzierung der Fremdmittel • 08/2012 Abschluss der Verträge Fördervertrag, Grundstücksübertragung, Finanzierung • 09/2012 Erarbeitung Baugenehmigung • 12/2013 geplante Fertigstellung des Handwerker- und Gewerbehofes
<p>Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung</p>	<p>Unterstützung bei der Mittelvergabe aus dem Programm NSE - Stadtentwicklungsfonds</p>

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	Potsdam		
Titel der Maßnahme	Schienenanbindung Potsdam – Flughafen Berlin Brandenburg (BER)		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
	X		
Beschreibung der Maßnahme	Die schnelle Schienenverbindung Potsdam – BER wurde durch die neue Streckenführung der RB 22 von Potsdam Hbf – Golm – BER in den Landesverkehrsplan aufgenommen und ist seit Fahrplanwechsel Dezember 2012 in Betrieb. Vom RWK vorgeschlagen wird darüber hinaus ein Beginn der RB 22 ab Bhf. Griebnitzsee und der Zwischenhalt am Bhf. Pirschheide.		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	Standortentwicklungskonzept 2006, Maßnahme 1, S.46f. Die Ableitung für den Bahnhof Pirschheide ist auf einem gesonderten Maßnahmebögen dargestellt.		
Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK	Mit einer Einbindung des Bhf. Griebnitzsee kann ein entscheidender Beitrag zur Verbesserung der Verbindung zwischen Griebnitzsee und Golm geleistet werden, s. „Wissenschaftsbahn“. Vom Bf. Griebnitzsee werden bedeutende Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorte erschlossen, v.a. die Uni mit dem HPI und die Medienstadt Babelsberg. Eine direkte Flughafen-Anbindung würde für die international aufgestellten Unternehmen und Einrichtungen an den Standorten (u.a. RBB, Studio Babelsberg, Filmpark, UFA-Grundy etc.) eine Standortaufwertung und einen wichtigen Entwicklungsimpuls für die Medienstadt, u.a. für die Fachkräftesicherung bedeuten, auch in der Konkurrenz zu Berliner Standorten wie Adlershof. Die Einbindung des Bhf. Griebnitzsee verbessert auch die Erreichbarkeit aus der Region.		
Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen	Gesamtkosten	Förderbedarf	Eigenanteil
Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)	Die Umsetzung ist im Dezember 2012 erfolgt, allerdings bisher ohne die Einbindung der Bf. Griebnitzsee und Pirschheide. Auf Anfrage des RWK an die Deutsche Bahn nach der weiteren Zeitplanung erhielt der RWK per Email vom 23.05.2012 von Herrn Grassow, Regionalbereich Ost, Vertrieb und Fahrplan (I.NM-O), Teamleiter Entwicklungen und Konzepte, DB Netz AG folgende Antwort: (...) „Das Land Brandenburg fungiert als Aufgabenträger für den SPNV (Schienenpersonennahverkehr) und legt die wesentlichen Eckpunkte des SPNV-Angebotes im Land fest. Die geplante Errichtung eines zweiten Regionalbahnsteigs in Griebnitzsee steht in Verbindung mit dem bisherigen Wunsch des Landes, ab dem Fahrplanwechsel im Dezember 2012 von Montag bis Freitag tagsüber (ca. 07 bis 18 Uhr) zwischen Potsdam und Berlin Friedrichstraße das Regionalverkehrsangebot zu verdichten. Zusätzlich zu den unverändert im 30-Minutentakt verkehrenden Zügen der Linie RE 1 war geplant, die in Griebnitzsee endenden und jeweils im 1-Stundentakt verkehrenden Züge der Linien RB 21 (von und nach Wustermark) bzw. RB 22 (von und nach Golm / Flughafen Berlin-Schönefeld bzw. künftig BER) nach Berlin Friedrichstraße zu verlängern. Hiermit wäre das Angebot an Regionalbahnen zwischen Potsdam und Berlin tagsüber von zwei auf vier Züge je Stunde und Richtung verdichtet worden. Dabei war vorgesehen, den Bahnhof Griebnitzsee zunächst nur in der Fahrtrichtung Potsdam - Berlin zu bedienen, da nur in dieser Richtung ein Bahnsteig ohne das Kreuzen des Gleises der Gegenrichtung genutzt werden kann. Der Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg, Herr Vogelsänger, hat am 23.04.2012 mitgeteilt, dass mit Wirkung zum		

	<p>Fahrplanjahr 2013 (ab Fahrplanwechsel 12/2012) aus verschiedenen Gründen Veränderungen an der Angebotsgestaltung vorgenommen werden müssen. Nach den bisherigen Abstimmungen mit dem Land Brandenburg gehen wir davon aus, dass von diesen Anpassungen auch die Linien 21 und 22 betroffen sein werden; im Ergebnis rechnen wir damit, dass nur einzelne Zugpaare (voraussichtlich vier) in der Früh-HVZ von Potsdam Griebnitzsee nach Berlin verlängert werden. Das Land hat uns mitgeteilt, dass es unverändert ein großes Interesse daran hat, die vollständige Taktverdichtung Potsdam - Berlin baldmöglichst zu erreichen. Nach Möglichkeit soll diese bereits zum Fahrplanwechsel im Dezember 2013 erfolgen. Eine verbindliche Aussage hierzu kann das Land aber derzeit nicht treffen.</p> <p>Die Planungen zur Errichtung des zweiten Bahnsteigs in Potsdam Griebnitzsee werden durch unser Schwesterunternehmen, die DB Station&Service AG derzeit unverändert vorangetrieben. Eine Fertigstellung der zusätzlichen Bahnsteigkante könnte im Laufe des Jahres 2014 erfolgen. Die Fortführung unserer Arbeiten setzt aber voraus, dass das Land an seiner früheren Bestellplanung für die Linien 21 und 22 festhält. Wir befinden uns zu diesem Thema mit dem Land in einem kontinuierlichen Kommunikationsprozess.“</p>
Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung	<p>Der RWK fordert eine möglichst zeitnahe Fertigstellung des zweiten Bahnsteiges und damit Einbindung des Bf. Griebnitzsee in den neuen RB 22 sowie das Festhalten an der geplanten Taktverdichtung zwischen Berlin-Friedrichstraße und Golm Mo. - Fr. mindestens zwischen 7 und 18 Uhr. Eine Verdichtung lediglich am frühen Morgen und eine Beibehaltung des Taktes in den übrigen Zeiten wird der Bedeutung der Linie (auch zur Verbindung der Hochschulstandorte) und der Standortentwicklung Golms und der Medienstadt nicht gerecht.</p>

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	Potsdam		
Titel der Maßnahme	Wassertourismus		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
	X		
Beschreibung der Maßnahme	Umsetzung „Uferwegekonzept Potsdam“: Beabsichtigt ist durch die stufenweise Umsetzung des „Uferwegekonzept Potsdam“ die landseitige öffentliche Infrastruktur weiterzuentwickeln. Städtetouristen in Potsdam sollen dadurch die besondere Wasser- und Insellage der Stadt erleben und u.a. auch an wassertouristische Nutzungen herangeführt werden.		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	Schlüsselprojekte, Maßnahme 6 „Touristisches und kulturelles Management Region Potsdam – Marketing und Vorbereitung touristischer Infrastrukturprojekte“ (Standortentwicklungskonzept, S. 57, 14. September 2006) „Wassertourismus - Weiterentwicklung der wassertouristischen Infrastruktur zur Intensivierung der land- und wasserseitigen touristischen Vernetzung“ (Umsetzung der Schlüsselmaßnahmen, Bericht an die Interministerielle Arbeitsgruppe Aufbau Ost (IMAG), S. 25 ff., Juni 2008)		
Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK	Die Weiterentwicklung der land- und wasserseitigen touristischen Basisinfrastruktur im RWK trägt nachhaltig zur Qualifizierung der Angebotssituation bei, die im regionalen Maßstab zu einer besseren Ausschöpfung touristischer Potenziale beitragen soll.		
Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen	Gesamtkosten	Förderbedarf	Eigenanteil
	„Uferwegekonzept“ Uferwegabschnitt Nuthepark – Vorderkappe 2.700.000 EUR Teilabschnitt M2 Havelbucht / Auslaufbauwerk Yachthafen 685.226,61 EUR	„Uferwegekonzept“ Uferwegabschnitt Nuthepark – Vorderkappe 2.000.000 EUR (EFRE NSE) Teilabschnitt M2 Havelbucht / Auslaufbauwerk Yachthafen 478.100 EUR	„Uferwegekonzept“ Uferwegabschnitt Nuthepark – Vorderkappe 666.000 EUR Teilabschnitt M2 Havelbucht / Auslaufbauwerk Yachthafen 207.126,61 EUR
Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)	Uferwegabschnitte Nuthepark – Vorderkappe (INSEK) (entspricht Teilabschnitte M4 Speicherstadt und M5 Wasserwerk lt. Statusbericht 2009) Der Antrag auf Gewährung von Zuschüssen im Rahmen des EFRE Nachhaltige Stadtentwicklung wurde mit Datum vom 06. Mai 2010 gestellt. VOF-Verfahren für Planungsleistungen Freianlagen einschl. Wasserbau zur Vervollständigung der Antragsunterlagen wurde im Juni 2011 abgeschlossen. Gesamtkosten: 2.700.000,00 EUR Beantragter Zuschuss: 2.000.000,00 EUR Eigenmittel: 666.000,00 EUR. Realisierung des Vorhabens im Zeitraum 2011 bis 2013: Teilabschnitte: A Neue Fahrt ab Nuthepark bis einschließlich Unterführung Lange Brücke / B Speicherstadt / C Wasserwerk II bis Leipziger Str. Abschnitt A und 1. Teilabschnitt B Vorgezogener Maßnahmenbeginn wurde beantragt, Fertigstellung im Herbst 2013 geplant. 2. Teilabschnitt B und C ab endgültiger Klärung der Förderfähigkeit möglich, Fertigstellung bis Ende 2013 vorgesehen.		

	<p>Teilabschnitt M1 Villa Karlshagen Die Fertigstellung des Bauvorhabens erfolgte im September 2010. Der Verwendungsnachweis (Förderung durch EFRE Nachhaltige Stadtentwicklung) wurde im April 2011 bei der InvestitionsBank Brandenburg eingereicht.</p> <p>Teilabschnitt M2 Havelbucht / Auslaufbauwerk Yachthafen Der Förderantrag der Landeshauptstadt Potsdam (Bereich Grünflächen) auf Gewährung eines Zuschusses aus Mitteln des Programms zur Förderung der wirtschaftsnahen kommunalen Infrastruktur im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“-GRW (GRW-I) für die „Umgestaltung des Uferweges Neustädter Havelbucht“ wurde von der ILB mit Schreiben vom 24.02.2011 für den Zeitraum vom 24.02.2011 bis 30.06.2014 (Bewilligungszeitraum) bewilligt. Das Vorhaben ist vom 01.01.2011 bis 31.12.2012 durchzuführen (Investitionszeitraum). Gesamtkosten: 685.226,61 EUR Zuwendung: 478.100,00 EUR (80% der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben in Höhe von 597.633,00 EUR) Eigenanteil: 207.126,61 EUR (20% der zuwendungsfähigen Ausgaben zuzüglich der nicht zuwendungsfähigen Mehrausgaben) Das Vorhaben soll bis zum 31.12.2012 in folgenden Etappen realisiert werden: Planung 2011 / Kampfmittelbeseitigung Januar 2012 / Baumfällung Februar 2012 / Ausschreibung März 2012 / Vergabe Mai 2012 / Baubeginn Mai 2012 / Baufertigstellung Dezember 2012. Teilabschnitte M3 Hinzenberg und M6 Hermannswerder Wegen fehlender Eigenmittel bis nach 2013 zurückgestellt.</p>
<p>Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung</p>	<p>Bewilligung des vorliegenden Förderanträge zu den Maßnahmen: Uferwegabschnitt Nuthepark – Vorderkappe (EFRE Nachhaltige Stadtentwicklung)</p>

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	Potsdam		
Titel der Maßnahme	Fachkräftesicherung		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
	X		
Beschreibung der Maßnahme	Wichtige Arbeitsmarktakteure haben sich in der Landeshauptstadt Potsdam im Netzwerk „Fachkräfteforum Potsdam“ zusammengeschlossen. Sie verfolgen das Ziel, mit gemeinsamen Maßnahmen, einer verstärkten Bündelung von Initiativen sowie der Entwicklung von Angeboten und Strategien weitere Ressourcen zur Sicherung des Fachkräftebedarfes in der Region zu erschließen.		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	Standortstärkung Medienstadt: Fachkräftesicherung und Clustermanagement (Schlüsselmaßnahme 9, Standortentwicklungskonzept, S. 63, 14. September 2006.)		
Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK	Die Einleitung von Maßnahmen zur Fachkräftesicherung und die Erhöhung ihrer Wirksamkeit auf der Grundlage eines abgestimmten Handelns zwischen den Akteuren und gemeinsam entwickelten Konzepten für den RWK bewirken die qualitative und quantitative Stärkung des Faktors Arbeitskräfte und erhöhen dadurch die Attraktivität und Anziehungskraft des Wirtschaftsstandortes und der Wirtschaftsregion, unter Verweis auf die Verflechtungen und Funktionsteilungen in der Region.		
Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen	Gesamtkosten	Förderbedarf	Eigenanteil
Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)	<p>Die Bewertung von Netzwerkaktivitäten, die Notwendigkeit der Anpassung von thematischen Schwerpunkten und die Organisation der Netzwerkarbeit waren Gegenstand einer Befragung der Netzwerkakteure im Fachkräfteforum Potsdam im ersten Quartal 2012. Die Ergebnisse der Interviews werden die Beteiligten in Kürze gemeinsam beraten, um die Netzwerkarbeit, ausgehend von den Zielstellungen, weiter zu qualifizieren.</p> <p>Nachfolgende Maßnahmen zeigen exemplarisch, dass es im Berichtszeitraum in Potsdam vielfältige Angebote und Maßnahmen zum Thema Fachkräftesicherung in der Region gab, die quantitativ und qualitativ den Anforderungen entsprachen und von den Partnern im Fachkräfteforum mit hoher fachlicher Kompetenz vorbereitet und durchgeführt wurden (weitere Informationen auch unter: www.potsdam.de/fachkraefteforum):</p> <p>Im Rahmen der Märkischen Bildungsmesse präsentierten sich mit der <i>Agentur für Arbeit Potsdam</i>, der <i>Handwerkskammer Potsdam</i>, der <i>IHK Potsdam</i>, der <i>LASA Brandenburg GmbH</i> und dem <i>Unternehmerverband Brandenburg e.V.</i> vier Vertreter aus dem Fachkräfteforum Potsdam, um Bildungsinteressierte zu beraten. Veranstalter der Messe sind die Regionalen Weiterbildungsbeiräte der Städte Potsdam und Brandenburg sowie der Landkreise Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming. An der Messe am 30. und 31. März 2012 in Potsdam haben 138 Ausstellern teilgenommen.</p> <p>Am 28. März 2012 fand die diesjährige JOBinale statt. Über 2.000 Jugendliche unter 25 Jahren waren eingeladen, die größte Job- und Ausbildungsmesse der Region in der Potsdamer Waschhaus-Arena in der Schiffbaugasse zu besuchen. Hier konnten sie sich über mehr als 200 konkrete Arbeits- und</p>		

Ausbildungsplätze informieren. 60 ausstellende Ausbildungsbetriebe und Arbeitgeber standen dabei als kompetente Gesprächspartner zur Verfügung. Die JOBinale hat sich im Veranstaltungskalender der Region fest etabliert und findet jährlich statt. Die neunte Auflage dieser Messe – Veranstalter sind die die *Agentur für Arbeit Potsdam* gemeinsam mit den *Jobcentern in der Landeshauptstadt Potsdam*, der Stadt Brandenburg an der Havel und im Landkreis Potsdam-Mittelmark - ist Ausdruck für den Erfolg dieses Veranstaltungsformats und der regionalen Zusammenarbeit bei der Fachkräftesicherung. Bereits heute liegen Anmeldungen für die JOBinale 2013 vor.

Am 6. Februar 2012 begann die 5-wöchige Tour des **Lehrstellenmobils der Agentur für Arbeit Potsdam** durch den Agenturbezirk. Unter dem Motto „Lehrstellenmobil – Wir bringen die Jobs an Deine Schule“ besuchten die Berufsberater und Arbeitsvermittler mit 444 regionalen Ausbildungsplätzen im Gepäck insgesamt 1.800 Zehntklässler an 31 Schulen. Die Potsdamer Arbeitsagentur hat das Projekt 2010 initiiert. Es wurde mehrfach „kopiert“, ist in dieser Form aber bundesweit einzigartig. Die Aktion Lehrstellenmobil fand bereits im dritten Jahr statt, mit wachsendem Erfolg. 2011 nahmen 1.600 Zehntklässler an 28 Schulen teil, 2010 waren es 1.200 Schüler an 19 Schulen.

Im Rahmen der Berufsorientierung unterstützt die *Handwerkskammer Potsdam* auch 2011/2012 mit zahlreichen Aktivitäten die zukünftigen Auszubildenden. Einen Überblick zu den vielfältigen Ausbildungsmöglichkeiten im Handwerk können Schüler aller Schulen im Rahmen der traditionellen **Schülerwochen im Zentrum für Gewerbeförderung der Handwerkskammer in Götz** erhalten. 2011 nutzten diese Möglichkeit 315 Schüler, seit 1998 waren es mehr als 12.400 Schüler. Im Frühjahr 2012 wurde mit den Partnerschulen, wie der Käthe-Kollwitz Oberschule Potsdam, inhaltlich ein neues Konzept erarbeitet. Außerdem konnte die Handwerkskammer mit 13 Schulen **Kooperationsverträge** abschließen. Hierbei verpflichtet sich die Handwerkskammer mit Schülern der 8. Klasse Potenzialanalysen zum Arbeits- und Sozialverhalten durchzuführen. Danach probieren sich die Schüler zwei Wochen lang in vier Ausbildungsberufen bei praktischen Übungen in den Werkstätten des Zentrums für Gewerbeförderung aus. 2011 konnten diese Möglichkeiten rund 500 Schüler nutzen, 2012 werden es 700 sein. Diese Aktivität wird im Rahmen des **Bundesprogramms „Entdecke deine Möglichkeiten“** gefördert.

Am 20. Oktober 2011 startete die Handwerkskammer als erste Kammer der neuen Bundesländer mit der kostenlosen **App „Lehrstellenradar“**. Diese mobile App bietet Jugendlichen, Berufsberatern, Lehrern und Eltern bundesweit einen einfachen Zugang zu freien Lehrstellen und Praktikumsplätzen aus dem Datenbestand der Handwerkskammer Potsdam.

Während der Ausbildung konnten 2011 im Rahmen des EU-Projekts „Handwerk mobil – Chance Europa“ vierzehn Lehrlinge einen Teil ihrer **Ausbildung im Ausland** absolvieren. Organisiert wurden die Ausbildungswochen durch die Mobilitätsberaterin der Handwerkskammer mit Mitteln aus dem europäischen LEONARDO DA VINCI-Programm.

Im Rahmen der bundesweiten **Weiterbildungstage der IHK** hat sich auch die die *Industrie- und Handelskammer (IHK) Potsdam* mit ihrer Weiterbildung im Rahmen von Aktionstagen am 11. und 12.03.2011 vorgestellt und an diesen Tagen kostenlose Beratungen und Informationen rund um das Thema Weiterbildung angeboten. Neben der Möglichkeit, sich individuell über Lehrgangs- und Seminarangebot zu informieren, wurde allen Bildungsinteressierten ein umfangreiches Rahmenprogramm mit Vorträgen, Schnupperunterricht und persönlichen Einstufungen angeboten. Interessierte konnten sich darüber hinaus Tipps zu Fördermöglichkeiten, wie zum Beispiel zum Bildungsschecks und zum Meisterbafög, geben lassen.

Am 05.04.2011 veranstaltete die IHK Potsdam die **Fachtagung „Synergien zur perspektivischen Fachkräftesicherung IV (Bildungswege und Übergänge optimieren)“** mit dem Ziel, im Rahmen dieser Kooperationsveranstaltung, den Erfahrungsaustausch zwischen Akteuren aus Bildung, Politik und Wirtschaft anzuregen und Impulse für neue Kooperationen zu geben.

Der **„Zukunftstag für Mädchen und Jungen“** am 14.04.2011 in der IHK Potsdam richtete sich wieder an Schülerinnen und Schüler mit einem umfangreichen Veranstaltungsprogramm im Themenfeld Berufsausbildung und Ausbildungsplatzfindung.

Zur Ausbildungsplatzvermittlung von unversorgten Altbewerber und Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 10,12 und 13 veranstaltete die IHK Potsdam am 20.04.2011 ihre **„Last-Minute-Lehrstellenbörse“** mit Beratungsangeboten zu Ausbildungsstellen, Berufsbilder und allgemeiner Berufsorientierung.

Potsdam ist eine wachsende Stadt. Fachkräfte treffen Ihre Arbeitsplatzentscheidung nicht zuletzt vor dem Hintergrund der vorhanden sozialen Infrastruktur. „Gibt es einen Kita-Platz, damit mein Partner seine berufliche Karriere fortsetzen kann?“ Ähnliches gilt für Alleinerziehende: Um das Fachkräftepotential von Allerziehenden nutzen zu können, müssen die Kinder mit einem Betreuungsangebot versorgt sein. Von der Beantwortung dieser Fragen hängt immer öfter

auch die Entscheidung zum Lebensmittelpunkt ab. In Potsdam werden in den nächsten Jahren rund 800 neue Kitaplätze und die dafür entsprechende Anzahl von Erzieherinnen benötigt. Daher fördert das *Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam* gemeinsam mit zwei Anbietern die **Qualifizierung von 30 Arbeitslosengeld II-Berechtigten zu Erzieherinnen und Erziehern** auf der Grundlage der entsprechenden Richtlinie des Landes Brandenburg. Sie sieht eine Qualifizierung innerhalb von zwei Jahren vor, die ausschließlich im Land Brandenburg anerkannt wird mit der Möglichkeit, in diesem Bundesland dann als Erzieherin bzw. Erzieher zu arbeiten.

Auf Grundlage der Erfahrungen aus dem Projekt „**Campus der Generationen**“ wird im Jahr 2012 an der *Universität Potsdam* ein Projekt zum transnationalen Erfahrungsaustausch im Bereich des lebenslangen Lernens durchgeführt. Im Rahmen des Austausches mit etablierten Einrichtungen des lebenslangen Lernens an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck (Österreich) und der Zuyd University of Applied Sciences Limburg (Niederlande) soll ein Leitfaden für **Aufbau und Etablierung eines Service Centers für lebenslanges Lernen an der Universität Potsdam** entstehen. Langfristig sollen hier die vielfältigen akademischen Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote für die unterschiedlichen Zielgruppen gebündelt werden (von Angeboten für Kinder und Schüler bis zu berufstätigen Absolventen und Senioren). Darüber hinaus soll durch die Beobachtung des Weiterbildungs- und Arbeitsmarktes sowie entsprechender Analysen zielgruppengenaue und bedarfsgerechte Angebote (entsprechend des Fachkräftebedarfes) geschaffen werden. Gleichzeitig soll eine Strategie zur Anerkennung von Lern- und Arbeitsleistungen in der universitären Weiterbildung (Durchlässigkeit) implementiert werden.

Das **Förderprojekt „Erfahrung anerkennen – Voraussetzung für einen akademischen Abschluss schaffen“** des *BIEM e.V. unter wissenschaftlicher Leitung von Prof. Dr. Dieter Wagner* will angehenden und aktiven Führungskräften aus Brandenburg ohne einen vollständigen akademischen Hintergrund den Zugang zum betriebswirtschaftlichen Studium in Brandenburg öffnen. Dazu ist vor allem die Anerkennung und Anrechnung der Kompetenzen der Führungskräfte sinnvoll, welche diese bereits im Berufsalltag und bei Weiterbildungen erworben haben. Der innovative Kern des Projektes besteht in der systematischen Analyse der Bildungsbedarfe und Anrechnungspotentiale in der Region und einer daran anschließenden Entwicklung von nachhaltigen Bildungsangeboten. Hervorzuheben ist hierbei das Angebot des „Bachelor-Coaching“, welches exzellenten Absolventen der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie (VWA) Potsdam ein durch Anrechnung verkürztes und berufsbegleitendes Studium zum Bachelor Betriebswirtschaft an der Universität Potsdam ermöglicht.

Im Jahr 2011 organisierte die *transfer media gGmbH* umfangreiche **Maßnahmen zur Fachkräftesicherung im Bereich Film und Fernsehen**. Die insbesondere für den Medienstandort Babelsberg wichtige Branche befindet sich derzeit in einem gewaltigen technologischen Umbruchprozess. Neue Sendeformate (HD) und neue Produktionsprozesse (filebasiert) verlangen von den Fachkräften ein radikales Umdenken und eine teilweise vollständige neue Ausgestaltung des eigenen Berufsbildes. Die *transfer media* organisierte dazu ein umfangreiches Bildungsprogramm, gab Fachpublikationen heraus und veranstaltete am Medienstandort Babelsberg strategische Fachgespräche zum Thema unter dem Label „Film meets IT“. Es gelang auf diese Weise, mehrere 100 Personen weiterzubilden und so für die gewachsenen und sich verändernden Ansprüche an Fachkräfte aus der Branche fit zu machen.

Experten gehen davon aus, dass 80 Prozent aller in Wirtschaft und Verwaltung getroffenen Entscheidungen auf Geoinformationen basieren. In Berlin und Brandenburg gibt es ca. 2.000 Unternehmen, die mehr oder weniger direkt in der Geoinformationswirtschaft arbeiten. Sie erfassen, verarbeiten und veredeln Geodaten, aus den dann Produkte, Anwendungen und Dienste entstehen. Rund 10.000 Unternehmen und eine große Anzahl von Behörden und öffentlichen Verwaltungen sind direkte oder indirekte Nutzer und Anwender dieser Geoinformationen und GI-Software. Damit steigen automatisch Anforderungen an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, weil sie über (Grund-) Kenntnisse verfügen müssen, um Geoinformationen im Arbeitsprozess integrieren und nutzen zu können. Deshalb ist es aus Sicht des Verbandes GEOkomm und der Mitglieder des Fachkräfteforums notwendig, eine „**Fachkräftebedarfsanalyse**“ in der Branche **Geoinformationswirtschaft** durchzuführen. Der zeitliche Rahmen der Untersuchung, die vom *Regionalbüro Fachkräftesicherung West-Brandenburg der LASA Brandenburg GmbH* durchgeführt wird, erstreckt sich vom 01.07.2012 bis zum 31.04.2013.

Mit dem **Regionalbudget Potsdam** wirbt die *Landeshauptstadt* Fördermittel ein und verfolgt dabei drei Ziele: 1.) die soziale Eingliederung von Langzeitarbeitslosen verbessern; 2.) die Vermittlungschancen von Leistungsempfängern auf dem Arbeitsmarkt erhöhen; 3.) Kooperationen sowie Netzwerke zwischen den beteiligten Akteuren aufbauen. Über einen mittelfristigen Zeitraum und mit der entsprechenden Qualifizierung der Teilnehmenden sind dadurch auch Effekte der Fachkräftesicherung erreichbar.

Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung	
---	--

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	Potsdam		
Titel der Maßnahme	Ausbau der L40 zur Anbindung an den Flughafen Berlin Brandenburg (BER)		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
	X		
Beschreibung der Maßnahme	Ziel ist es, zusätzlich zu den Verbesserungen des Verkehrsflusses an den Kreuzungsbereichen und Anbindungen die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs, vor allem durch behindertengerechte Haltstellen und Anbindungen, zu erhöhen. Neben dem Straßen-, Gleis- und Fahrleitungsbau erfolgt der grundhafte Ausbau der bestehenden Humboldtbrücke, ein Brückenneubau einschließlich der Stütz- und Lärmschutzwände und die Verlegung der Straßenbahn in Seitenlage. Die Maßnahme wird in mehreren Abschnitten realisiert.		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	Standortentwicklungskonzept 2006, Maßnahme 1, S. 46f. Die Maßnahme ist eine Teilausbaustufe zur Realisierung der geplanten Bundesstraßenführung in der Stadt Potsdam.		
Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK	Eine Verbesserung des Verkehrsflusses und der Verkehrssituation entlang der Nuthestraße für alle Verkehrsteilnehmer erhält auch im Hinblick auf die zukünftige verkehrliche Erschließung zum Flughafen Berlin Brandenburg (BER) besondere Bedeutung. Von der Maßnahme profitiert die gesamte Region südlich Berlins. Die Baumaßnahme ist im Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau der L 40 zu sehen. Das Projekt verbessert die Verkehrssituation im RWK und wirkt unterstützend auf andere Schlüsselprojekte.		
Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen	Gesamtkosten	Förderbedarf	Eigenanteil
	1.NA: 32,5 Mio € (brutto) 2.NA: 22,8 Mio € (brutto)* *in den Gesamtkosten ist der Bauabschnitt 2.2 A enthalten	1.NA: 17,3 Mio € 2.NA: 13,9 Mio €** **im Förderbedarf ist der Bauabschnitt 2.2 A enthalten	1.NA: 19,4 Mio € 2.NA: 8,9 Mio €*** ***im Eigenanteil ist der Bauabschnitt 2.2 A enthalten
Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)	Der NA 1 (Nutzungsabschnitt, stadtauswärtige Fahrbahn) hat im Nov. 2006 begonnen und wurde 2010 beendet. Durch internen Finanzausgleich zwischen den AG VIP, Stadtwerke und LHP konnte der finanzielle Mehrbedarf, der nicht durch Fördermittel ausgeglichen wurde, gegenfinanziert werden. Mit der Bestätigung des Haushaltsplanes 2011 wurde durch die Stadtverordnetenversammlung ein haushaltsbegleitender Beschluss gefasst, Maßnahmen zum Weiterbau der L40 zu ergreifen. Der Bauabschnitt 2.2A läuft seit 2010 und wird im August 2012 abgeschlossen. Für den Bauabschnitt 2.2B wurden 22,062 Mio. Euro Haushaltsmittel bewilligt. Die Ausführung der Bauarbeiten ist für den Zeitraum 2012 bis 2015 geplant. Die Leistungen des Bauabschnitts 2.2B, Teil 1 sind am 08.02.2012 submittiert worden. Die Auftragserteilung erfolgt voraussichtlich im Spätsommer 2012.		

Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung	Eine Einigung zur Förderung des 2. Nutzungsabschnitts (ab Bauabschnitt 2.2 B) ist erfolgt.
--	--

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	Potsdam		
Titel der Maßnahme	Radverkehr/Radtourismus		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
			X
Beschreibung der Maßnahme	<p>Teilmaßnahmen A-C</p> <p>A. Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur: Teilprojekt Radverbindungen nach Golm: Der Radverkehr spielt bei den Beschäftigten bzw. den Studierenden am Wissenschaftsstandort Golm eine wichtige Rolle (s.a. Verkehrsbefragung Golm www.potsdam.de/verkehrsentwicklung). Absehbar ist, dass dies in der Zukunft weiter zunimmt. Die verbesserte Anbindung des Wissenschaftsstandorts Golm für den Radverkehr durch den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur führt daher insgesamt zu einer Steigerung der Attraktivität des Standortes und verbessert die Verbindung zwischen den Wissenschaftseinrichtungen. Aus diesem Grund ist die genannte Verbindung im Radverkehrskonzept der Landeshauptstadt als Hauptroute 1. Stufe und in der Radverkehrsstrategie zusätzlich als Route mit wichtiger Verbindungsfunktion klassifiziert, die prioritär umgesetzt werden sollen. Konkrete Ziele: Bau eines Radwegs zwischen der Reiherbergstraße und dem Kuhförter Damm sowie weitergehend in der Lindenallee zum Neuen Palais.</p> <p>B. Verbesserung der Verknüpfung Schienen- und Radverkehr, insbesondere zur Erreichbarkeit der wichtigsten Wissenschaftsstandorte für Pendler: Erstes Teilprojekt: Errichtung einer Fahrradstation am Hauptbahnhof Potsdam, dafür wurde eine Machbarkeitsuntersuchung durchgeführt welche wichtige Ergebnisse zu geeigneten Standorte für die Station, die Anzahl der Fahrradabstellplätze sowie die Bau- und Betriebskosten erbrachte. Es wird empfohlen auf beiden Seiten des Hauptbahnhofs Fahrradstationen zu errichten. Im Umfeld des Hauptbahnhofs befinden sich die Wissenschaftsstandorte Telegrafenberg und Hermannswerder, der potenzielle Standort Speicherstadt, aber auch die Fachhochschule liegt in Fahrradentfernung. Synergieeffekte bestehen zu Fahrradverleihprojekten.</p> <p>C. Radtourismus: Die Chancen des Fahrradtourismus für eine noch stärkere touristische und wirtschaftliche Entwicklung in Potsdam sollen genutzt werden. Dazu soll eine der zentralen radtouristischen Routen in Potsdam, der Europaradweg R1 und gleichzeitig Havelradweg sowie Radroute mit historischen Stadtkernen im Bereich des Templiner Seeufers grundhaft erneuert eine bessere Verknüpfung zwischen Wasser- und Radtourismus geschaffen werden. Die Querung des Zernsees zwischen Potsdam und Werder Bedarf für den Radverkehr einer Qualifizierung. Die optimale Lösung wäre eine neue Radfahrer- und Fußgängerbrücke mit entsprechenden Rampenanlagen, um die Gemeinden Potsdam, Werder und Schwielowsee besser miteinander zu verknüpfen. Die Brücke ist ein Verbindungselement innerhalb der Kulturlandschaft Mittlere Havel und über sie verläuft die regionale touristische Radroute F 3.</p>		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	<p>Standortentwicklungskonzept 2006, Maßnahme 3, S. 50f.</p> <p>Das Schlüsselprojekt bezog sich bisher im Schwerpunkt auf die ÖPNV-Verbindung zwischen den Wissenschaftsstandorten Griebnitzsee (mit Medienstadt) - Hbf (mit Telegrafenberg, Hermannswerder, Speicherstadt in der Nähe) - Sanssouci – Golm.</p> <p>Im Rahmen des aktuellen Radverkehrskonzeptes der Landeshauptstadt wurde Bedeutung und Potenziale des Radverkehrs zur Verbindung der Wissenschaftsstandorte untersucht und Handlungsbedarf festgestellt. Insbesondere für Teilabschnitte (z.B. Golm – Neues Palais) kann der Radverkehr eine wichtige Funktion übernehmen – und den zu Stoßzeiten an der Kapazitätsgrenze fahrenden ÖPNV entlasten. Auch kann die Kfz-Nutzung mit dem Ausbau des Radwegernetzes reduziert werden.</p>		

<p>Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK</p>	<p>Eine Verbesserung der Verbindung zwischen Golm und Griebnitzsee verbessert auch die Bedingungen und Erreichbarkeit angrenzender Regionen. Von der Stärkung der Wissenschaftsstandorte im RWK profitiert der regionale Arbeitsmarkt.</p>		
<p>Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen</p>	<p style="text-align: center;">Gesamtkosten</p> <p style="text-align: center;">Zu A.: ca. 820.000€ zu B.: Baukosten 1.700.000 € zu C.: ca. 600.000 € (Infrastrukturmaßnahmen zur Verbesserung R1); ca. 1.500.000 € (Neubau einer Radfahrer- und Fußgängerbrücke am Zernsee)</p>	<p style="text-align: center;">Förderbedarf</p>	<p style="text-align: center;">Eigenanteil</p>
<p>Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)</p>	<p>zu A.: Einbindung der Trasse in das Zielnetz des Radverkehrskonzepts sowie Durchführung der Vorplanungen. Beantragung von Fördermitteln nach dem Entflechtungsmittelgesetz im Februar 2012. Für den Abschnitt zwischen Kuhforter Damm und Reiherbergstraße wurde mit der Genehmigungsplanung begonnen.</p> <p>zu B.: Abschluss der Machbarkeitsuntersuchung . Derzeit wird als Alternativlösung die Unterbringung der Fahrradstation in die nördliche Tiefgarage des Bahnhofscenters geprüft.</p> <p>zu C.: Beauftragung der Vor- und Genehmigungsplanung zum Uferweg Templiner See. Die Brücke über den Zernsee wird im Rahmen der Fortschreibung des Radverkehrskonzepts von Potsdam als Teil einer Radschnellroute zwischen Potsdam und Werder mit betrachtet.</p>		
<p>Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung</p>	<p>zu A: Förderung des Radwegebaus zur Erschließung Golms zu B: Finanzielle Unterstützung bei der Errichtung einer Fahrradstation am Hauptbahnhof Potsdam. zu C: Förderung von Infrastruktur- und sonstigen Maßnahmen.</p>		

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	Potsdam		
Titel der Maßnahme	Verlegung Landesstraße L78		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
			X
Beschreibung der Maßnahme	Verlegung der L78 (bisher Heinrich-Mann-Allee - Ortsdurchfahrt in Bergholz Rehbrücke) auf die Verlängerung der Wetzlarer Straße (Südteil) mit kreuzungsfreier Bahnquerung (Brücke oder Tunnel) und Führung durch das Industriegebiet Potsdam Süd bis zur BAB 115. Eine Erhöhung des positiven Effektes der Maßnahme ergibt sich durch die ebenfalls neu angemeldete Maßnahme „Verlängerung Wetzlarer Straße“, die eine Verbindung der Medienstadt und des Gewerbegebietes Babelsberg mit dem Industriegebiet Süd ermöglicht.		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	Engpassfaktor Innerstädtische Verkehrssituation (SEK 2006, S. 33), Handlungsschwerpunkt Verbesserte Erreichbarkeit und Anbindung im Schienen- und Straßenverkehr (SEK, S. 35) durch die kreuzungsfreie Anbindung des Industriegebietes. Beitrag zur Minderung der innerstädtischen Verkehrsbelastung (SEK, S. 32), mit deutlicher Wirkung auch für die Nachbargemeinde Nuthetal und die Region.		
Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK	Auswirkung für Potsdam: Bessere Anbindung des Industriegebiets Potsdam Süd an das städtische Verkehrsnetz. Verkehrliche Entlastung städtischer Straßen, z.B. der Drewitzer Straße und damit somit Verkehrsberuhigung und Erhöhung der Verkehrssicherheit in Wohngebieten, wesentliche Reduzierung des Schwerverkehres auf innerstädtischem Straßennetz. Auswirkung für die Region, insbesondere die Gemeinde Nuthetal: Verbesserte Anbindung Nuthetals und der Region an den RWK Potsdam (Entfall eines Bahnübergangs mit Wartezeit) Verkehrliche Entlastung der Arthur-Scheunert-Allee vom Durchgangsverkehr (aktuell hohe Verkehrsauslastung, starke Trennwirkung, hohe Lärm- und Feinstaubbelastung, Unfallhäufungen). Bessere Erschließung des Gewerbegebiets der Gemeinde Nuthetal („Spezialbaugelände“) an das übergeordnete Straßennetz möglich.		
Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen	Gesamtkosten	Förderbedarf	Eigenanteil
	11-15 Mio. EUR je nach Variante (Brücke oder Tunnel), 9,8 Mio. EUR nach LStrBPI	Vollfinanzierung auf Nuthetaler Gemeindegebiet, Förderung auf Potsdamer Stadtgebiet, Höhe abhängig von Variante und Förderkonditionen	für Teilmaßnahme auf Potsdamer Stadtgebiet, abhängig von Variante und Förderkonditionen. Priorisierung nach L40.
Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)	Machbarkeitsuntersuchung und erste Kostenschätzung liegt vor, die Planung ist mit der Gemeinde Nuthetal abgestimmt. In der zweiten Lesung am 23.06.2011 hat der brandenburgische Landtag den Landesstraßenbedarfsplan (LStrBPI 2010 – 2024) verabschiedet. Darin ist die Maßnahme „Verlegung L78 in Potsdam-Rehbrücke“ enthalten.		

Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung	Prioritäre Umsetzung durch Einleitung Planverfahren und Bau (Landesbetrieb Straßenwesen), Förderung auf Potsdamer Stadtgebiet. Bei Beginn des Planfeststellungsverfahrens 2013 wäre der Bau ab 2015 möglich.
--	---

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	Potsdam		
Titel der Maßnahme	Verlängerung Wetzlarer Straße		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
			X
Beschreibung der Maßnahme	Verlängerung der Wetzlarer Straße (Nordteil) zwischen L 78 neu und Nutheschnellstraße. Eine Erhöhung des positiven Effektes der Maßnahme ergibt sich durch die ebenfalls neu angemeldete Maßnahme „Verlegung Landessstraße L78“, die eine leistungsfähige Anbindung an das Industriegebiet und die Gemeinde Nuthetal ermöglicht.		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	Engpassfaktor Innerstädtische Verkehrssituation (SEK 2006, S. 33), Handlungsschwerpunkt Verbesserte Erreichbarkeit und Anbindung im Schienen- und Straßenverkehr (SEK, S. 35) durch die bisher fehlende Tangentialverbindung. Beitrag zur Minderung der innerstädtischen Verkehrsbelastung (SEK, S. 32), mit deutlicher Wirkung auch für die Nachbargemeinde Nuthetal. Beitrag zum Ziel der Verknüpfung Wirtschaft und Wissenschaft durch bessere Verbindung der Medienstadt mit dem Industriegebiet. (SEK, S. 37)		
Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK	Bessere Anbindung des Industriegebiets Potsdam Süd an das städtische Verkehrsnetz, Verbindung mit der Medienstadt und dem Gewerbegebiet Babelsberg Süd und dem Nuthetaler Spezialbaugelände. Die Straße ermöglicht auch die gewerbliche Entwicklung der Flächen zwischen Nutheschnellstraße und Heinrich-Mann-Allee. In der Untersuchung des BKF Medien im Rahmen der Technischen Hilfe ist ein erhöhter Bedarf auch an klassischen Gewerbeflächen im BKF festgestellt worden, z.B. Tischler oder Schlosserbetriebe für den Kulissenbau. Diese sind in der Medienstadt aufgrund der Emissionen und Bodenpreise kaum möglich. Die Verbindung zwischen Medienstadt und Industriegebiet bietet hier eine Entwicklungschance. Verkehrliche Entlastung städtischer Straßen, z.B. der Ortsdurchfahrt Drewitz und somit Verkehrsberuhigung und Erhöhung der Verkehrssicherheit in Wohngebieten, wesentliche Reduzierung des Schwerverkehres auf innerstädtischem Straßennetz.		
Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen	Gesamtkosten	Förderbedarf	Eigenanteil
	2 Mio. EUR	abhängig von Förderkonditionen	abhängig von Förderkonditionen
Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)	Machbarkeitsuntersuchung und erste Kostenschätzung liegt vor. Interesse Eigentümer an gewerblicher Entwicklung entlang der Wetzlarer Straße ist vorhanden , erste Nutzungsskizzen mit Stadt diskutiert.		
Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung	Finanzielle Förderung		

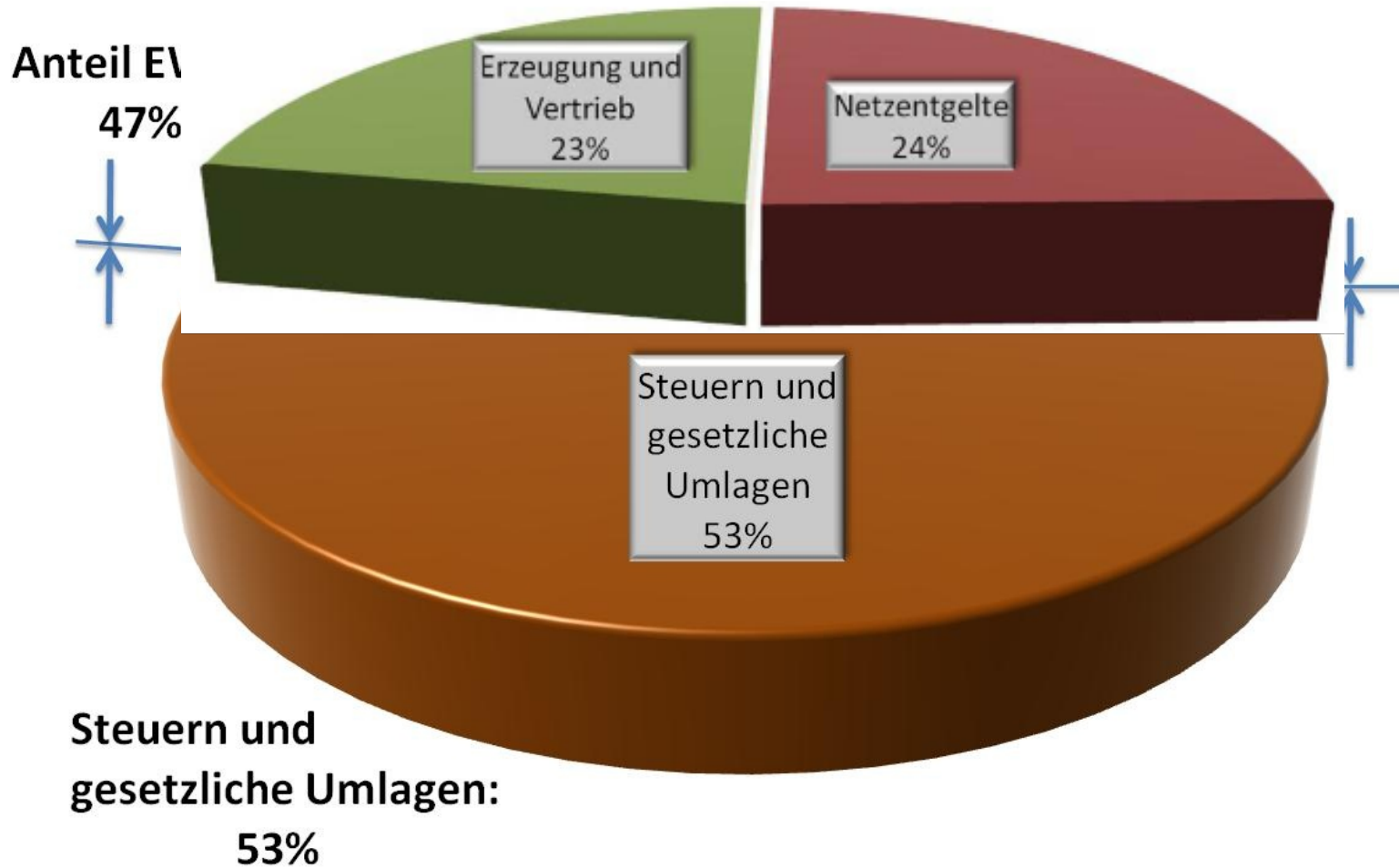
Energiepreise der EWP ab 01.01.2013

Hauptausschuss
am 24.10.2012



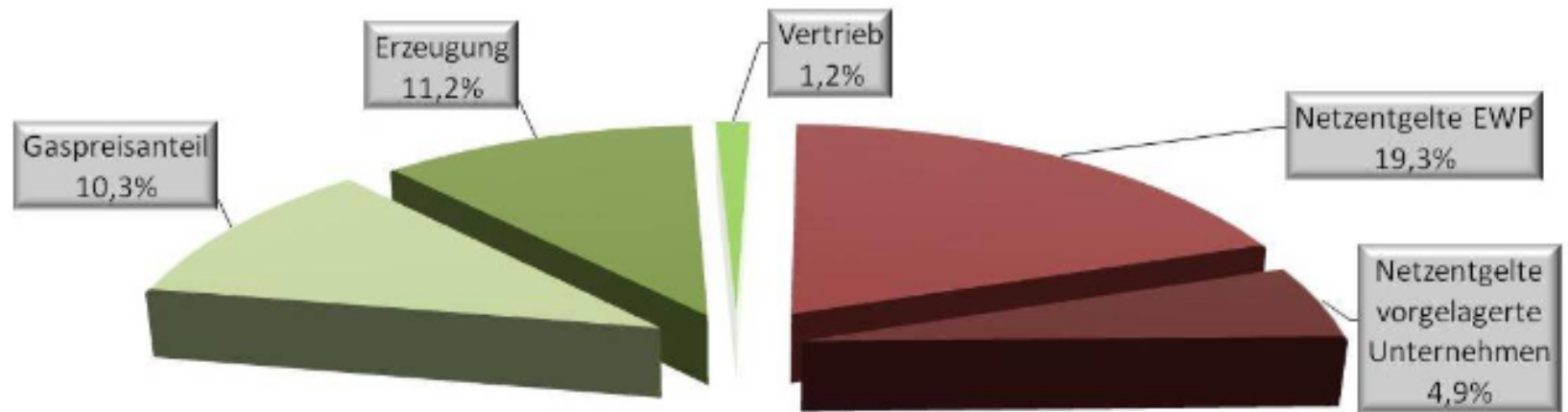
Strompreisstruktur 2013

Strompreisstruktur 2013



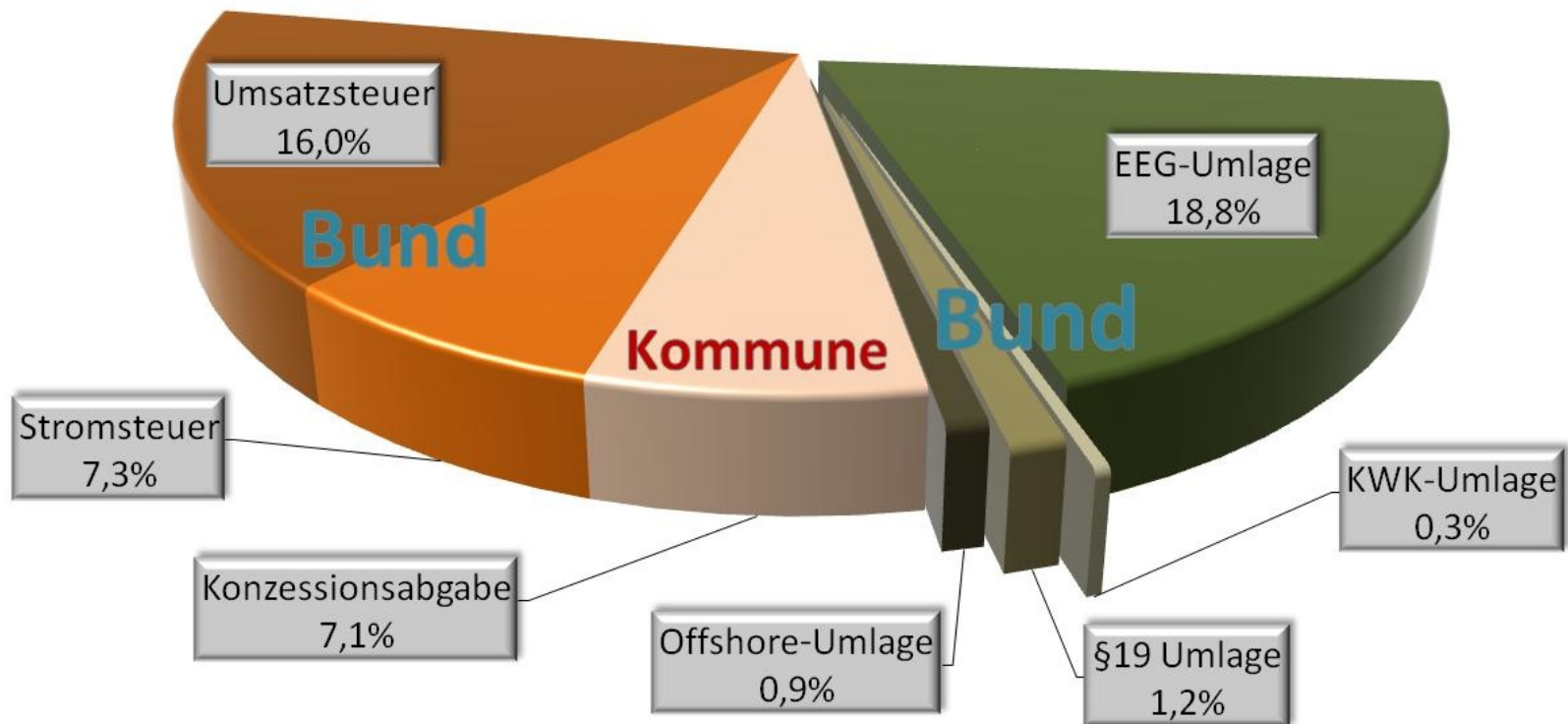
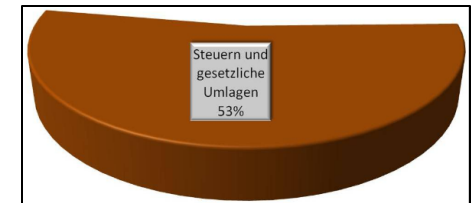
Strompreisstruktur 2013

Erzeugung, Vertrieb und Netzentgelte

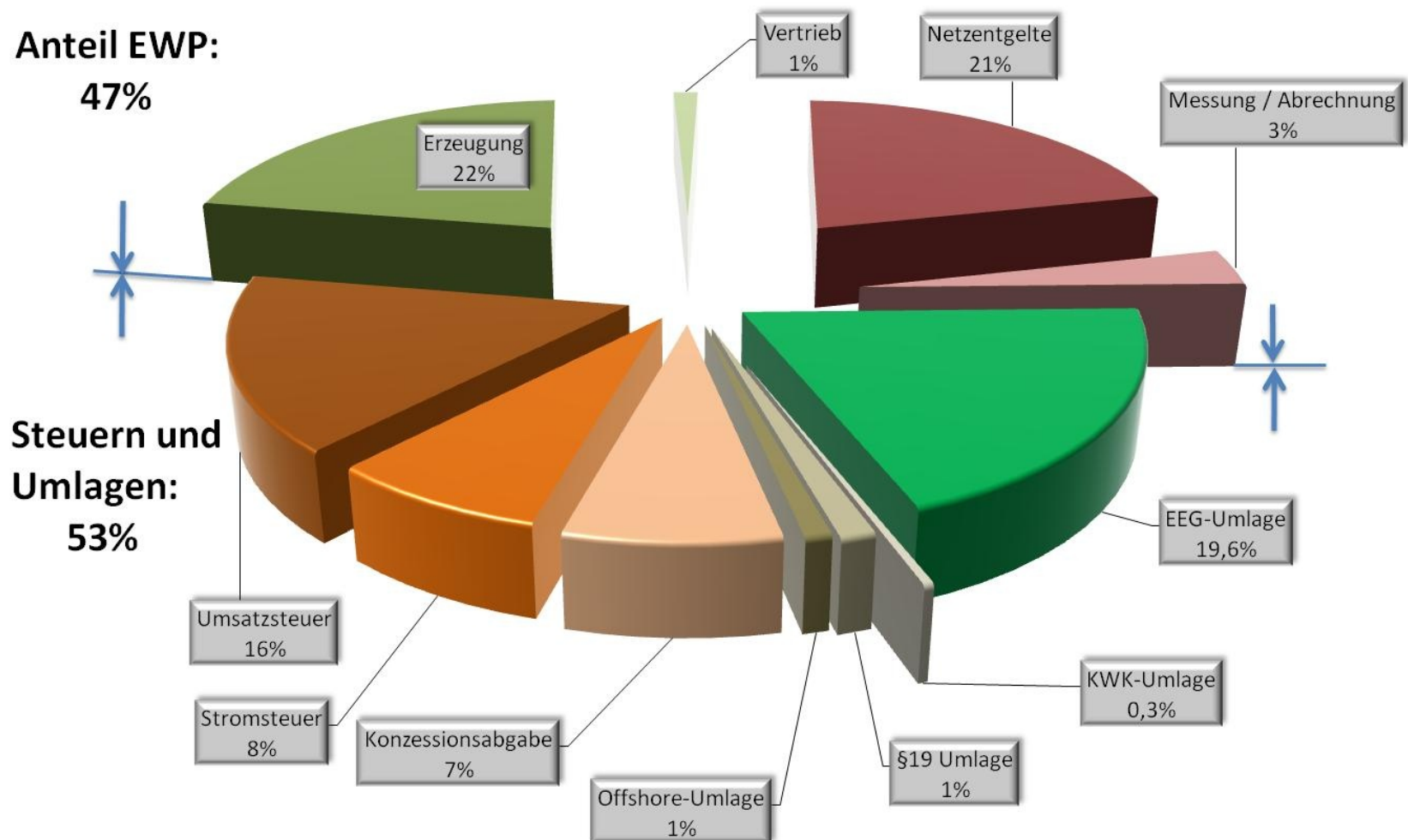


Strompreisstruktur 2013

Steuern und gesetzliche Umlagen



Strompreisstruktur 2013



Strompreise

Die EWP hat 2012 Umlagen und Erhöhungen der
Bezugskosten von

0,536 Ct/kWh, brutto

nicht an die Potsdamer Tarifkunden weitergegeben.

Strompreise 2013

Die Strompreise der EWP werden 2013 mit Steuern und Umlagen (Stand 24.10.2012) von

2,920 Ct/kWh, brutto

und Bezugskostenerhöhungen von

0,298 Ct/kWh, brutto

Insgesamt:

3,218 Ct/kWh, brutto

belastet.

Strompreisänderung zum 01.01.2013 - Umlagen

Stand 24.10.2012

alle Angaben in Ct/kWh

Kostenveränderung 2012 -> 2013	2012	2013	Veränderung	Weitergabe *)
EEG-Umlage	3,592	5,277	1,685	1,685
KWK-Umlage (Prognosewert)	0,002	0,093	0,091	0,091
§19-Umlage	0,151	0,329	0,178	0,178
Offshore-Umlage (noch im Gesetzgeb.-verfahren)	0,000	0,250	0,250	0,250
Veränderung gesetzliche Umlagen			2,204	2,204
Stromsteuer	2,050	2,050	-	-
Konzessionsabgabe	1,990	1,990	-	-
Veränderung Steuern u. Abgaben			-	-
Netzentgelte (vorgelagertes Netz)	5,360	5,610	0,250	0,250
Bezugskostenerhöhung			0,250	0,250
CO ₂ -Emissionsrechte (Prognosewert)	0,000	0,278	0,278	0,000
Veränderung Netzentgelte u. Bezugskosten			0,778	0,500
Veränderung, netto			2,982	2,704
Umsatzsteuer (19%)			0,567	0,514
Veränderung, brutto			3,549	3,218

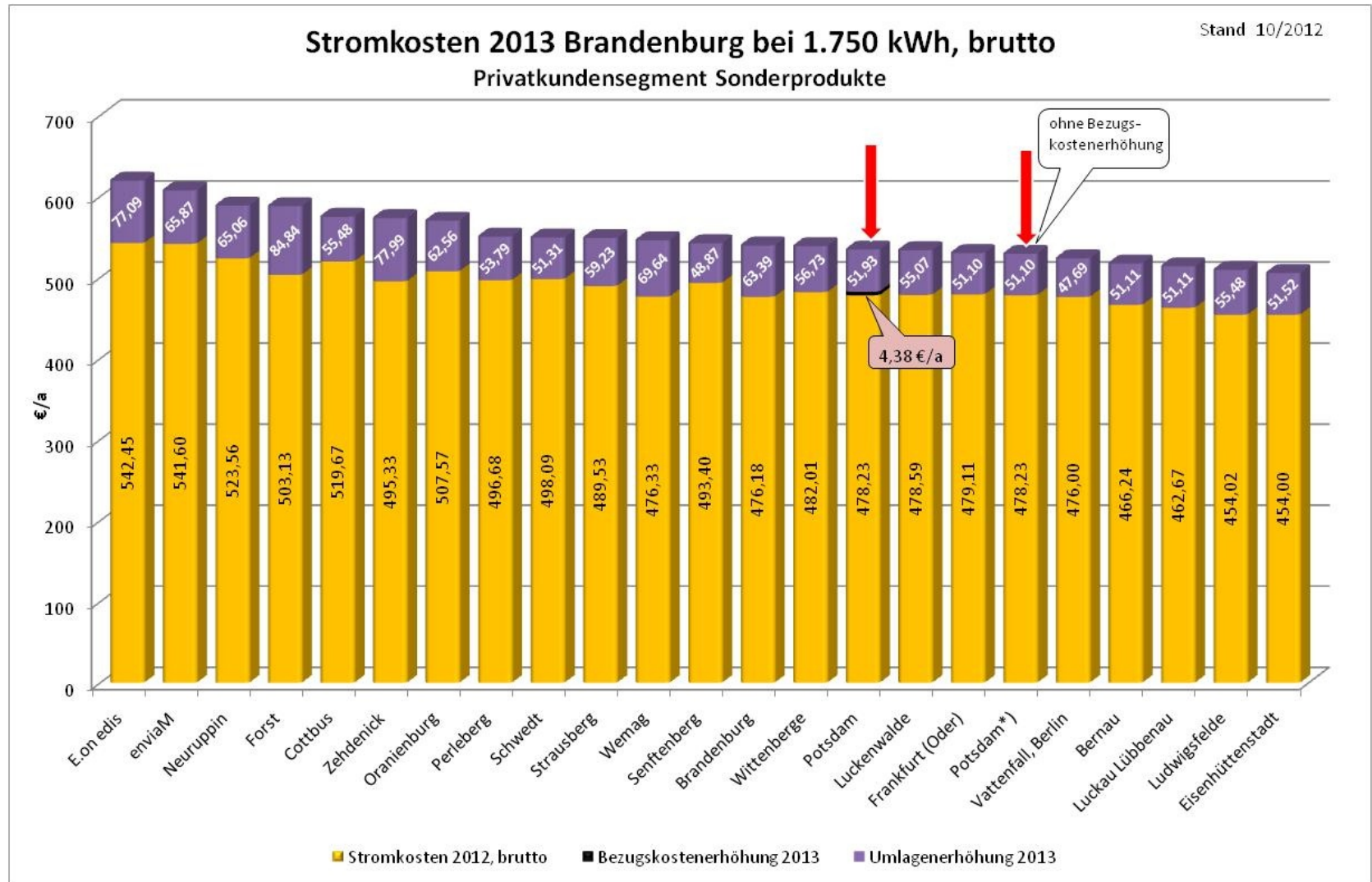
*) Weitergabe an Tarifkunden durch Preisadjustierungen

Auswirkungen

Für Kunden mit einem Verbrauch pro Jahr, brutto:

1.750 kWh/a (1-Personenhaushalt) (=76% der EWP Kunden)	+ 56,31 €/a	~ 4,69 €/Monat
2.400 kWh/a (2-Personenhaushalt) (=15 % der EWP Kunden)	+ 77,23 €/a	~ 6,44 €/Monat
3.500 kWh/a (3-Personenhaushalt) (= 5 % der EWP Kunden)	+112,63 €/a	~ 9,39 €/Monat
4.000 kWh/a (4-Personenhaushalt) (= 2 % der EWP Kunden)	+ 128,72 €/a	~ 10,73 €/Monat

Strompreise



Gaspreise 2013

Ab dem 01.01.2013 steigen die Netzentgelte der EWP um

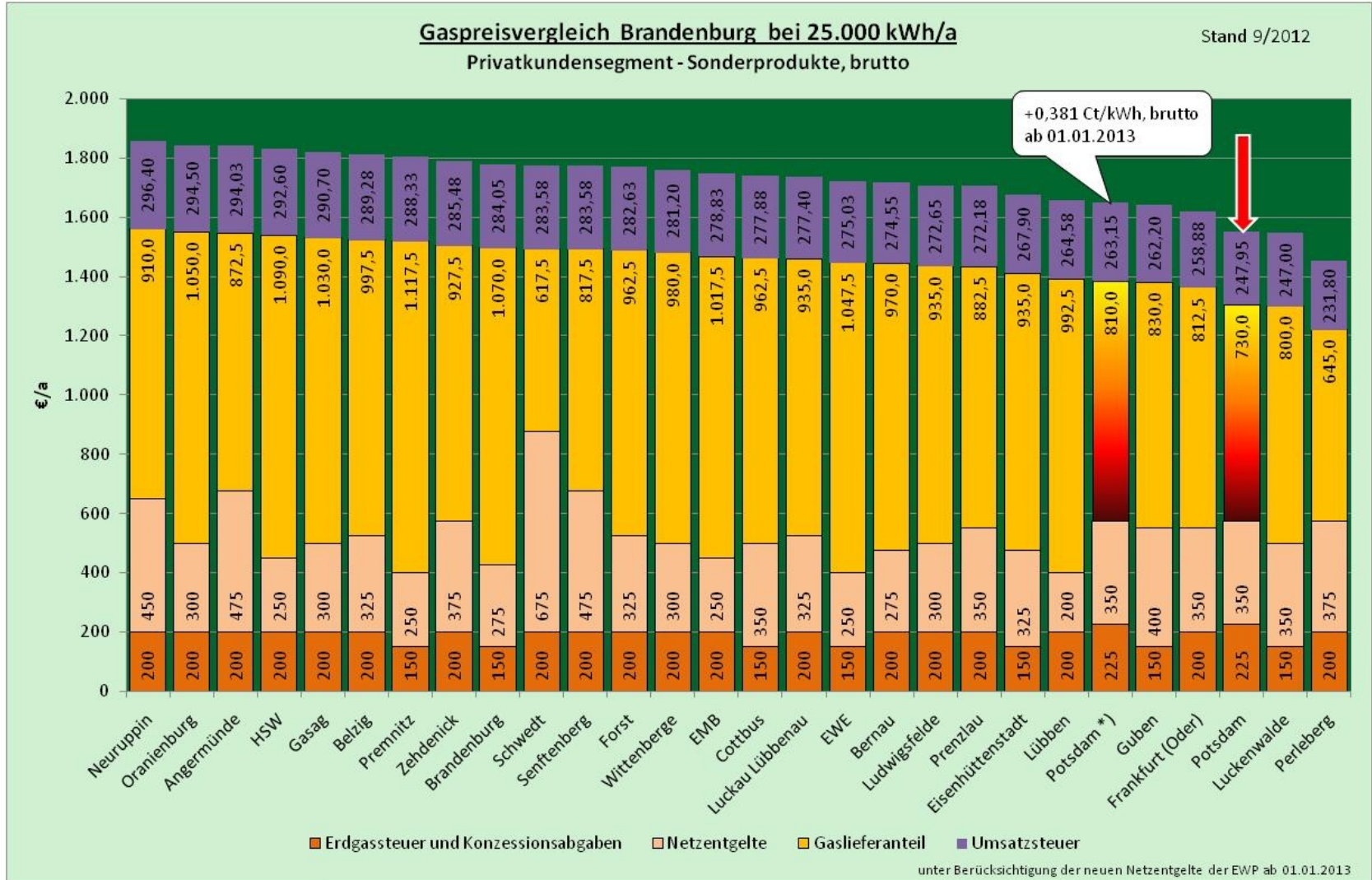
0,1 Cent/kWh, netto.

Ein weiterer Anstieg durch die Erhöhung der Gasbezugskosten vom Vorlieferanten der EWP entsteht von

0,22 Ct/kWh, netto.

**Die Endverbraucherpreise der EWP steigen somit um
0,32 Ct/kWh, netto bzw. 0,381 Ct/kWh, brutto.**

Gaspreise





Fernwärmepreise 2013

Ab dem 01.01.2013 steigen die Gasbezugskosten vom Vorlieferanten für die EWP um

0,22 Ct/kWh, netto.

Bei der Erzeugung von Fernwärme und dem Transport zum Endkunden treten Verluste auf, welche sich mit

0,08 Ct/kWh auswirken.

Dies bewirkt einen Anstieg des Fernwärmearbeitspreises um 0,30 Ct/kWh, netto bzw. 0,357 Ct/kWh, brutto.

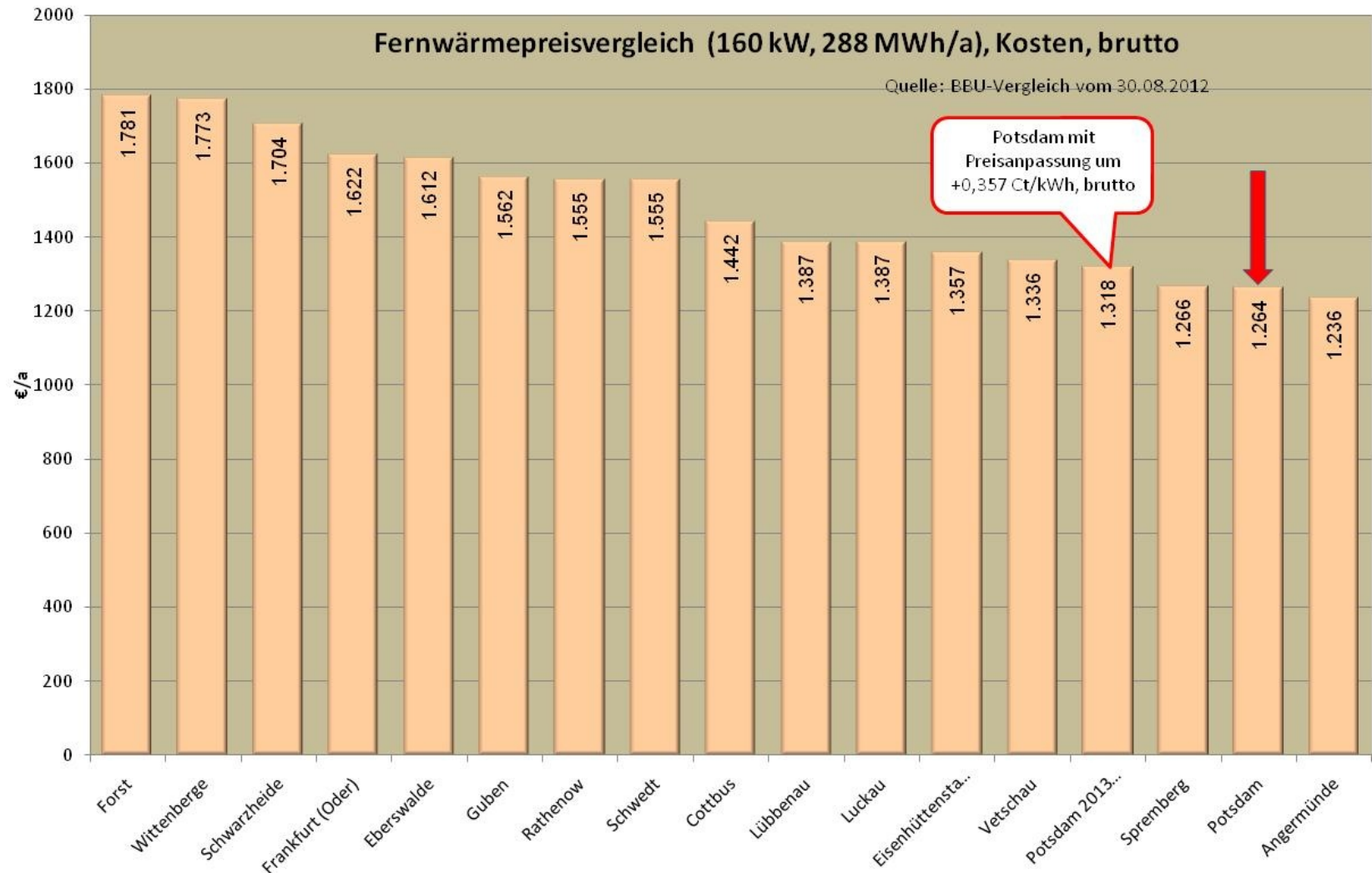
Auswirkungen

Für einen durchschnittlichen privaten Fernwärmekunden mit 15.000 kWh/Jahr (ca. 650 Kunden), brutto:

+ 53,55 €/a ~ 4,46 €/Monat

Die Potsdamer Wohnungsgesellschaften und weitere Kunden, die einen Vertrag mit einem Festpreis bis zum 31.12.2013 geschlossen haben sind davon nicht betroffen.

Fernwärmepreise



Bonus/Einzugsermächtigung

Als Anreiz für die Erteilung einer „SEPA“-Einzugsermächtigung nach der neuen europäischen Regelung wird die EWP ihren Kunden eine einmalige Gutschrift von

12,-- €

geben.

Voraussetzung hierfür ist, dass uns der Kunde eine Einzugsermächtigung über einen Zeitraum von mindestens 12 Monaten gewährt hat.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!



Niederschrift

79. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 24.10.2012
Sitzungsbeginn:	17:05 Uhr
Sitzungsende:	19:43 Uhr
Ort, Raum:	R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	
Frau Hannelore Knoblich	SPD	
Herr Mike Schubert	SPD	ab 17:07 Uhr
Herr Dr. Hagen Wegewitz	SPD	
Herr Horst Heinzl	CDU/ANW	
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis	
Herr Arndt Sändig	Die Andere	
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer	SPD	
-----------------	-----	--

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs	Oberbürgermeister	entschuldigt
------------------	-------------------	--------------

Ausschussmitglieder

Herr Claus Wartenberg	SPD	entschuldigt
-----------------------	-----	--------------

Gäste:

Herr Exner, GB Zentrale Steuerung und Service	Herr Böhme, Herr Buchholz, EWP
Frau Dr. Magdowski, GB Bildung, Kultur, Sport	Herr Kahle, Bereich Stadterneuerung
Frau Müller-Preinesberger, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz	Vertreter der WagenHausBurg
Herr Weise, GB Stadtentwicklung und Bauen	Vertreter der BI Marquardt
Frau Wiemann, Rechnungsprüfungsamt	Herr Krause, Fraktion SPD
Herr Dahlmann, Bereich Beteiligungsmanagement	Herr Westphal, Pro Potsdam
Herr Kümmel, Büro des Oberbürgermeisters	
Frau Ziegenbein, Schriftführerin	

weitere Gäste: siehe Gästeliste

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
10. Oktober 2012
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110 KV Leitung in Marquardt und
Golm
Vorlage: 12/SVV/0664
Fraktion SPD
- 3.2 Verhandlungen zur Stromtrasse in Marquardt
Vorlage: 12/SVV/0658
Fraktion DIE LINKE
- 3.3 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)
Vorlage: 12/SVV/0022
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
Äa Fraktion DIE LINKE
- 3.4 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den
Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen
Vorlage: 12/SVV/0023
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
Austauschblätter vom 25.01.2012
- 3.5 Verkehrslösung 2020
Vorlage: 12/SVV/0098
Fraktionen SPD, CDU/ANW
- 3.6 Tourismusbuskonzept
Vorlage: 12/SVV/0132
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
neue Fassung vom 24.09.12
- 3.7 Gebäude Döberitzer Straße 3 für sozialen Wohnungsmarkt dauerhaft sichern
Vorlage: 12/SVV/0461
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.8 Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder
Vorlage: 12/SVV/0468
Fraktion DIE LINKE

- 3.9 Erhöhung des Stammkapitals der Luftschiffhafen Potsdam GmbH
Vorlage: 12/SVV/0587
Oberbürgermeister
- 3.10 Verband Kommunalen Krankenhäuser
Vorlage: 12/SVV/0594
Fraktion DIE LINKE
- 3.11 Partizipativer Prozess zur organisatorischen Weiterentwicklung städtisch
geförderter Projekte der (Jugend-)Soziokultur
Vorlage: 12/SVV/0607
Fraktion FDP
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Ergebnis der Evaluierung der umweltabhängigen Verkehrssteuerung
aus HA 29.08. - Punkt Sonstiges
- 4.2 Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung
Vorlage: 12/SVV/0423
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4.3 Statusbericht Regionaler Wachstumskern Potsdam 2012
Vorlage: 12/SVV/0471
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Heinzel eröffnet die Sitzung. Er informiert, dass sich der Oberbürgermeister im Urlaub befindet und gemäß § 56 BbgKVerf Herr Exner das Stimmrecht für den Oberbürgermeister wahrnimmt.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10. Oktober 2012

Der stellvertretende Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.
Bezüglich der öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

Zurückzustellen sind:

- Tagesordnungspunkt 3.5, DS 12/SVV/0098, Verkehrslösung 2020, da hierzu das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen noch nicht vorliegt.

Der Tagesordnungspunkt 3.11, DS 12/SVV/0607, Partizipativer Prozess zur organisatorischen Weiterentwicklung städtisch geförderter Projekte der (Jugend-) Soziokultur, wird von der Fraktion FDP **zurückgezogen**. Damit hat sich auch das beantragte Rederecht **für Frau Pigorsch**, als Vertreterin der AG Jugendsoziokultur erledigt. Gegen seinen Vorschlag, die den Fraktionen im Vorfeld zugeleitete Stellungnahme der AG der Niederschrift als Anlage beizufügen, erhebt sich kein Widerspruch.

Ein weiterer Antrag **auf Rederecht** liegt von **Herrn Roggenbuck**, Mitglied der Bürgerinitiative „Freileitung raus!“ zu den Tagesordnungspunkten 3.1 und 3.2 vor – wogegen sich kein Widerspruch erhebt.

Bezüglich des Tagesordnungspunktes 3.7, DS 12/SVV/0461, Gebäude Döberitzer Straße 3 für sozialen Wohnungsmarkt dauerhaft sichern, schlägt Herr Exner vor, diesen im öffentlichen Teil einzubringen und dann gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 7, DS 12/SVV/0647, Verkauf eines Grundstücks in der Döberitzer Straße zu behandeln.

Im Weiteren bittet Frau Bankwitz um eine Information zum Verfahren bezüglich Potsdam TV und Herr Dr. Scharfenberg zur landesinternen Verteilung von Asylbewerbern in Bezug auf die Situation Potsdams.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zur Niederschrift der 78. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 10. Oktober 2012 gibt es keine Hinweise; sie wird mit 12 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110-KV-Leitung in Marquardt und Golm

Vorlage: 12/SVV/0664

Fraktion SPD

Herr Schubert informiert, dass der Antrag mit leichten Modifikationen, größtenteils redaktioneller Art, im Ortsteil Marquardt besprochen worden sei. Die neue Fassung des Antrags wird mit folgendem Wortlaut ausgereicht:

Der Hauptausschuss möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der EonEdis kurzfristig Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen,
 - Möglichkeiten zu erörtern, im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages die Verlegung der 110-kV-Leitung aus den Ortslagen Marquardt und Golm heraus zu regeln,
 - etwaige planungs- und baubedingte Mehrkosten für eine alternative

- Trassierung der 110-kV-Leitung gegenüber einem Ersatzneubau im bisherigen Trassenkorridor zu konkretisieren und
- eine angemessene Kostenbeteiligung der Landeshauptstadt Potsdam an etwaigen Mehrkosten zu verhandeln, soweit eine Kostenbeteiligung Voraussetzung und Folge des angestrebten städtebaulichen Vertrages sein sollte, und etwaige Mehrkosten nicht durch das Planfeststellungsverfahren selbst bedingt sind und eine anderweitige Umlage etwaiger Mehrkosten rechtlich und tatsächlich nicht möglich ist.
- Im Weiteren wird der Oberbürgermeister beauftragt, mit der Planfeststellungsbehörde kurzfristig Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen, Unterstützung für eine vertragliche Lösung des bestehenden Zielkonfliktes einzuwerben.
2. Vor einer endgültigen Entscheidung sollen alternative Trassen, insbesondere im Hinblick auf deren kostenmäßigen Auswirkungen, sachverständig untersucht werden.
 3. Alternative Trassenführungen sind mit den örtlichen Bürgerinitiativen im Vorfeld einer möglichen Befassung der Stadtverordnetenversammlung einvernehmlich abzustimmen.
 4. Der Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung im November ein Sachstandsbericht zu erstatten, sollte der Hauptausschuss diesen Auftrag an den Oberbürgermeister erteilen.

Ziel des Antrages, so Herr Schubert, sei eine zeitnahe Aufnahme von Gesprächen und eine kurzfristige Berichterstattung in der Stadtverordnetenversammlung im November. Im Sinne einer zügigen Evaluierung, ob mittels eines städtebaulichen Vertrages die Möglichkeit besteht, dem Ansinnen der Bürgerinnen und Bürger in Golm und Marquardt Rechnung zu tragen, sollte der Hauptausschuss diesen Auftrag an den Oberbürgermeister erteilen.

Anschließend erhält Herr Roggenbruck als Mitglied der Bürgerinitiative das Rederecht und betont, dass das Anliegen des Oberbürgermeisters unterstützt, eine finanzielle Beteiligung jedoch abgelehnt werde, weil durch eine geänderte Trassenführung die Entschädigung für Flächen um ein Vielfaches zu minimieren wäre.

Im Weiteren werden anlehnend an die Diskussion in der Hauptausschusssitzung am 10. Oktober die Meinungen über den besseren Weg zur Erreichung des gemeinsamen Ziels im Sinne der Marquardter ausgetauscht. Herr Schüler und Herr Schultheiß sprechen sich gegen eine finanzielle Beteiligung aus, weil vieles für eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) spreche und ein Beschluss im Vorfeld die Position der Stadt verschlechtere. Sie plädieren dafür, den Antrag bis zur Entscheidung des Landesamtes für Bergbau und Geologie über eine UVP zurückzustellen.

Anschließend bringt Herr Dr. Scharfenberg den Antrag DS 12/SVV/0658 (Tagesordnungspunkt 3.2) ein, der ein Signal beinhalte, dass die Stadt bereit ist, eine „gute Lösung“ auch finanziell zu unterstützen. Um sich ein Urteil über einen aussichtsreichen Weg bilden zu können, bittet er um eine Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Exner betont, dass sich alle über eine geänderte Trassenführung einig seien. Einen Beschluss zur finanziellen Beteiligung der Stadt zu fassen, sei hingegen von Nachteil, da er die Verhandlungsposition der Stadt verschlechtere - aus diesem Grunde werde auch E.on Edis keine Zugeständnisse machen. Er spricht sich dafür aus, das Planfeststellungsverfahren abzuwarten und anstatt freiwillig zu zahlen, dem Energieriesen E.on Edis Zugeständnisse abzurufen. In diesem Sinne schlägt er folgende geänderte Textfassung vor:

"Der Hauptausschuss / die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Aktivitäten des Oberbürgermeisters, im Rahmen des Planstellungsverfahrens sich für Trassenalternativen gegenüber den im Verfahren eingereichten Trassenführungen einzusetzen."

Herr Schubert verweist darauf, dass das bereits Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung sei. Er könne sich vorstellen, den Punkt bezüglich der finanziellen Beteiligung zu streichen und den Rest des Antrags zu beschließen.

Herr Kahle plädiert dafür, das Planfeststellungsverfahren abzuwarten und betont, dass sich E.on Edis bis dahin auch keine Gedanken über eine Alternativtrasse machen werde.

Herr Heinzel stellt den Antrag, die DS 12/SVV/0658 und 12/SVV/0664 bis zur Entscheidung des Landesamtes für Bergbau und Geologie über eine UVP, **zurückzustellen** und beide Drucksachen in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Hauptausschusses aufzunehmen. Dieser Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen, bei 4 Nein-Stimmen und 6 Stimmenthaltungen **angenommen**.

zu 3.2 Verhandlungen zur Stromtrasse in Marquardt

Vorlage: 12/SVV/0658

Fraktion DIE LINKE

siehe Tagesordnungspunkt 3.1

zu 3.3 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)

Vorlage: 12/SVV/0022

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Äa Fraktion DIE LINKE

Herr Exner bringt die als Tischvorlage ausgereichte **neue Fassung** ein, mit der eine Aufstockung der Aufsichtsratsmitglieder auf 12 unter Berücksichtigung einer Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer vorgeschlagen werde. Er plädiert dafür, dass externe Experten so wie in anderen Aufsichtsräten auch über die Sitze der Fraktionen entsandt werden können.

Herr Dr. Scharfenberg zieht ein Resümee des bisherigen Verfahrens und betont, dass eine abstimmungsreife Vorlage schon längst hätte vorliegen können. Die jetzige Variante habe einen Schönheitsfehler, weil sie die Zielstellung der Verwaltung, mit kleinen Aufsichtsräten zu arbeiten, nicht berücksichtige. Deshalb beantragt er, bei insgesamt 15 Aufsichtsratsmitgliedern zu bleiben – auch weil damit die „Dreierfraktionen“ einen Sitz erhalten könnten. Frau Bankwitz und Herr Sändig unterstützen diesen Änderungsantrag; Herr Schüler spricht sich dagegen aus, weil nach Hare-Niemeyer-Verfahren nicht die Dreierfraktionen, sondern die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion SPD 3 statt bisher 2 Sitze erhalten würden.

Der Änderungsantrag von Herrn Dr. Scharfenberg wird zur Abstimmung gestellt und mit 10 Nein-Stimmen, bei 6 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Anschließend wird die Fassung vom 24.10.2012 zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Gesellschaftsvertrag der Stadtwerke Potsdam GmbH in der Fassung vom 14. Februar 2011 soll in § 9 Abs. 1 wie folgt geändert werden:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus **12** Mitgliedern besteht. Dem Aufsichtsrat gehören an:

- a) der/die Oberbürgermeister/in der Landeshauptstadt Potsdam oder ein/eine **von ihm/ihr zu betrauende/r Beschäftigte/r der Landeshauptstadt Potsdam**, welcher/welche den Vorsitz führt,
- b) die übrigen Mitglieder werden, soweit sie nicht als Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer nach den Vorschriften des Drittelbeteiligungsgesetzes zu wählen sind, **von der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam unter Berücksichtigung der kommunalrechtlichen Bestimmungen zur Berufung und Abberufung von Vertretern in Unternehmen entsandt.**

Die entsandten Mitglieder werden der Gesellschaft schriftlich mitgeteilt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	13
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	1

zu 3.4 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen

Vorlage: 12/SVV/0023

Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
Austauschblätter vom 25.01.2012

Die namentliche Benennung durch die Fraktionen soll anschließend erfolgen und die DS 12/SVV/0023 mit diesen Vorschlägen ausgereicht werden.

zu 3.5 Verkehrslösung 2020

Vorlage: 12/SVV/0098

Fraktionen SPD, CDU/ANW

zurückgestellt

zu 3.6 Tourismusbuskonzept

Vorlage: 12/SVV/0132

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
neue Fassung vom 24.09.12

Dem Antrag wurde im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen in einer neuen Textfassung mehrheitlich zugestimmt. Auf Bitte von Herrn Schüler wird der Termin auf März 2013 korrigiert.

Die neue Fassung wird mit der Terminänderung zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Arbeitsgruppe einzurichten mit dem Ziel, alternative Konzepte zum bestehenden Touristenbussystem zu untersuchen und entsprechende Vorschläge der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Die Arbeitsgruppe soll sich aus Vertretern der Stadtverordneten, der Stadtverwaltung, aus Vertretern der Touristenbranche, der VIP, der Stiftung Schlösser und Gärten und Vertretern des vom Touristenbusverkehr besonders betroffenen Gebietes um den Cecilienhof (Nachbarschaftsinitiative Am Neuen Garten zu Potsdam e.V.) zusammensetzen

Ein erstes Ergebnis soll bis März 2013 vorliegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	10
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	5

**zu 3.7 Gebäude Dberitzer Straße 3 für sozialen Wohnungsmarkt dauerhaft sichern
Vorlage: 12/SVV/0461**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Schüler bringt den Antrag ein, der nach Beratung mit dem Tagesordnungspunkt 7 im nicht öffentlichen Teil zur Abstimmung gestellt wird:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Objekt „Döberitzer Straße 3“ an die Pro Potsdam zum Verkehrswert auf der Basis einer Kaltmiete von 4,02 €/m² zu veräußern.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	9
Stimmenthaltung:	0

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

**zu 3.8 Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder
Vorlage: 12/SVV/0468**

Fraktion DIE LINKE

Der Ortsbeirat Golm hat den Antrag mit 1:3:0, der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen mit 5:5:1, der Ausschuss für Finanzen mit 3:4:0 und der Ausschuss für Kultur mit 3:3:0 **abgelehnt**. Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales stimmte dem Antrag mit 6:3:1 sowie einer Terminänderung von Oktober auf November 2012 zu.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass der Antrag in den Gremien ausführlich diskutiert worden sei, wenn auch mit negativem Ergebnis. Der Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen füge sich nahtlos in das Anliegen seiner Fraktion ein und werde mit übernommen.

Herr Sändig führt aus, dass die politischen Argumente sicher ausgetauscht seien;

trotzdem wolle er darauf verweisen, dass der von der Verwaltung angeführte Grundstückswert mehrere Grundstücke umfasse. Damit gehe das Rechenexempel bezüglich der WagenHausBurg nicht mehr auf.

Der Antrag, einschließlich der Ergänzungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird zur Abstimmung gestellt:

Der Beschluss DS 12/SVV/0570 vom 12.09.2012 im Hauptausschuss wird aufgehoben.

Für das Gebiet an der Fährwiese Hermannswerder wird ein B-Plan aufgestellt.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den Bewohner/innen der WagenHausBurg in Verhandlungen zum Abschluss eines Erbbaurechts- bzw. Kaufvertrages für den jetzigen Standort Tornowstraße 38 auf Hermannswerder einzutreten.

Über die jeweiligen Ergebnisse der Gespräche ist der Hauptausschuss alle zwei Monate, beginnend im Oktober **November** 2012, zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	10
Stimmenthaltung:	0

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.9 Erhöhung des Stammkapitals der Luftschiffhafen Potsdam GmbH

Vorlage: 12/SVV/0587

Oberbürgermeister

Herr Dahlmann bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Erhöhung des Stammkapitals der Luftschiffhafen Potsdam GmbH von derzeit 25.000 Euro um 75.000 Euro auf 100.000 Euro durch Änderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	13
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	2

zu 3.10 Verband Kommunaler Krankenhäuser

Vorlage: 12/SVV/0594

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg signalisiert namens der Fraktion DIE LINKE Bereitschaft, den Antrag noch einmal zurückzustellen, um der Verwaltung Verhandlungen, z. B. mit Brandenburg zu ermöglichen. Er verweist gleichzeitig auf die Wichtigkeit des Anliegens und bittet, dies im Januar 2013 wieder in die Tagesordnung

aufzunehmen.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.11 Partizipativer Prozess zur organisatorischen Weiterentwicklung städtisch geförderter Projekte der (Jugend-)Soziokultur

Vorlage: 12/SVV/0607

Fraktion FDP

zurückgezogen

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Ergebnis der Evaluierung der umweltabhängigen Verkehrssteuerung
aus HA 29.08. - Punkt Sonstiges

Herr Becker, Bereich Verkehrsmanagement, informiert, dass die umweltabhängige Verkehrssteuerung seit dem 17. April 2012 laufe und technische Störungen, wie z. B. der Rückstau der Fahrzeuge bis in die Nachbargemeinden hinein, in den ersten drei Monaten eine Nachjustierung erforderten. Deshalb seien noch keine kontinuierlichen Daten vorhanden, die eine Evaluierung ermöglichen würden. Derzeit werden die Daten aus dem III. Quartal 2012 ausgewertet, so dass er davon ausgehe, im Januar 2013 die Ergebnisse vorlegen zu können.

Herr Schubert zeigt sich überrascht, da Herr Klipp bislang den Oktober für eine Evaluierung angekündigt habe. Im Weiteren beantwortet Herr Becker die Nachfragen von Frau Dr. Schröter, Herrn Schultheiß und Frau Müller.

zu 4.2 Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung

Vorlage: 12/SVV/0423

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr Kahle verweist bezüglich der Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg auf eine Beschlussvorlage zum B-Plan 122, die für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.11.2012 vorliege.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.3 Statusbericht Regionaler Wachstumskern Potsdam 2012

Vorlage: 12/SVV/0471

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Hierzu berichtet Herr Kahle ergänzend zur Mitteilungsvorlage aus der interministeriellen Arbeitsgruppe und benennt die Schwerpunkte der neuen Förderperiode sowie Ziele und Zeitfahrplan des Ministeriums. Er beantwortet anschließend die Nachfragen von Frau Dr. Schröter, ob es im Rahmen nachhaltiger Mobilität Zusagen zur Elektromobilität gebe (Straßenbahnen u.ä.) und von Herrn Dr. Scharfenberg zur L 40 und der damit bereits mehrfach geforderten Lärmschutzmaßnahmen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Frau Müller-Preinesberger informiert über die Situation bezüglich der Suche nach einem neuen **Standort für eine Außenstelle der Potsdamer Tafel**. Hierfür sei der ehemalige Getränkemarkt zwischen B.-Kellermann-Straße und Friedrich-Wolf-Straße vorgeschlagen worden, der aus Sicht der Verwaltung sehr gut geeignet sei, da er den hygienischen Anforderungen entspreche, gut erreichbar sei, entsprechende Voraussetzungen für die Anlieferung usw. habe. In der nächsten Woche sei ein Besichtigungstermin anberaumt – sie meine, dies sei ein gutes Angebot für eine dauerhafte Nutzung.

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf einen Antrag der Fraktion DIE LINKE für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.11.2012 mit dem Anliegen, eine zeitnahe Lösung zu finden. Das jetzt vorgeschlagene Angebot sei eine respektable Lösung, so dass er um eine aktuelle Information am 07.11.12 bittet, um beurteilen zu können, ob sich der Antrag evtl. schon erledigt hat.

Entsprechend der aktuellen Beschlusslage, den Hauptausschuss über **anstehende Preiserhöhungen** zu informieren, erläutert Herr Böhme an Hand einer Power-Point-Präsentation (der Niederschrift als Anlage beigefügt) die Preiszusammensetzung für **Strom, Gas und Fernwärme**, die Parameter, die zu einer Erhöhung führen und die finanziellen Belastungen für die Haushalte sowie den Stand der Landeshauptstadt im Bundesvergleich.

Auf Nachfrage von Herrn Schüler, wohin die Mehreinnahmen fließen, entgegnet er, dass hier eine Vollkostenrechnung zu Grunde liegt und die EWP sich nach den Vorgaben der Bundesnetzagentur richte.

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf eine **Statistik der Zentralen Ausländerbehörde** (der Niederschrift als Anlage beigefügt), mit der die landesinterne Verteilung von Asylbewerbern dargestellt wird und Potsdam mit 17 % unter dem Aufnahmesoll liege. Frau Müller-Preinesberger entgegnet, dass Anfang Oktober das Aufnahmesoll mit 60 % erfüllt war und nun weitere Plätze in der Hegelallee hinzukommen sowie die Stadt sich verstärkt darauf konzentriere, dass Asylbewerber Wohnungsangebote annehmen. Wenn alles gut gehe, wird das Ziel, 78 zusätzliche Plätze in der Landeshauptstadt anzubietenden, erreicht.